

UNABHÄNGIGE Bauernstimme

März 2003 Nummer 254
K 12858 / 3,00 €

Eine Zeitung von Bäuerinnen
und Bauern



Foto: Christoph Ziechaus

Schwerpunkt

Melken macht müde

Konventionelle und Bio-Bauern fordern Auszahlungspreise für Milch, die das morgendliche Melken nicht vermiesen. Deckung von Erzeugungskosten und Einkommenssicherung erfordern einen deutlichen Anstieg der Preise. **Seiten 10 und 13**

Milchseen ohne Zufluss?

Die Entwicklung auf dem Weltmarkt verspricht wenig Hoffnung auf stabile Milchpreise. Bis zu einem Drittel der Bauern könnten die Milchviehhaltung aufgeben. Schon befürchteten Molkereien Engpässe bei der Milcherzeugung. **Seite 11 und 12**

Politik

Pflanzenschutz

Bauern können den Aufwand an Pflanzenschutzmitteln nicht alleine senken. Politik, Verbraucher, Züchter und Handel müssen das ihrige dazu beitragen, fordern der AbLer Gerd Kattenstroth und Carina Weber vom Pestizid Aktions-Netzwerk. **Seite 14 und 15**

Teil-Entkoppelung

Kritik an der vorgesehenen Entkoppelung bei der EU-Agrarreform nimmt zu. Nur einen Teil der Prämien in eine Grundprämie umzuwandeln ist eine der berechneten Möglichkeiten. **Seite 3**

Bewegung

Fleisch aus Bauernhand

Neuland-Fleisch ist fast ohne Salmonellen-Belastung: artgerechte Tierhaltung und Verbraucherschutz können nicht gegeneinander ausgespielt werden. In Südniedersachsen gründeten Bauern einen eigenen Schlachthof. **Seite 6 und 8**

Land gerechter verteilen

Nach einem Jahr kritisiert die IG Boden verschärft die Bevorzugung großer Betriebe bei der Vergabe öffentlicher Flächen in Ostdeutschland. **Seite 7**

Weitere Themen:

CPE-Mitgliederversammlung **Seite 4**,
Regionen aktiv **Seite 16**, WeltSozialforum
Seite 17, Reisebericht USA **Seite 18** und
vieles mehr

Wer Veränderung will, der muss sich einmischen. 1. Beispiel: Während diese Zeilen geschrieben werden, wächst die Sorge über einen erneuten Krieg im Irak, dessen Folgen für die Menschen brutal und für die Welt unübersehbar sind. Über 500.000 in Deutschland und weltweit über zehn Millionen Menschen in aller Welt sind für den Frieden auf die Straße gegangen, haben sich eingemischt. Ein beeindruckendes Votum, nach dem keine Regierung zur Tagesordnung übergehen kann.

2. Beispiel: Die neuesten Agrarreformpläne der EU-Kommission. Wir müssen uns in die Debatte einmischen, statt die Fäuste in der Tasche zu ballen und auf die da oben zu schimpfen. Denn das würde nur dazu führen, dass alles beim Alten bleibt zum Wohle einer kleinen Klientel, die seit Jahrzehnten von einer sozial ungerechten EU-Agrarpolitik profitiert. Jede und jeder kann Kraft in unsere Forderungen stecken und sie vehement gegenüber den politisch Verantwortlichen vorbringen: nach einer einheitlichen Grundprämie und Abstufung der Direktzahlungen sowie der Einbe-

ziehung von Arbeits- und Umweltkriterien, nach einer wirksamen Mengenbegrenzung für den Milchmarkt und höhere Erzeugerpreise. Dafür gilt es, auch national und europäisch um Mehrheiten zu ringen.

3. Beispiel: Aktionsprogramm bäuerliche Landwirtschaft. Von der Bauernverbandspresse wird es zum Teil bespöttelt und von so

manchen Bedenkenträgern in Berlin und Bonn am liebsten in die untersten Schubladen verfrachtet. Von der AbL vehement gefordert, legt das Bundesministerium jetzt einen Entwurf vor. Die Finanzierung ist endlich gesichert und mit der Umsetzung wird begonnen. So wird an den Förderungen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe weitergearbeitet, neue Förderungen sind geplant. Nach der 2002 eingeführten Investitionsförderung für besonders tiergerechte Ställe soll nun auch die zusätzliche Arbeit für tiergerechte Haltung durch Festmistwirtschaft, Auslauf- und Weidehaltung honoriert werden. Gespräche laufen, wie für bäuerliche und handwerkliche Weiterverarbeitung überzogene Hygieneauflagen abgebaut werden können, wo und wie in mehr Bundesländern Hofbörsen eingerichtet werden, die hofabgebende Bauern mit Neueinsteigern in die Landwirtschaft zusammenbringen ... Erste Schritte, aber wenn jetzt von unten nicht viel Druck gemacht wird, dann wird nicht viel passieren. Deshalb rufen wir zur Einmischung auch in diesem Punkt auf. Wenn es um eine praxisnahe Gestaltung des Programms geht, wenn damit ein Rahmen für die Zukunft bäuerlicher Betriebe gesetzt wird, dann müssen Bäuerinnen und Bauern sowie wichtige gesellschaftliche Organisationen den Hintern hoch bekommen und sagen, was sie wollen. Die AbL hat zu dem Programm Positionen vorgelegt (siehe Beilage). Sagen und schreiben Sie uns Ihre Meinung dazu und dann geht es mit dieser geballten Meinung nach Berlin! Dann können die agrarpolitisch Verantwortlichen in Bund und Ländern – gleich welcher politischer Partei sie angehören – beweisen, was sie für die bäuerliche Landwirtschaft wirklich tun wollen und werden. Wir setzen auf Ihre Einmischung.

Georg Janßen, AbL-Bundesgeschäftsführer



KOMMENTAR

Einmischen!

Welthandels poker geht in die nächste Runde

Im Verhandlungspoker der Welthandelsorganisation (WTO) haben sich neue Koalitionen gebildet. Neben der EU protestierte vor allem Japan gegen die Vorschläge von Verhandlungsleiter Stuart Harbinson, die in Tokio vorgelegt wurden. Nach dem Rasenmäherprinzip sollen alle Staaten ihre Zölle um den gleichen Satz senken – ganz unabhängig davon, wie unterschiedlich die Ausgangssituation ist. Damit wären vor allem die USA im Vorteil, denen es bereits gelungen ist, ihre Exportstützungen so umzuschichten, dass sie nicht mehr unter die abzubauenen Subventionen fallen. Durchschnittlich zwischen 40 und 60 Prozent sollen die Beihilfen in den kommenden fünf Jahren gekürzt werden und in noch einmal fünf Jahren ganz auslaufen. Tausende von Bauern gingen am 15. Februar, einen Tag nach Bekanntwerden der Vorschläge, in Tokio auf die Straße. Japan schützt sich mit einem Zoll von 490 Prozent vor Reisimporten. „Die japanische Landwirtschaft stirbt, wenn wir darauf eingehen“, zitiert die *Japan Times* einen der demonstrierenden Bauern. Ein anderer sagte: „Ich glaube nicht, dass die derzeitigen Zölle hundertprozentig zu halten sind. Aber man kann nicht in allen Ländern die gleiche Regelung anwenden.“ Der Reisbauer forderte eine Berücksichtigung regionaler Unterschiede. Von den Schwierigkeiten der Entwicklungsländer, die kaum Möglichkeit haben, ihre Kleinbauern von billigen Importen zu schützen, ist in dem neuesten WTO-Papier überhaupt nicht die Rede. Diese Länder sind finanziell nicht in der Lage, ihre Exporte mit Subventionen zu unterstüt-

zen. Dies wäre aber die einzige Maßnahme gegen die Senkung der sowieso schon niedrigen Schutzzölle in der Dritten Welt. Nach Einschätzung des in Minneapolis ansässigen „Instituts für Landwirtschaft und Handelspolitik“ würde die Lebensgrundlage unzähliger Bauern zerstört werden. „Um eine Übereinkunft zu erreichen und die EU sowie die USA zufrieden zu stellen, ließ man die Probleme der Entwicklungsländer unter den Tisch fallen“, empörte sich Sprecherin Sophia Murphy.

Zollabbau geht zu weit

Etwas gemäßiger fällt die Ablehnung des deutschen Landwirtschaftsministeriums aus – aber eine Ablehnung ist es trotzdem. Das Ministerium bewertet den Harbinson-Vorschlag als „unausgewogen“, er komme den USA deutlich mehr entgegen als der EU. „Der vorgeschlagene Zollabbau geht deutlich zu weit“, heißt es in einer ersten Stellungnahme. „Zollreduzierungen in dieser Größenordnung würden zu einer einschneidenden Rückführung insbesondere bei Zucker, Milch und Rindfleisch führen.“ Besonders verärgert reagiert das Künast-Ministerium auf das weit gehende Ignorieren der so genannten „nicht handelsbezogenen Anliegen“, also der Forderung nach Schutz geografischer Herkunftsbezeichnungen, der Kennzeichnungspflicht und einer Verankerung des Vorsorgeprinzips.

Am 31. März sollen die WTO-Mitgliedsländer Vorschläge für die nächste Verhandlungsrunde im September in Mexiko abliefern. la

AbL-Fachtagung

Die Zukunft der Sozialversicherungen in der Landwirtschaft
Samstag, 8. März 2003, Beginn 10:00 Uhr – Ende 16:30 Uhr
 im Zentrum für Familie, Umwelt und Kultur,
 Kloster Roggenburg

Referenten: **Hermann Schlagheck**, Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft,
Freiherr Stockmar von Wangenheim, alternierender Vorstandvorsitzender der Berufsgenossenschaft Franken und Oberbayern,
Reinhold Knittel, Geschäftsführer der Landwirtschaftlichen Sozialversicherung Baden-Württemberg sowie
Fritz Schober, Schweizerischer Bauernverband

Veranstalter: AbL-Landesverbände Bayern und Baden-Württemberg in Kooperation mit der Petrakelly-Stiftung, Bayerisches Bildungswerk für Ökologie und Demokratie in der Heinrich-Böll-Stiftung.

Anmeldung (dringend notwendig, da Plätze begrenzt sind) bei: Andreas Rimmelberger, Reit 17, 84508 Burgkirchen, ☎ 08679-6474, Fax: 08679-9130145, E-Mail: rimmelberger@t-online.de

Die Diskussion um die Entkopplung: Es geht um Umverteilung

Teil-Entkopplung kommt verstärkt in die Diskussion, um die EU-Agrarreform. Modell mit Grundprämie?

Begeisterung lösen die Vorschläge der Kommission nicht aus, im Gegenteil. Die Preise für wichtige landwirtschaftliche Erzeugnisse sind im tiefen Keller. Während die Schweinehalter noch einigermaßen ruhig halten, brodelt es bei der Milch, wozu auch eine chaotische bis dreiste Preispolitik einiger Molkereien beigetragen hat. Die Einkommen im letzten Jahr sind zum Teil drastisch zurückgegangen. Die Stimmung auf den Betrieben ist schlecht.

Wer in einer solchen Situation mit Vorschlägen kommt, die das Ziel weiterer Preissenkungen, bei Milch von minus 28 % bei nur 47-%-igem Ausgleich, beinhalten, der darf sich über die Reaktionen nicht wundern. Der Lockruf mit wachsenden Weltmärkten und angeblich steigenden Weltmarktpreisen, der noch bei der Agenda 2000 einige Augen „funkeln“ ließ, der verfängt nicht mehr, und zwar nicht erst, seit WTO-Agrar-Chefunterhändler Harbinson seine aggressiven Vorgaben präsentiert hat.

Aber: In der EU liegt das Vorschlagsrecht nun mal bei der Kommission. Ministerrat und Parlament müssen sich mit den vorliegenden Vorschlägen befassen. Der Ministerrat entscheidet schließlich nach Anhörung des Parlaments. Er kann ablehnen – dann bleibt es bei geltendem Recht, und das hieße bei der Milch: Preissenkung um 15 % und Ausstieg aus der Quote im Jahr 2008. Oder er einigt sich auf Korrekturen der Kommissions-Vorschläge, aber das braucht eine große (qualifizierte) Mehrheit im Rat. Jetzt ist also die Zeit, Kritik zu üben und Lösungsvorschläge zu entwickeln.

Entkopplung

Neben dem Milchbereich (s.S. 10-13) ist die so genannte Entkopplung der meisten Direktzahlungen der zentrale Kern der Vorschläge. Die Kommission hat dabei ein Modell gewählt, das die bisherige Verteilung der Prämien auf die Betriebe zunächst festschreibt. Sie geht damit einer politisch schwierigen Umverteilung aus dem Wege. Das Modell sieht bekanntlich vor, dass ein Betrieb diejenigen Zahlungsansprüche erhält, die er im Durchschnitt der Jahre 2000 bis 2002 zugesprochen bekommen hat, allerdings auf Grundlage der Prämienhöhe pro Zahlungsanspruch des Jahres 2002 (d.h. z.B. 210 € Sonderprämie Bullen). So ergibt sich die Betriebsprämie. Bei Milcherzeugern erhöht sich die Betriebsprämie und damit die Höhe jedes einzelnen Prämien-

rechtes ab 2004 durch die Milchprämie, die laut Kommissionsplan dann eingeführt werden soll. Sie soll sich berechnen aus der Quotenmenge des Betriebes am 30.03.2004 mal Prämienhöhe, die im Jahr 2008 dann 4,17 Ct pro



Grünland darf nicht länger benachteiligt werden!

Foto: Jasper

kg beträgt. Festzuhalten bleibt hier: Durch diese Form der Entkopplung bleibt die Verteilung der Prämien zunächst so bestehen wie im Referenzzeitraum.

Von 0 bis 1.500 €/ha

Wie diese Verteilung nach diesem Kommissionsmodell aussieht, zeigen Untersuchungen der FAL für das BMVEL. Danach reicht die Skala der Betriebsprämien, bezogen auf den Hektar Betriebsfläche, von annähernd 0 €/ha bei einigen wenigen spezialisierten Gemüse- oder Dauerkulturbetrieben bis hin zu 1.500 €/ha bei einigen Bullenmastbetrieben, die die Kleinerzeugerregelung anwenden und sowohl Bullen- als auch Silomaisprämie erhalten. Aber auch andere Bullenmäster kommen auf bis zu 900 €/ha. In Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen liegen auf rund zwei Drittel der Nutzflächen Betriebsprämien von 250 – 400 €/ha, 10 % der Fläche liegt unter 250 €/ha und folglich 20 % über 400 €/ha.

Grundprämie

Aus Sicht der AbL ist ein Modell, das diese bisherige Verteilung der Zahlungen festschreibt, inakzeptabel. Das hat die AbL immer wieder deutlich gemacht und deshalb im breiten Bündnis mit anderen Verbänden eine einheitliche Grundprämie gefordert, in die auch das Grünland einbezogen werden muss. Sonst bliebe die massive prä-

mienbedingte Benachteiligung von Grünland gegenüber Silomais, der heute mit bis zu 474 €/ha (Bayern) prämiert wird, auf ewig bestehen. Die Ministerinnen Künast und Höhn haben diese Forderung aufgegriffen.

Sie ist etwa enthalten im Positionspapier der Bundesregierung zur GAP-Reform vom Februar 2002. Nun haben jüngst auch die Agrarminister der CDU-regierten Länder sich für eine Grundprämie ausgesprochen.

Teil-Entkopplung

Bei einer bundesweit oder auf Ebene der Bundesländer einheitlichen Grundprämie wird die Prämiensumme, die auf der entsprechenden Ebene vorhanden ist, auf alle landwirtschaftlichen Nutzflächen umgelegt. Geht man bundesweit vor, so ergäbe sich bei Einbeziehung aller Flächen-, Tier- und Milchprämien dann etwa 350 €/ha. Geht man länderweise vor, so reicht die Spannweite bei den Flächenländern von knapp 280 €/ha in Rheinland-Pfalz bis zu 416 €/ha in Schleswig-Holstein. Immer würde das die Betriebe, die heute z.T. weit darüber liegen (s.o.), ganz erheblich treffen. Die Entkopplung aller Prämien in einheitliche Flächenprämien bewirkt mächtige Umverteilungen.

Um die Umverteilungswirkung abzuschwächen, wird nun wieder verstärkt über Modelle einer Teil-Entkopplung nachgedacht. Es würden z.B. nur die Flächenprämien und ein Teil der Tierprämien in eine einheitliche Grundprämie überführt. Daneben bliebe den intensiven Bullenmast- und Milchviehbetrieben ein Teil ihrer Tier- und Milchprämien als eine zusätzliche Betriebsprämie erhalten. Diese Betriebsprämie

soll nach Vorstellung einiger Wissenschaftler nach und nach abgebaut werden, zugunsten entweder der allgemeinen Flächenprämie oder zugunsten der 2. Säule.

Wie genau solche Modelle der Teilentkopplung aussehen könnten und welche Wirkungen sie jeweils hätten, dazu wird in den Forschungsanstalten bereits heftig gerechnet. Die Aussichten auf Realisierung sind für solche Modelle derzeit jedenfalls größer als für das Fischler-Modell der Entkopplung.

Zeitplan

Ob der ehrgeizige Zeitplan der Kommission einzuhalten sein wird, bis zum Sommer 2003 über die Reformvorschläge zu beschließen, wird immer fraglicher. Erstens sind die Vorschläge so umfangreich, dass das Studium der Papiere täglich neue Fragen aufwirft, zu denen auch die Kommission oft keine sofortige Antwort parat hat. Daraus ergibt sich zweitens, dass die Mitgliedstaaten ihre Verhandlungsstrategie erst langsam detailliert entwickeln und festlegen. Kommission und Hauptstädte brauchen noch Zeit. Drittens werden die Arbeitssitzungen in Brüssel ab Mitte April wohl um einiges zäher werden. Denn wenn am 16. April die Staats- und Regierungschefs der EU-15 und der zehn Beitrittsländer die Beitrittsverträge unterzeichnet haben, haben zehn weitere Minister/innen Rederecht (auch wenn sie noch nicht mit abstimmen dürfen).

Aber auch die Kommission selbst könnte Interesse haben, ihren Zeitdruck zu drosseln: Zum einen hat der Harbinson-Vorschlag zu den WTO-Agrarverhandlungen die EU-Agrarkommission in Abwehrhaltung gebracht. Sie könnte die Reform der GAP nun hinauszögern wollen, um Verhandlungsmasse in der Hand zu behalten und um nicht nach einem WTO-Abschluss die Reform sofort wieder reformieren zu müssen.

Das alles heißt aber nicht, dass in den nächsten Wochen nicht bereits Vorentscheidungen getroffen würden. Der Meinungsbildungsprozess bei Regierungen, Kommission und Europäischem Parlament ist längst angelaufen. Ob früher oder später: Die Frage heißt nicht: Kommt eine Reform, sondern: Wie soll sie aussehen? Zwischen Paris und Berlin läuft derzeit ein intensiver Austausch. Es wird an einem gemeinsamen Konzept zu den Kommissionsvorschlägen gearbeitet, darauf hat Ministerin Künast im Bundestag hingewiesen.

„ProLand“

Etwa 1,2 Millionen Euro Fördermittel im Rahmen des niedersächsischen „ProLand“-Programms sind laut *Osnabrücker Zeitung* in ein neues Kommissionier- und Zerlegezentrum im Fleischzentrum Lingen der Nordfleisch AG geflossen. Wöchentlich etwa 1.500 Tonnen Fleisch sollen dort nach Angaben der Nordfleisch-Tochter Premium-Fleisch zerlegt werden, dadurch seien 200 Arbeitsplätze gesichert und 40 neue geschaffen worden. Das niedersächsische „ProLand“-Förderprogramm (als Teil der 2. Säule der Agrarpolitik) soll der Entwicklung von Landwirtschaft und ländlichem Raum dienen. Nach den gescheiterten Fusionsplänen von West- und Nordfleisch gibt es unterschiedliche Erwartungen hinsichtlich der Zukunft der verschuldeten Nordfleisch. Die Lebensmittel-Zeitung berichtet über Sondierungsgesprächen der Nordfleisch-Gläubigerbanken mit dem dänischen Schlachtkonzern DanishCrown hinsichtlich eines Einstiegs bei der Nordfleisch. pm

Fleisch-Discount

Die beiden marktführenden Discounter Aldi und Lidl bieten jetzt auch vorverpacktes Frischfleisch in Selbstbedienung an, um noch mehr Kunden in ihre Geschäfte zu locken. Vor allem „Schneldreher“ wie Hackfleisch und wohl bald auch Minutenschnitzel, Kotelett und Bratwurst sollen zu dem zehnten Produkten-Fleischsortiment gehören. Zunächst gilt dieses Angebot nur in ausgewählten Regionen, um zu testen, wie die Kunden reagieren und ob man – trotz jahrelanger Vorarbeit – die logistische Kühlkette über die Zentrallager beherrscht. Der Preis für Hackfleisch soll bei 1,79 Euro je 500g-Abpackung liegen, wesentlich niedriger als der Preis in den Supermärkten der anderen Handelsketten. Vor allem von deren Bedienungs-Fleischtheken soll der Discounter Vorstoß die Kunden abziehen. Auf den Discount-Packungen fehlt bisher das QS-Siegel, weil die Discounter hinsichtlich der kontinuierlichen Belieferung nicht sicher sind und weil deren ausländische Fleisch-Lieferanten bisher nicht in das QS-System einbezogen sind. Mittlerweile verhandeln Aldi und Lidl mit fast allen größeren Fleischkonzernen, die Erweiterung der Kapazitäten für die Produktion von SB-Fleisch steht bei vielen auf dem Investitionsplan. Ob die bedienungs- und beratungsintensiven Einkaufsstätten mit großer Qualitäts-Auswahl (z.B. im Fleischerhandwerk) unter der Discount-Initiative leiden werden, ist ungewiss. Vor allem die Supermärkte mit halbherzig ausgebauter Fleischtheke könnten Kunden zu beiden Seiten verlieren. en

Alle Macht für „Marnie“?

Um ihre neue Braugersten-Sorte „Marnie“ in den Markt des Jahres 2004 zu drücken, übt die Zentralgenossenschaft BayWa derzeit „auf allen Ebenen massiven Druck“ aus, so *Landpost*-Redakteur Gernot Raiser in einem mutigen Kommentar. Offensichtlich sollten keine anderen Sorten als die im BayWa-Züchtervertrieb stehende „Marnie“ zum Zug kommen. Dabei gibt es zu dieser Sorte, mit Ausnahme der Beschreibenden Sortenliste, keine amtlichen Versuchsergebnisse. Die BayWa habe aber offenbar derzeit keine andere Nachfolge-Sorte zur bisherigen Erfolgssorte „Scarlett“ parat. Die massive BayWa-Kampagne erinnere eher an eine Gehirnwäsche als an sachliche Aufklärung. Schließlich steht dahinter nicht nur die Werbemacht, sondern auch die absolute Marktherrschaft der BayWa in Süddeutschland im Landhandel. Sollte später „Marnie“ in den amtlichen Tests nicht halten, was der BayWa-Konzern heute vollmundig verspreche, würde das teuer für Vermehrer, Erzeuger, Vermarkter und Verarbeiter. en



Protest gegen dreistes Patent von DuPont vor dem Europäischen Patentamt in München. „Manager“ der größten Agrarkonzerne DuPont, Monsanto, Bayer und Syngenta heften Patentclips auf landwirtschaftliche Produkte, die auf einer drei Meter großen Weltkugel verteilt sind.
Foto: Jens Kuesters/Greenpeace

KURZES AM RANDE

Europäische Bauernkoordination wächst

Neben den 15 Mitgliedsverbänden der CPE befinden sich fünf Organisationen im einjährigen Kandidatenstatus. Auf der Mitgliederversammlung Mitte Februar in Galizien wurden zwei weitere Kandidaten aufgenommen: der schweizer Verband kleiner und mittlerer Bauern, und die spanische Plataforma Rural, ein Zusammenschluss aus Organisationen der Landwirtschaft, der Verbraucher und des Umweltschutzes. Weitgehende Einigkeit herrschte bei den 45 CPE-VertreterInnen in der Beurteilung der aktuellen Vorschläge zur Reform der gemeinsamen EU-Agrarpolitik (GAP). Sie wurden als wenig sozial und ökologisch abgelehnt. Besonders in der Kritik standen dabei die Milchquotenausweitung mit dem zu erwartenden Preisverfall und die Dumpingwirkung der Direktzahlungen im internationalen Handel. Für die ärmeren Länder ist auch die Kofinanzierung der zweiten Säule schwierig. Die bezüglich der EU-Erweiterung geäußerten Befürchtungen richteten sich gegen die zunehmende Handelsmacht der

vor- und nachgelagerten Industrie sowie gegen den wachsenden Aktionsradius der Handelskonzerne. Betont wurde die kollegiale Haltung zu den Bäuerinnen und Bauern der neuen Mitgliedsländer, mit deren Organisationen eine enge Zusammenarbeit, z. B. durch Länderpartnerschaften, gesucht werden soll. Die Position der Landwirtschaft in den WTO-Verhandlungen wurde problematisch gesehen. Als Alternative wurde vorgeschlagen, den Landwirtschaftsbereich aus der WTO zu lösen und z. B. an die UNO zu übertragen. Im Anschluss an die Mitgliederversammlung diskutierten die Vertreterinnen der CPE-Organisationen mit über 100 Bäuerinnen aus Galizien die Arbeits- und Alltagssituationen von Bäuerinnen, unterschiedliche Formen der Interessenvertretung, die sozialen Auswirkungen der GAP-Reform für Bäuerinnen und forderten, dass besondere Initiativen zur Verbesserung der sozialen Situation von Bäuerinnen im Rahmen der GAP ergriffen werden müssten. uov

Biopiraten in Schranken gewiesen

Zum ersten Mal wurde ein ganzes Patent widerrufen“, freut sich Ulrike Brendel, Patentexpertin von Greenpeace nach der Entscheidung des europäischen Patentamtes (EPA) in München Mitte Februar. Der Gentech-Gigant DuPont hatte im Sommer 2000 auf herkömmlich gezüchteten Mais mit besonders hohem Ölgehalt ein Patent angemeldet. Für Saatgut, Tierfutter und selbst für verarbeitete Produkte wie Speiseöl hatte der Konzern in über 80 Staaten Patentschutz angemel-

det und vom EPA genehmigt bekommen. Erst nach dem Einspruch von Greenpeace, Misereor und der mexikanischen Regierung prüfte das EPA ernsthaft, ob das Patent überhaupt eine erfinderische Leistung beinhaltet, was eine der grundlegenden Voraussetzungen für die Genehmigung eines Patentes ist. Prompt wurde der Patentanspruch

DuPonts in 15 von 19 Punkten verworfen. Ebenso war der Einspruch nötig, um das EPA zu Erkenntnis zu bringen, dass das Ölmais-Patent einen biologischen Prozess umschreibt, der gar nicht patentiert werden kann. Die mexikanische Regierung hatte sich an dem Einspruch in München – des in den USA nach wie vor gültigen Patentes – beteiligt. Mais mit hohem Ölgehalt wird in Latein- und Südamerika seit langem angebaut. In den USA hätte Dupont nach wie vor das Recht für importierten Mais aus Mexiko Lizenzgebühren zu erheben, ohne dass das von Bauern gepflegte Saatgut auch nur einmal mit den Händen eines Mitarbeiters von DuPont oder mit einem seiner Labore in Berührung gekommen ist. Das Maispatent von DuPont ist kein Einzelfall sondern Teil einer umfassenden Strategie des Konzerns, Einfluss auf den Anbau und die Entwicklung von Kulturpflanzen zu nehmen. So folgert Uli Brendel, dass nicht gegen jedes der weiteren 200 Patente von DuPont Einspruch eingelegt werden kann, sondern die Politik müsse endlich eine klare Gesetzgebung schaffen, die solche dreisten Patente in Zukunft verhindere. Der erste Schritt für die Bundesregierung sei, die EU-Biopatentrichtlinie nicht wie angekündigt in deutsches Recht zu übersetzen, sondern auf EU-Ebene auf Neuverhandlung zu drängen. ms

Ein Kartoffelzüchter steigt aus

Die Norika GmbH entzieht der Saatgut-Treuhand den Auftrag, für sie Nachbaugebühren einzutreiben

Bislang kam die Kritik an den Nachbaugebühren und den Methoden des Vollstreckungsorgans, der Saatgut-Treuhand Verwaltungs GmbH (STV), von den Bäuerinnen und Bauern. Kein Wunder, schließlich sind sie die Benachteiligten. Umso interessanter wird es, wenn sich Pflanzenzüchter kritisch zum Thema äußern. Im mecklenburgischen Groß Lüsewitz sitzt die Norika GmbH, ein Kartoffelzüchtunternehmen, das 1990 aus der Privatisierung der staatlichen Kartoffelzucht der DDR hervorgegangen ist. Das Sortiment von Norika umfasst derzeit 28 Sorten. Noch bevor die Nachbaugebührenproblematik hochkochte, nämlich bereits 1996, kündigten die nord-ostdeutschen Kartoffelzüchter ihre Mitgliedschaft in der STV. Später erteilten sie der STV dann aber als Dienstleistungsauftrag die Aufgabe, für sie die Nachbaugebühren von den Bäuerinnen und Bauern einzuziehen.

Letztes Jahr beendete die Norika GmbH allerdings auch diese Form der Zusammenarbeit mit der STV. Geschäftsführer Wolfgang Walter formuliert die Begründung für diesen Schritt diplomatisch: man habe unterschiedliche Betrachtungsweisen, wie mit der Sache umzugehen sei. „Wir an der Basis sind damals nicht gefragt worden, was wir für sinnvoll erachten“, sagt er rückblickend. Stattdessen habe man sich auf Ebene der Verbandsspitzen von Bauernverband und Pflanzen-

züchtern auf das Kooperationsabkommen als eine Lösung geeinigt, „die in großem Stil Verwaltungs-, Beratungs-, Porto- und mittlerweile auch Gerichtskosten“ nach sich ziehe. Man habe auf Seiten des Bundesverbandes Deutscher Pflanzenzüchter (BDP) überhaupt nicht versucht, Bäuerinnen und Bauern zu vermitteln, wie sich die Kosten in der Pflanzenzüchtung zusammen setzen, wie viel letztlich der Züchtungsfortschritt kostet. Für Walter ist bereits der allgemeine Ansatz falsch gewesen. Seiner Meinung nach sollte es für die Züchter in erster Linie nicht darum gehen, für den Nachbau Geld einzuziehen, sondern den Z-Saatgutabsatz zu erhöhen.

Akzeptable Lösung für Züchter und Bauern

Deshalb hätte damals wie heute die Konsequenz sein müssen, bei einer Steigerung des Absatzes von Z-Saatgut auch von vornherein Preisabsenkungen desselben festzulegen. Dies hätte auch so gegenüber den Bäuerinnen und Bauern formuliert werden müssen. „Warum hat man nicht gesagt, wenn der Nachbau unter 30 Prozent fällt, senken die Züchter die Preise um fünf Prozent?“ Stattdessen sei man durch die ständigen Nachverhandlungen beim Kooperationsabkommen mittlerweile bei einem Abschluss angelangt, der zumindest im Bereich der Kartoffeln den Züchtern kaum noch etwas bringt.

Die Norika setzt stattdessen auf individuelle Lösungen und Vereinbarungen mit Bäuerinnen und Bauern. „Da, wo wir von Nachbau wissen oder es in Erfahrung bringen, treten wir in Verhandlungen“, so Walter. Heraus kommen dabei Lösungen, die für beide Seiten akzeptabel seien, weil sie dem einen Geld, dem anderen aber zum Beispiel den Zusatznutzen einer Virusuntersuchung seines Pflanzgutes bringen können. Dabei spielt es für Walter keine Rolle, ob es sich um einen großen oder kleinen Betrieb handelt.

Auch die, die derzeit als Kleinerzeuger von der Nachbaugebührenregelung über die STV nicht erfasst werden, möchte er letztlich dazu bringen, mehr zertifiziertes Pflanzgut einzusetzen, um Probleme in Sachen Pflanzengesundheit in den Griff zu bekommen. Während der BDP und die STV nur sehen, wo es am meisten lohnt abzukassieren, haben kritische Pflanzenzüchter wie Walter den Blick viel stärker darauf gerichtet, welche pflanzenbaulichen oder -gesundheitlichen Folgen viel Nachbau haben kann. Aber natürlich schwingt da auch Kritik an jenen Bäuerinnen und Bauern mit, die letztlich ebenfalls nur die finanziell lukrativste Lösung für sich suchen. Leider sind auf beiden Seiten die, die über den Geldbeutel hinaus denken, bislang in den Entscheidungsprozessen nicht gehört worden. cs

Justizias Prozentrechnung

Zu einer unkonventionellen Lösung kam das Landgericht München in einem Verfahren um die Höhe von Nachbaugebühren. Ein Bauer hatte sich nach dem gesetzlichen Verfahren veranlagten lassen, aber dann die in Rechnung gestellten Gebühren für zu hoch befunden und rund 700 Euro weniger überwiesen als die STV wollte. Diese verklagte ihn auf Zahlung des Restbetrages. Das Gericht urteilte nun, dass die Forderung der STV tatsächlich als überhöht anzusehen ist. Zwar folgte man nicht der Ansicht des Oberlandesgerichtes Braunschweig, das geurteilt hatte, niemand dürfe im gesetzlichen Verfahren schlechter gestellt werden als wenn er das Kooperationsabkommen unterschrieben hätte. Münchens Richter beschlossen, dass der beklagte Bauer 25 Prozent mehr zahlen sollte, als die Rechnungssumme bei Zugrundelegung des Höchstsatzes im Kooperationsabkommen betragen würde. Wie die Richter auf jene 25 Prozent kamen, bleibt Justizias Geheimnis, der betroffene Bauer muss jedenfalls nun noch acht Euro nachzahlen. Die STV ging in Berufung.

Freie Hansa, Hela und Co.

Sorten, die ohne Nachbaugebühren nachgebaut werden können

Wer bisher wissen wollte, welche Sorten er nachbauen kann, ohne mit Gebührenforderungen durch die Saatgut-Treuhand Verwaltungs GmbH (STV) rechnen zu müssen, stieß beim Bundesortenamt auf Granit. Man habe zwar die kompletten Sortenlisten, die man dann ja mit der abgleichen könne, die einem die STV als Liste der nachbaugebührenpflichtigen Sorten zuschickt. Der niedersächsi-

sche Bauer und IG Nachbau-Mitglied Karsten Ellenberg hat sich nun die Mühe dieses Abgleiches gemacht. Der einzige Haken: Die jeweils aktualisierte Liste mit den nachbaugebührenpflichtigen Sorten der entsprechenden Anbauperiode verschickt die STV erst mit den Erhebungsbögen für genau den Zeitraum, also dann, wenn der Nachbau schon gelaufen ist. So bleibt ein gewisses Restrisiko von Ände-

rungen. Die hier veröffentlichten Sorten sind die, die bislang frei bzw. nicht mit Nachbaugebühren belastet wurden. Am sichersten sind die in der Kategorie I. anzusehen, da es sich hier meist um alte Sorten handelt, deren Schutzfrist abgelaufen ist. Warum die Sorten der Kategorien II. und III. bislang nicht mit Gebühren belastet wurden, hat unterschiedlichste Gründe bzw. ist unklar.

Übersicht zu Sorten, die ohne Nachbaugebühr angebaut werden können (ohne Gewähr):

Kartoffeln:	tana, Sirius, Sonate, Valisa	Kategorie II. Fernado	Ackerbohne:
Kategorie I. Ohne nationalen oder EU-Schutz:	Wintergerste:	Kategorie III. Cifton, Esprit, Novus, Ursus	Kategorie I. Columbo
Kategorie II. Mit nationalem Sortenschutz, bisher nicht belastet:	Kategorie III. Leonie	Sommerroggen:	Kategorie II. Hiverna
Accent, Fasan, Junior, Karat, Karatop, Karlana, Karolin, Kolibri, Koretta, Likaria, Kiu, Maxilla, Monza, Oktan, Sanira	Sommergerste:	Kategorie I. Petka	Futtererbse:
Kategorie III. Mit EU-Schutz, bisher nicht belastet: Agave, Albartos, Delicat, Florijn, Lady Felicia, Melinna, Moli, Möwe, Pirol, San-	Kategorie III. Prolog	Winterweizen:	Kategorie I. Apollo, Avia, Davina, Sephia, Susan
	Winterhafer:	Kategorie I. Amply, Arminius, Elvis, Enorm, Monopol, Punch, Renan, Sokrates, Tbmml, Ökostar	Kategorie II. Lido
	Kategorie II. Wiebke	Kategorie II. Haldor	Kategorie III. Lumina
	Sommerhafer:	Kategorie III. Hybnos	Lupine:
	Kategorie I. Bonus	Sommerweizen:	Kategorie II. Trebisa
	Winterroggen:	Kategorie I. Eminent, Safrania	
	Kategorie I. Bernburger Futterroggen, Carouss, Caratopp, Gamet, Matador, Plato		

Teilerfolg der Agrarier beim Sparpaket

Die Bundestagsfraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben das Sparpaket ihrer Bundesregierung im Agrarbereich entschärft. Den „Agrariern“ der Fraktionen ist es im zähen Ringen mit ihren Haushaltskollegen, vor allem aber mit dem Bundesfinanzministerium gelungen, die Vorsteuerpauschale bei der Umsatzsteuer beim bisherigen Satz von 9 % zu erhalten. Das Sparpaket sah eine Absenkung auf 7 % vor, was pauschalierenden Betrieben erhebliche Verluste eingebracht bzw. sie zur aufwändigen Optimierung gezwungen hätte. Allerdings bleibt der Plan, die Mehrwertsteuer auf Vorprodukte wie Futtermittel von 7 auf 16 % anzuheben. Blumen haben hier eine Gnadenfrist bis zum 1.1.2005. Für Brennholz gilt weiterhin 7 %. CDU-Politiker haben angekündigt, trotz der Verbesserungen das Steuervergünstigungsabbaugesetz im Bundesrat abzulehnen. Dann geht es in den Vermittlungsausschuss. *uj*

Dioxin im Futtermittel-Dschungel

Undurchschaubare Herstellungs- und Vertriebs-Wege von Futtermitteln liefern trotz BSE- und Nitrofen-Erfahrungen immer noch Stoff für Lebensmittel-Skandale und Schlagzeilen zu Lasten der Bauern: Dioxin-Mengen bis zum Zehnfachen des zulässigen Grenzwerts wurden in etwa 2000 Tonnen Futtermittel-Komponenten aus dem Trockenwerk Thüringen (TWT) bei Apolda gefunden. „Dioxin“ ist ein Sammelbegriff für eine äußerst giftige Gruppe von 50 Stoffen, die bei der Herstellung von Pflanzenschutzmitteln, Metallen und bei Verbrennungsprozessen entstehen, die sich im Körper ablagern und zu Schäden des Immunsystems und zu Krebs führen können. Ursache ist ein defekter Trocknungs-Ofen für Backwarenreste und Rübenschnitzel, der vorschriftswidrig über Monate mit nassen Holzschnitteln und evt. mit behandelten Hölzern beheizt war und dessen Rauchgase in die Trocknungsmasse gelangten. Geliefert wurde das belastete Material von der TWT an zwei große Mastanlagen, an Zwischenhändler, an drei Mischfutterwerke und von dort an Schweine-, Enten-, Legehennen- und Pferdehalter. Mittlerweile wurden in zahlreichen Bundesländern und in Holland insgesamt über 65 Betriebe gesperrt. In der belieferten Mastanlage Hermstedt (mit insgesamt 10.000 Mastplätzen) wurden schon 300 Tiere getötet, möglicherweise folgen bald sogar 8.000 weitere. Das Verbraucherministerium kritisierte die Thüringer Behörden, die aus einer bereits am 4. Dezember gezogenen Probe erst Mitte Januar Konsequenzen zogen und erst Anfang Februar den Bund informierten. *en*

50 Jahre und kein bisschen müde



Am 12. Februar feierte Anneliese Schmech ihren 50. Geburtstag. Seit 15 Jahren ist sie Vorsitzende der AbL in Baden-Württemberg und eine engagierte Kämpferin für die bäuerliche Landwirtschaft. Der Erhalt des Überlinger Schlachthofes (ausgezeichnet mit dem europäischen Umweltpreis), der Kampf gegen die Nachbauregelung und die intensive Veranstaltungstätigkeit zum Thema Gentechnik in Zusammenarbeit mit der evangelischen Kirche sind die bekanntesten Projekte, die sich mit ihrem Namen verbinden. Anneliese Schmech bewirtschaftet einen Biolandhof mit 43 ha. Sie hat den Hof 1984 übernommen und auf biologische Wirtschaftsweise umgestellt. Die Schwerpunkte sind Milchvieh, Getreideanbau und ein Hofladen. Wir gratulieren zum 50sten, wünschen alles Gute, Gesundheit und weiterhin viel Kraft für die AbL-Arbeit.

Tiergerecht und gesund

Trotz Festmist und offenen Ställen: Neuland-Mastschweine sind gleich oder geringer mit Salmonellen belastet als Tiere in herkömmlicher Spaltenhaltung

Manche Neuland-Bauern waren skeptisch, dass gleich der Stall geschlossen wird, wenn Salmonellenbefunde auftreten“, erzählt Matthias Minister vom Neuland-Vertrieb Süd. In drei Bundesländern wurde die Salmonellenbelastung bei Neuland-Mastschweinen untersucht. Denn Schweine im Stroh sind ein anziehendes Bild für die Werbung, doch manchen Verbraucher schüttelt es bei der Vorstellung, was sich im Mist so alles verstecken und unbemerkt vermehren könnte. Selbst Fachleute pflegen Bedenken, dass die Auslaufhaltung auf Stroh von Schweinen besonders gefährdet für die Salmonellen-Infektion und -Weitergabe ist. Infizieren sich Schweine doch neben verunreinigtem Wasser vor allem über Wildtiere wie Nager und Vögeln, die zu geschlossenen Ställen mit Spaltenhaltung wenig Zugang haben.

Keine hohe Belastung

Die Befürchtungen gegen die unhygienische Stroh-haltung wurden widerlegt. Erfreuliches Ergebnis der Untersuchung von 43 Neuland-Höfen mit über 665 Einzelproben über ein halbes Jahr: 95 Prozent der Betriebe waren nahezu salmonellenfrei, 4,6 Prozent hatten leicht erhöhte Werte, kein Einziger hatte deutlich erhöhte Werte. Grundlage der Untersuchung war eine Leitlinie vom Bundesinstitut für gesundheitlichen Verbraucherschutz und Veterinärmedizin: aus dem Fleischsaft wird der Salmonellenbefall bestimmt und in drei Kategorien der Belastung unterteilt. Die Ergebnisse der Neulandbetriebe lassen sich mit breiter angelegten Untersuchungen von der Landwirtschaftskammer Weser-Ems oder der Vieh-Zentrale Baden-Württemberg vergleichen. Dort waren 90 Prozent der Betriebe nahezu salmonellenfrei und 8,5 bzw. 10,3 Prozent hatten leicht erhöhte Werte. Bayerische und westfälische Betriebe schnitten noch etwas besser ab als die Neuländer.

„Es sieht so aus, als spiele die Haltung nur eine untergeordnete Rolle bei der Salmonellenbelastung von Mastschweinen“, erklärt Matthias Minister. Verbraucherschutz und artgerechte Haltung lassen sich nicht gegeneinander ausspielen. Damit ständig Schweine vermarktet werden können, stehen immer Tiere in den Neuland-Ställen. Konventionelle Schweine-

nemäster mit Rein-Raus-Methode hingen können die kurzzeitig leeren Ställe einmal komplett säubern und damit Infektionsketten durchbrechen. Woher die leicht erhöhten Werte bei den wenigen Betrieben kommt und wie sie künftig verhindert werden können, wird noch abklopft.

Erfassung wird kommen

Denn was jetzt für die Studie in einer Diplomarbeit an der FH Nürtingen unter Betreuung von Prof. Richter noch freiwillig untersucht wurde, setzt sich zum Teil schon über den Markt durch. Landwirte und Schlachthöfe, die an der QS-Zertifizierung teilnehmen, wird eine eine Salmonellen-Kontrolle bereits vorgeschrieben.



Schweine in Auslaufhaltung kommen mit vielem in Berührung. Dennoch haben Neuland-Schweine keine höhere Salmonellenbelastung als Tiere in geschlossenen Spaltenställen. Foto: Schimpf

Dann müssen Tiere mit erhöhten Salmonellenbelastungen extra geschlachtet werden, was für die kleinen Partien bei Neuland ein Logistikproblem aufwirft. Auch gesetzlich wird mittelfristig eine Verschärfung kommen. In der EU wird die Richtlinie zur Erfassung und Bekämpfung von Salmonellen und ähnlichen Erregern momentan überarbeitet. Auch auf Bundesebene gibt es bereits einen Entwurf für eine Verordnung zur Salmonellenüberwachung. Medien und Verbraucher reagieren sensibel auf Salmonellenerkrankungen, die beim Menschen in 15 bis 20 Prozent der Fälle durch den Verzehr von Schweinefleisch verursacht werden. Die Befürchtungen der Neuland-Bauern, jetzt gleich Bestände gesperrt zu bekommen, waren verfrüht. Aber Kontrollen und Auflagen bei positiven Funden werden kommen. Vorreiter beim Thema Salmonellenbekämpfung waren seit Beginn der 90er Jahre die Dänen, die sich damit einen Qualitätsvorsprung vor anderen Schweineproduzenten sicherten und auch im Export nach Deutschland zugelegt hatten. *ms*

Flächenvergabe: Demokratische Strukturen schaffen

Über den Stand der Verpachtung und des Verkaufs öffentlicher Flächen in Ostdeutschland ein Interview mit Jörg Gerke, Sprecher der IG Boden und Landwirt in Mecklenburg-Vorpommern. Ein Jahr nach der Gründung der Interessensgemeinschaft hat sich ihre Kritik verschärft.

Wer profitiert von der bisherigen Vergabe von BVVG-Flächen, die zwischen 1945 und 1949 in der sowjetischen Besatzungszone enteignet wurden?

Die BVVG-Statistik sagt aus, dass eine kleine Gruppe von Betrieben geballt die Flächen nach der Wende bekommen haben. In Mecklenburg-Vorpommern haben 70, in Brandenburg 75 und in Sachsen sogar 80 Prozent der Betriebe keine BVVG-Flächen pachten können. Das heißt, es ist in ganz Ostdeutschland ein Problem. Dabei zeigt sich, dass insbesondere die kleinen und mittleren Betriebe von der Pacht ausgeschlossen sind. So haben in Mecklenburg-Vorpommern die besonders begünstigten Betriebe im Mittel 400 ha pro Betrieb zur Pachtung von der BVVG erhalten.

Welche Bedeutung hat die Pacht von BVVG-Flächen für ostdeutsche Landwirte?

Die BVVG hat nach der Wende rund 1 Mio. ha landwirtschaftliche Nutzfläche in Bewirtschaftung genommen, das waren fast 20 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche in Ostdeutschland. So ist die Verteilung von BVVG-Flächen in vielen Regionen entscheidend für die Entwicklung der landwirtschaftlichen Strukturen gewesen. Hinzu kommt, dass in Ostdeutschland der Anteil von Pachtflächen am bewirtschaftetem Land bei fast 80 Prozent liegt, während es im alten Bundesgebiet nur rund 50 Prozent sind.

Im Januar hat die BVVG auf einer Pressekonferenz betont, dass bei der Vergabe von Land das Betriebskonzept der Bewerber entscheidend sei, dazu zähle auch der Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Die IG Boden stellt das in Frage.

Bei der ersten Verteilungsrunde der BVVG-Flächen Anfang der 90er Jahre saßen in den Kommissionen, die über die Verteilung entschieden haben, im wesentlichen Vertreter des Bauernverbandes und Mitarbeiter der Ämter für Landwirtschaft. Nach dem Historiker Uwe Bastian sind dort bis heute über 80 Prozent Vertreter der ehemaligen DDR-Landwirtschaft beteiligt. Das heißt, es gab keine unabhängigen Entscheidungen über Flächen. Kriterien für die Vergabe waren persönlich geprägt. Nach außen wurden zwar stets die Betriebskonzepte der Bewerber be-

tonnt, nur spielte das tatsächlich eine eher untergeordnete Rolle. Wenn heute BVVG-begünstigte Betriebe ihr Bewirtschaftungskonzept massiv ändern, z.B. die Viehhaltung abschaffen und in Folge Arbeitsplätze abbauen, so wird gesagt, dass Betriebe die Möglichkeit haben müssen, sich an den Markt anzupassen oder anders ausgedrückt Subventionsoptimierung zu betreiben. Im Prinzip werden die Kriterien, die die BVVG selbst vorgegeben hat, nicht eingehalten.

Können Sie ein Beispiel nennen?

Ein Fallbeispiel aus dem Kreis Güstrow zeigt, dass bei der Vergabe das Betriebskonzept und die Qualifikation des Bewerbers keine Rolle gespielt haben. 1999 wurden dort 30 ha Pachtland der BVVG frei. Die subventionsinteressanten Ackerbauflächen hat ein 3070-Hektar-Betrieb bekommen, der einen hohen Rationalisierungsgrad hat, kaum Viehhaltung betreibt und wenig Arbeitskräfte beschäftigt. Ein ebenfalls flächensuchender Milchviehbetrieb ist dabei fast leer ausgegangen, obwohl sein Betrieb im gleichen Ort ist, in dem die Flächen liegen.

Welche Forderungen stellt die IG Boden, um die Vergabe der Flächen zur demokratischer zu gestalten?

Die Betriebe wollen wissen, nach welchen Kriterien verpachtet wurde. Bisher wird das verwehrt. Wir fordern, dass Einsicht in die Pachtunterlagen genommen werden kann.

Nach der Verpachtung beginnt nun der verbilligte Verkauf der Flächen. Auch an dieser Praxis hat die IG Boden scharfe Kritik geäußert, da kleine und mittlere Betriebe erneut benachteiligt würden.

Verbilligt kaufen kann nur derjenige, der vorher langfristige Pachtverträge abschließen konnte. Das heißt, dass die Entscheidungen bei der Pachtvergabe, die zu einer Anhäufung von BVVG-Flächen bei nur wenigen Betrieben geführt hat, durch die Entscheidungen zum verbilligten Verkauf weiter fortgesetzt werden. Das kann für Großbetriebe eine Subvention bis zu 300.000 Euro bedeuten. Beachtenswert ist, dass dabei einer Obergrenze aus Fläche mal Bodengüte für den verbilligten Verkauf eingesetzt wurde. So fällt großer Teil der Flächen im Mecklenburg-Vorpommern aus dem subventionierten Verkauf heraus, denn

die Betriebe, die bei der Pacht bedient worden sind, dürfen nur ein Teil ihrer Flächen kaufen.

Was passiert mit dem anderen gepachteten BVVG-Land?

Das muss langfristig europaweit ausgeschrieben werden. Wenn also ostdeutsche Agrarminister für eine gerechtere Verteilung der Flächen gesorgt hätten, wäre die Landwirtschaft in Ostdeutschland in größerer Breite finanziell angeschoben worden. So hingegen wird der Ausverkauf Ostdeutschlands auch im Bereich des Bodens beschleunigt.

Wem gehören die ostdeutschen Großbetriebe, ehemaligen LPG-Mitgliedern?

In Mecklenburg-Vorpommern ist der Anteil der eingetragenen Genossenschaften, der LPG-Nachfolger, auf gut zwei Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe gefallen. Diese großen Betriebe, ob Genossenschaft oder GmbH, sind ein interessantes Investitionsobjekt für westeuropäische Industrielle.

Was passiert beim Verkauf von Betrieben, wenn diese vorher BVVG-Flächen gepachtet hatten, werden die Flächen neu ausgeschrieben?

Die BVVG behält sich das Handlungsrecht vor. Vielfach schreibt sie nicht aus, sondern verpachtet an neue Investoren von Großbetrieben weiter. Diese Praxis kritisieren wir massiv. Die BVVG kann nicht machen, was sie will, in dem sie die Flächen von der Neuverpachtung einfach ausnimmt. Wir gehen davon aus, dass es statt der zu Zeit angegebenen 3.000 ha, die pro Jahr frei werden, 10.000 bis 15.000 ha freie Flächen gäbe, wenn die genannten Flächen nicht einfach weitergeben würden.

In Mecklenburg-Vorpommern wurde als Ausgleich für kleine und mittlere flächenbedürftige Betriebe,

eine 70-30-Regelung eingeführt. Danach können große Betriebe mit hohem Anteil an BVVG-Flächen nur 70 Prozent ihrer Flächen pachtverlängern, die anderen Flächen sollten nach Kriterien wie Viehbesatz und

Arbeitskraft an andere Betriebe verteilt werden. Greift diese Regelung?

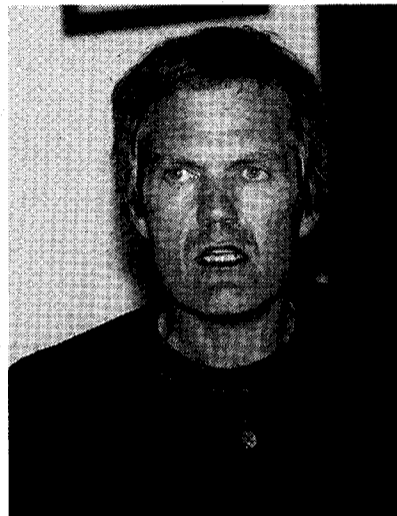
Vom Ansatz her war diese Regelung zwischen Land und BVVG gut. Das wäre eine Möglichkeit gewesen, eine moderate Umsteuerung in die Wege zu leiten. Aber diese Regelung ist in Mecklenburg-Vorpommern praktisch nicht durchgeführt worden.

Warum nicht?

Kurz nach dem die Regelung getroffen wurde, hat Landesminister Backhaus eine interne Dienstweisung an alle Ämter für Landwirtschaft herausgegeben, nach der bei der Pachtverlängerung der Bauernverband beteiligt werden sollte. Der Bauernverband vertritt die großen Betriebe in Ostdeutschland und hat damit dafür gesorgt, dass diese 70-30-Regelung nicht umgesetzt wurde. Wenn dann der Chef der BVVG Wolfgang Horstmann in Berlin betont, dass er sich diese 70-30-Regelung auch für andere Bundesländer gewünscht hat und gleichzeitig sagt, dass sie in Mecklenburg-Vorpommern nicht umgesetzt wurde, kann das Maß an Desinformation der Medien kaum noch übertroffen werden.

Im Aktionsprogramm bäuerliche Landwirtschaft hat Bundeslandwirtschaftsministerin Künast die Abl-Forderung aufgegriffen, bei der Vergabe von noch nicht pachtverlängerten BVVG-Flächen Existenzgründer besonders zu berücksichtigen.

Das begrüßen wir ausdrücklich. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung und zeigt, dass durch die Arbeit der Abl schon etwas in Bewegung geraten ist. Welche Dramatik hinter der Frage für die Betriebsstrukturen in Ostdeutschland steht, glaube ich, ist im Ministerium aber vielleicht noch nicht ausreichend abgeschätzt worden.



Jörg Gerke

Hollands Bauern machen Molkereien Druck

Der Niederländische Milchviehhalter-Verband (NMV) hat den Molkerei-Industrie-Verband (NZO) aufgefordert, sich stärker für einen kostendeckenden Milchpreis einzusetzen. Der NMV reagiert damit auf den NZO-Vorsitzenden Sanders, der Protest-Aktionen der Milchbauern vor Supermärkten negativ bewertet hatte – mit Hinweis auf die Gefährdung der „ausgezeichneten Geschäftsbeziehungen zu den Handelsketten-Einkäufern“. Die Milchbauern-Vertretung nahm diese Äußerung laut Internet-Dienst Agriholland so auf: Wenn die Molkereien eine so gute Geschäftsbeziehung zu den Einkäufern hätten, dann müsse sich das ja wohl auch in den Erzeugerpreisen der Bauern ausdrücken. Sobald befriedigende Erzeugerpreise realisiert seien, würden die Milchviehhalter auch nicht mehr vor den Supermärkten in Aktion treten. pm

Geflügelkonzerne

Unter dem Namen „Velisco“ haben sich die Truthahn-Sparten der Geflügelkonzerne Nölke (Anteilmehrheit) und Lethetal zusammengeschlossen. Mit 12 Millionen Schlachtputen pro Jahr besetzt der neue Konzern etwa 45 % der deutschen Produktion und 30 % am deutschen Gesamtmarkt (Marken „Gutfried“, „Gut Stetten“, „Mutzschen“, „Lethetal“ sowie Handelsmarken). Unternehmenssitz der drei Betriebe soll Ahlhorn (Oldenburg) sein. Parallel zu dieser Fusion wird auch aus Skandinavien die Übernahme von Wettbewerbern durch den Geflügelkonzern Spira/Danpo gemeldet. In den Niederlanden haben sich die Unternehmen Plukon Royal und Astenhof (Marken: „Frikifrisch“, „Astenhof“) zusammengeschlossen. Die Geflügelverarbeiter erwarten bessere Absatzmärkte, nachdem die EU die Einfuhr von Geflügelfleisch aus Brasilien und Thailand erschwert hat. Gerüchte hinsichtlich einer Eingliederung des niederländischen Unternehmens in den neuen Fleischkonzern „Bestmeat“ (der kürzlich die deutsche Moxel-Gruppe übernahm) wurden laut *Lebensmittelzeitung* dementiert. Mit einem Sanierungs- oder Rettungsplan will die französische Regierung in der Geflügelindustrie rund 400.000 Quadratmeter bei „älteren Geflügelhaltern“ stilllegen. Geflügelmäster sollen für die Aufgabe von Mastflächen eine Entschädigung von 14 Euro je Quadratmeter erhalten. Parallel dazu soll ein Konzentrationsprozess bei den Geflügelschlachtereien eingeleitet werden. pm

Mischfutter-Größen

Die Konzentration unter den Mischfutter-Herstellern geht nach einer Studie der Agrarzeitung *Ernährungsdienst* weiter voran. Die 10 größten Unternehmen haben mittlerweile einen Produktionsanteil von 45,5%: Mit 1,8 Mio t aus 9 Werken und 9,1% Marktanteil rangiert auf dem 1. Platz die Deuka/Düsseldorf. Gleich auf Platz 2 folgt jedoch die Raiffeisen-Central-Genossenschaft (RCG) Nordwest eG Münster mit 7,3 % Marktanteil. Berücksichtigt man zudem die weiteren Mischfutterwerke der Zentralgenossenschaften, dann wird deren strategische Marktführerschaft im Mischfuttersektor deutlich: die HaGe Futter/Kiel, die Raiffeisen Kraftfutterwerke Süd GmbH/ Würzburg, die RaiffeisenHaGe Nord AG (RHG)/ Hannover mit zusammen über 10 % Marktanteil. Auf Platz Drei die Mega Tierernährung/ Visbek (4,1%) der Geflügel- und Tierpharmagruppe Wesjohann, gefolgt von der Bela-Mühle /Langförden (3,8%). Etwa gleichgroß sind die Unternehmensgruppe Bröring aus Dinklage, die ATR-Landhandelsgruppe aus Husum und die Cremer-Gruppe aus Hamburg mit jeweils 0,7 Mio Tonnen Produktion. en



Wer die Rechtsberatung in Anspruch nehmen möchte, wendet sich bitte an die AbL-Geschäftsführung, Georg Janßen, ☎ 04131-407757, oder an die AbL-Geschäftsstelle in Hamm, Ulrich Jasper, ☎ 02381-9053171.

Rechtsberatung für AbL-Mitglieder

Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) hat eine neue Dienstleistung eingerichtet. In Zusammenarbeit mit einem renommierten Anwaltsbüro für landwirtschaftliche Rechtsfragen bietet sie für jedes AbL-Mitglied eine erste Rechtsberatung an.

Die Beratung durch das Anwaltsbüro umfasst vorgerichtliche, telefonische Beratungsgespräche mit dem Anwalt sowie eventuelle außergerichtliche Korrespondenz, sofern sich diese auf das Entwerfen von Schriftsätzen beschränkt. Ausgenommen sind Schreiben oder Schriftstücke, die an ein Gericht im Rahmen eines gerichtlichen Verfahrens gerichtet sind.

Die anwaltliche Beratung selbst ist für AbL-Mitglieder kostenfrei. Die AbL stellt bei Inanspruchnahme der Rechtsberatung 15,00 Euro Vermittlungsgebühr in Rechnung.

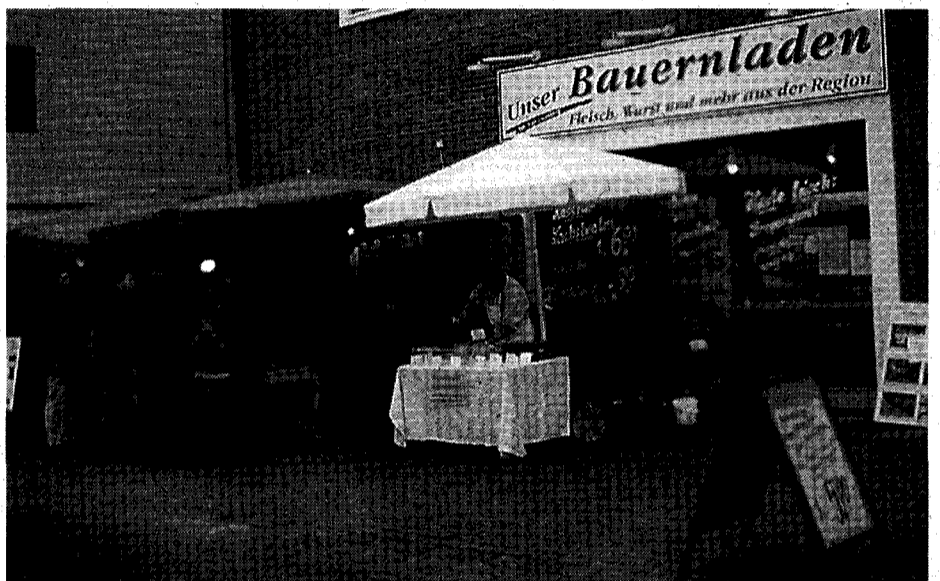
Schlachten in eigener Regie

Sieben konventionelle und sieben Bio-Bauern aus Niedersachsen gründeten gemeinsame GmbH

Viele Landwirte, die ihre Fleischerzeugnisse direkt vermarkten wollen, sowie Nebenerwerbslandwirte, die nicht mehr auf dem Hof Hausschlachtungen vornehmen dürfen, haben Schwierigkeiten, Schlachter zu finden, die die Verarbeitungen nach ihren Vorstellungen durchführen. In Ebergötzen bei Göttingen haben sich 14 Landwirte zusammengetan und selbst die Initiative ergriffen.

Denn dass in der GmbH sieben konventionell und sieben biologisch wirtschaftende Betriebe einvernehmlich zusammenarbeiten, ist möglicherweise nicht nur für die Region Südniedersachsen richtungsweisend.

Der Verarbeitungsbetrieb und der angeschlossene Fleischerladen wurden an den Schlachtermeister Karl Eikenberg vermietet. Im BauernLaden verkauft dieser auf



Der BauernLaden

Foto: Ute Zöllner

Nachdem die Schlachtereierudolf vor Ort in Insolvenz geriet, drohte die Möglichkeit für Landwirte verloren zu gehen, dort zu schlachten und zu verarbeiten. Weite Wege und lange Transportzeiten wären die Folge gewesen. Zudem werden seit geraumer Zeit im nächstgelegenen Schlachthof Rinder, die älter als 24 Monate sind, nicht mehr geschlachtet, ein Problem besonders für Halter extensiver Rinderrassen. Schon während der letzten Monate des Insolvenzverfahrens wurden daher von den Landwirten die Weichen gestellt, die Schlachtereier in Eigenregie zu übernehmen. Das war nicht ganz einfach, denn dazu musste eine rechtsfähige GmbH gegründet werden und die Finanzierung sicher sein.

„Wir mussten das Kapital von 25.500 Euro als Einlage aufbringen“, berichtet Eberhard Prunzel-Ulrich, gemeinsam mit Marko Sambale ehrenamtlicher Geschäftsführer der „Bäuerlichen Fleischerzeuger GmbH“. „Außerdem mussten wir einen Teil des Inventars übernehmen, was auch noch einmal auf fast 15.000 Euro kam.“ Das Land Niedersachsen förderte die Maßnahmen mit Landesmitteln zur Erhaltung von Arbeitsplätzen im ländlichen Bereich und zur Förderung der regionalen und ökologischen Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte.

eigene Rechnung Fleisch- und Wurstwaren, die aus den Tieren der GmbH-Mitglieder hergestellt werden. Nach Zertifizierung der Schlachtereier durch eine Kontrollstelle soll auch eine Bio-Schiene aufgebaut werden. Die Produktpalette des Ladens wird durch Erzeugnisse der Höfe wie Käse und Fruchtwine erweitert. In gesonderten Verkaufsaaktionen außerhalb des Ladens werden auch Wintergemüse und Einkellerungskartoffeln angeboten.

BauernLaden gleich ein Erfolg

Die Grundausrüstung der Schlachtereier ist schon durch die Lohnverarbeitung der in der GmbH zusammen geschlossenen direkt vermarktenden Landwirte gegeben. So können nicht nur alte Familienrezepte bewahrt, sondern auch die Verarbeitungsrichtlinien der Verbände des ökologischen Landbaus eingehalten werden. Auch Nichtmitglieder können – soweit noch Kapazitäten bestehen – ihre Tiere dort schlachten und verarbeiten lassen. Die Eröffnung „unseres BauernLadens“ mit vielen Köstlichkeiten und musikalischer Begleitung fand bei der Bevölkerung Ebergötzens und der umliegenden Dörfer eine positive Resonanz. Von den Verbrauchern wird es abhängen, ob sich dieses viel versprechende Modell der regionalen Vermarktung bewähren wird. Ute Zöllner

Neuanfang im polnischen Troszyn

Erfahrungen eines Hofaufbau von Günter Graf Finkenstein

Da es keine Alltagserscheinung ist, wenn ein Landwirt mit 75 Jahren noch einmal einen landwirtschaftlichen Betrieb aufbauen will, bin ich gebeten worden, meine Gründe und Zielsetzungen kurz dazulegen.

Nach dem zweiten Weltkrieg habe ich als 18jähriger Landwirtschaft gelernt und war von Herbst 1945 bis 1966 in Niedersachsen als Lehrling, Vorarbeiter und Pächter eines 24-Hektar-Betriebes praktisch tätig. Nach Ablauf der Pacht übernahm ich als Verwalter neue Aufgaben im Rheinland. Dort habe ich einen 100-Hektar-Ackerbaubetrieb der Familie Prym auf die biologisch-dynamische Wirtschaftsweise umgestellt und 24 Jahre lang mit Erfolg bis zum Rentenalter bewirtschaftet. Mein besonderes Interesse galt schon immer dem Problem der Erhaltung und Verbesserung der Bodenfruchtbarkeit. In dieser Zeit durfte ich namentlich von der Beratung und Versuchstätigkeit von Frau Maria Thun, Versuchsanstalt für Konstellationsforschung in der Landwirtschaft, viel lernen.

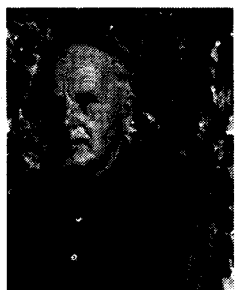
Versuche zur Bodenfruchtbarkeit

Als ich nach Erreichen des Rentenalters 1992 im Ökodorf Brodowin als Umstellungshelfer tätig wurde, blieb mir noch Zeit, um Fragen nachzugehen, die sich mir im Laufe der Zeit stellten. Das geschah durch intensive Versuchsarbeit mit Stallmist und biologisch-dynamischen Präparaten und Gesprächen mit örtlichen Agrarexperten, die schon in landwirtschaftlicher Grundlagenforschung gearbeitet hatten. Ich habe dabei vom Ökodorf Brodowin große Unterstützung erhalten und viel Glück gehabt.

Nun hat sich folgendes entwickelt: Frau Dr. Prym in Düren, deren Betrieb ich umgestellt und 24 Jahre mit gutem Erfolg bewirtschaftet habe, wurde von mir über meine Arbeitsergebnisse und Pläne auf dem Laufenden gehalten. Sie machte mir eine Spende von 100.000 DM. Ich habe dieses

Geld an die polnische Rudolf-Steiner-Stiftung in Bydgosz, früher Bromberg, weitergeleitet. Die Initiatoren dieser Stiftung, das Ehepaar Kowalkowski, haben dort eine Hochschule für Lebensschutz aufgebaut. Ein kleiner landwirtschaftlicher Betrieb wurde auf biologisch-dynamische Wirtschaftsweise umgestellt, um die Menschen der Hochschule mit hochwertigen Produkten zu versorgen. Ich wurde gebeten, dabei zu helfen und habe das im Rahmen meiner Möglichkeit getan. Dabei hat sich ein schönes menschliches Verhältnis

gebildet. Die Erfahrung zeigt, dass Beratung nur begrenzt sinnvoll ist. Wenn man etwas ändern will, braucht man Weisungsbefugnis und wenn man die will, muss man das wirtschaftliche Risiko tragen, so einfach ist das. So habe ich im April 2002 mit der Bewirtschaftung begonnen. Eine wichtige Rolle in dem Projekt spielt ein junger Pole in meinem Heimatort, der als Philosophiestudent ein starkes Interesse an der kulturellen Entwicklung in Troszyn hat. Er hat sich formalrechtlich den Bauernstatus erworben und als solcher könnte er noch 60 ha dazu pachten, so dass der Betrieb eventuell 100 ha groß werden könnte. Unser Ziel ist es nun, ein kleines ökologisches Zentrum aufzubauen, das moderne ökologische Arbeit sichtbar demonstriert. Darüber hinaus könnten noch weitere Potenziale erschlossen werden. Der Park, ehemals eines der schönsten Naturdenkmäler der Gegend, jetzt Brennholzquelle und Müllablageplatz, könnte für die Nachwelt erhalten werden, wenn wir die Gemeinde für solche Ziele erwärmen können. Auch muss sichtbar werden, dass Nutzungsrechte an Grund und Boden mit sozialen und ökologischen Pflichten verbunden sind. Was nun die Landwirtschaft angeht, sind die Dinge relativ einfach und für den Kenner leicht nachvollziehbar. Das einzige Problem besteht darin, dass sie getan werden müssen. Wie ist nun heute der Stand der Dinge? Meine Anträge wegen Kapitalhilfe bei Banken und einer Stiftung, die der ökologisch bzw. biologisch-dynamischen Arbeit nahe stehen, wurden abgelehnt oder gar nicht beantwortet. Bei Nonkonformisten, wie ich nun mal einer bin, war das eigentlich zu erwarten.



Günter Graf Finkenstein

Vorarbeit für Hofaufbau

Seit gut anderthalb Jahren habe ich schon in Brodowin Fässer gebaut und Uraltgerät aufgemöbelt. Ein alter 34 PS Ferguson, Baujahr 1957, aus meiner Zeit als Pächter in Niedersachsen, wurde überholt und instandgesetzt. Ein ehemaliger Nachbar aus alten

Zeiten besorgte einen 100 PS I.H.C.-Allrad und einen Fahr-Mährescher M1000. Beide 30 Jahre alt, aber aufgrund der Tatsache, dass sie in bäuerlichen Familienbetrieben bestens gepflegt wurden, in gutem Zustand und relativ billig. Von der Jahreszeit zu spät und nach zum Teil erheblichen Grenzschwierigkeiten, konnte der Kampf mit urwaldartig verunkrauteten Flächen aufgenommen werden. Vorhanden sind jetzt zwei Schlepper, Mährescher, Drillmaschine, Präparatespritze, Rühranlage und Fass. Anfang November war ich dann



Auf Tagungen wie vom Agrarbündnis und auf Höfen setzt sich Günter Graf Finkenstein (2.v.l.) seit fast 60 Jahren für den biologisch-dynamischen Landbau ein.

soweit, dass die Felder aussahen wie normale Äcker. Ohne die Spende von einigen befreundeten bzw. verwandten biologisch-dynamisch wirtschaftenden Bauern, einer Cousine und einer Dame, die alle ein starkes Interesse daran haben, dass meine Intention gefördert wird, wäre das Unternehmen schon am Ende.

Falls es gelingt, einen Hofteil von Troszyn von der polnischen Agencija im Sommer zu erwerben, will ich so billig und geschickt wie möglich in den Altgebäuden die baulichen Voraussetzungen zur Haltung von 30 bis 40 Kühen schaffen. Auch muss im Frühjahr schon Luzernegras ausgesät werden und es werden Mähgerät, Wender, Schwader, Presse und Wagen benötigt.

Wunder notwendig

Als ich vor Jahren mit meinem polnischen Mitarbeiter, der eine Art Priesterschule durchlaufen hat und momentan Magister der Philosophie ist, über die Möglichkeit einer solchen Initiative sprach, sagte ich zu ihm: „Wenn ich die Mittel dazu beschaffen soll, dann muss schon ein Wunder geschehen“. Seine Antwort: „Ich glaube an Wunder.“

Meine Großmutter, eine matriarchalische Persönlichkeit, zu der ich als Kind eine besonders innige Beziehung hatte, flüsterte einmal einem namhaften Politiker, der am Tisch war – es ging um Sozialismus – ins Ohr: „Ich bin auch Sozialist.“ Das war damals noch etwas ganz Schlimmes in den Gesellschaftskreisen, aus denen ich komme. Ihre Devise war: Hilf Dir selbst, so hilft Dir Gott. Nach dieser Devise wird weitergearbeitet.

Alle, die die Arbeit von Graf Finkenstein unterstützen wollen, können das mit großen und kleinen Spenden auf das Konto von Gyso von Bonin, Sparkasse Warstein-Rüthen, BLZ 416 525 60, Knr: 755 9347, Stichwort Finkenstein

Landwirt gewinnt Klage

Der Demeter-Bauer Joachim Gabriel hat seine Klage gegen das Land Hessen wegen niedriger Fördersätze gewonnen. Hessische Ökolandwirte, die zwischen 1996 und 1997 ihren ersten Prämien-Antrag im Rahmen des Programm zur ländlichen Entwicklung HEKUL gestellt hatten, bekamen 110 DM/ha Prämie weniger ausgezahlt als andere – und das bei gleicher ökologischer Leistung. Der Verwaltungsgerichtshof Kassel wies die Berufung des Landes Hessen zurück. Bauer Gabriel stehe eine Gleichbehandlung mit anderen Subventionsempfängern zu. Die Vereinigung ökologischer Landbau in Hessen rät nun allen Landwirte, die damals Widerspruch eingelegt hatten, ihre Prämienansprüche zu prüfen. pm

Angespannte Lage auf dem Bio-Milchmarkt

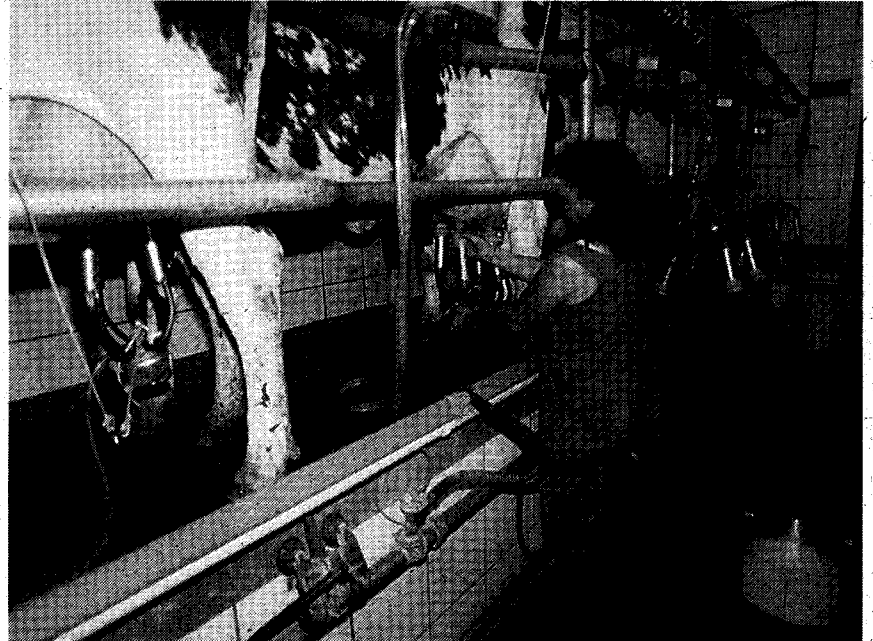
Auszahlungspreise, die spezialisierten Milchviehbetrieben kein Einkommen mehr sichern, treiben die Bio-Bauern umher

Bei den Bio-Bauern brodelt es teils heftig. Schlechte Auszahlungspreise von konventionellen Molkereien trafen auf teils minimale Bio-Zuschläge für Milch. In den vergangenen Wochen rechneten manche Bio-Bauern schon, ob sie nicht wieder rückumstellen sollen und bei gut zahlenden konventionellen Molkereien und der Teilnahme am Extensivierungsprogramm besser fahren als weiterhin Ökolandbau zu betreiben. In Nordrhein-Westfalen war der miserable Auszahlungspreis der Bio-Molkerei Söbbeke im Dezember 2002 der Tropfen der das Fass zum berlaufen bracht. Gerade noch 31 Cent Grundpreis je kg Milch bekamen die Bauern. Kombiniert mit düsteren Vorhersagen für den konventionellen Milchmarkt durch die Halbzeitbewertung und die Ankündigung des Bioland-Verbands, vorzeitig die letzten Ausnahmen für konventionelle Futtermittel zu verbieten, sahen die Bauern ihre Milchviehhaltung und teils gar ihre Höfe bedroht. So trafen sich im Februar Nordrhein-Westfalens Bioland-Milchbauern, um zu überlegen, wie ein Auszahlungspreis gesichert werden kann, der Bio-Bauern Erzeugungskosten und ein Einkommen sichert. Während konventionelle Kollegen 35 Cent je kg Milch fordern (s. S. 13), halten einige Bio-Bauern 42 Cent für Bio-Milch als untere Grenze für angemessen. Damit werden gerade mal Produktionskosten und ein gewisser Arbeitslohn gedeckt, rechnen Bio-Bauern vor. Das politische Ziel 20 Prozent Ökolandbau, Biosiegel und Bundesprogramm Ökolandbau vom BMVEL entlockt so manchem Biobauern nur ein müdes Lächeln. Schwierige Marktsituation, Neumsteller aus den letzten zwei Jahren und Importe aus Dänemark und sterreich treiben die Mengen in die

Höhe, ohne auf eine entsprechende Nachfrage zu treffen. Langjährige Bio-Bauern zweifeln, für wen und für welche aktuellen Preise sie jahrelang Märkte aufgebaut, Verarbeitungsschienen mit Arbeitszeit und Geld auf den Weg gebracht haben, um dann nur zu hören, dass ihre Bio-Milch nicht absetzbar ist und konventionell vermarktet werden muss. Zum Beispiel liefern im Norden Baden-Württembergs die Bauern der Bioland-Milchliefergemeinschaft nach langer gescheiterter Suche ihre Milch wieder konventionell ab.

Qualität zu welchem Preis?

Rüdiger Brüggemann von Bioland Bayern nennt als Mindestforderung einen Biozuschlag, der bisher in Höhe von 5 bis 5,5 Cent von den Milchliefergemeinschaften verhandelt wurde. Viele Biomolkereien haben im Jahr 2002 diesen Zuschlag im Vergleich zum bundesweiten konventionellen Durchschnitt auch halten können. Einige (große) Biomolkereien hat es aber auch eiskalt erwischt und das Ergebnis liegt für 2002 unter 5 Cent Biozuschlag. Nach Ansicht des Bioland-Beraters müssen die Biozuschläge deutlich steigen. Die Handlungsspielräume für die Biomilch-Erzeuger sind bei allgemein sinkenden Preisen wesentlich geringer. So startet Bioland zum Herbst 2003 eine Qualitätsoffensive, erster Schritt ist das vollständige Verbot des Einsatzes von konventionellen Futtermitteln in der Rinderhaltung. Damit zieht der Bioland-Verband eine Konsequenz aus dem Nitrofen-Skandal und will Verschleppungen aus der konventionellen Landwirtschaft in den Ökolandbau besser vorbeugen. Außer Nitrofen war 2002 auch Wachstumsregler in Bio-Produkten aufgetaucht.



Beim Melken sorgt sich manche Bäuerin, wie sie bei den schlechten Preisen für Milch noch ein Einkommen erzielt. Foto: Ziechhaus

Mehr Qualität und strengere Regeln als die EU-Bio-Verordnung vorgibt sollen den in deutschen Bio-Verbänden organisierten Bauern einen Wettbewerbsvorsprung verschaffen. Doch vor allem der geplante Verzicht auf konventionellen Biertreiber empört etliche der nordrhein-westfälischen Bio-Bauern. Das verteuere die Produktionskosten noch mal um 2 Cent/kg Milch und sei bei den momentanen Milchpreisen nicht zu leisten. Rüdiger Brüggemann setzt darauf, dass die höhere Qualität auch höhere Zuschläge bei den Molkereien und stabile Preise im Handel nach sich ziehe. „Stellen wir uns nur auf das EU-Niveau ein, dann stehen unsere Biobauern allein im direkten Konkurrenzkampf, in dem letztendlich nur der Preis entscheidet.“

Widersprüchliche Aussagen zum Marktgeschehen

Die Marktlage ist nach wie vor angespannt. 2002 hat der Einstieg des Discounters Plus zwar den Absatz von Biomilch erhöht. Bei genauer Betrachtung haben seine Schnäppchenpreise, die 20 Cent unter dem Preis bei den Konkurrenten lagen, dazu geführt, den Abwärtstrend für Bio-Trinkmilch zu beschleunigen. Folgten doch die Ketten Edeka und Tengelmann prompt dem neuen Preisführer und senkten ihrerseits ihre Preise je Liter Milch um sechs Cent und mehr ab. Konventioneller und Bio-Milchmarkt hängen enger zusammen als es momentan manchem Bio-Bauern recht ist. Bio-Molkereien, die auch Magermilch oder Ma-

germilchpulver an die Industrie absetzen, können dafür kaum Aufschläge erzielen. Überschussmilch aus der Saison oder Wochenendmilch wird immer billig angeboten. Die Schleuderpreise auf dem Markt für freie konventionelle Milch zieht die Bio-Milchpreise mit hinunter. So begründet die Bio-Molkerei Söbbeke auch ihren miserablen Auszahlungspreis vom Dezember 2002 mit einer nur 50-prozentigen Vermarktungsquote bei Bio-Milch. Große Mengen musste die Molkerei auf dem freien konventionellen Markt losschlagen. Verhalten im Wachstum schätzt die Zentrale Markt- und Preisberichtsstelle (ZMP) die Nachfrage für Biofrischmilch ein. Nach ihren Marktbeobachtungen beruht das Wachstum aus 2002 vor allem auf dem Angebot von Bio-Milch in neuen Verkaufsstellen. An den einzelnen Verkaufsstellen wurden die Umsätze hingegen kaum gesteigert, so Markus Rippin auf der Grünen Woche. Ulrich Hamm, Marktbeobachter von der Fachhochschule Neubrandenburg, sieht die Situation optimistischer: Auf Wochenmärkten, bei Direktvermarktern und neuen Bio-Supermärkten sei der Absatz 2002 überproportional gestiegen. Ein um zwei bis vier Cent höherer Preis im Laden wird wohl kaum Verbraucher davon abhalten, Bio-Milch zu kaufen. Für Bio-Bauern könnte solch ein Preis hingegen entscheiden, ob aus der Milch noch Einkommen erwirtschaftet werden kann oder nicht. m/s

Bio-Milchpreise 2002:

Die Milchpreiserhebung, die anlässlich des bundesweiten Treffens der Bioland-Milchliefergruppen auf der BioFach in Nürnberg vorgestellt wurde, zeigt, dass im Vergleich zum konventionellen deutschen Durchschnittsmilchpreis (laut vorläufiger Schätzung der ZMP ca. 30 Cent netto bei 3,7 % Fett und 3,4 % Eiweiß) 11 von den 16 erfassten Bio-Molkereien bei über 5 Cent Biozuschlag liegen, teilweise sogar im Bereich von 6 bis 7 Cent. Allerdings hat es einige (große) Biomolkereien auch eiskalt erwischt und das Ergebnis liegt für 2002 unter 5 Cent Biozuschlag. Auch ist der Vergleich zum Bundesdurchschnitt im Einzelfall nicht immer maßgeblich, wenn konventionelle Nachbarmolkereien deutlich über diesem Durchschnitt liegen.

Bei Überhang Preis auf Interventionsniveau

Hintergründe zum Weltmilchmarkt

Weltweit werden laut FAO etwa 585 Millionen t Milch erzeugt. Der überwiegende Anteil mit rund 509 Millionen t entfällt dabei auf Kuhmilch. Büffelmilch (69 Mio.) Ziegenmilch (12

1995 noch ca. 6,7 Mio. t, so waren es sechs Jahre später schon 8,6. Australien steigerte im gleichen Zeitraum seine Exporte von 3,8 auf 5,2 Mio. t Milchäquivalente. Kritisch wird dies von

der deutschen Exportindustrie beobachtet, die daher eine Ausdehnung der Milchquoten und Absenkung der Milchpreise in der EU verlangt, um wieder (Weltmarkt-) Marktanteile zu gewinnen. Vor diesem Hintergrund erklären sich die aktuel-

von 25% auf 15%) ließen dort vor allem die Importe an Milchpulver aus Neuseeland ansteigen.

Während einige der größten Milchproduktionsländer wie Indien gezielt ihren eigenen Markt schützen und fast ausschließlich für den eigenen Binnenmarkt produzieren, drängen die exportorientierten Länder Neuseeland und Australien massiv bei der WTO darauf, dass sie freien Marktzugang erhalten und Zollschränken und innerstaatliche Stützungen abgebaut werden.

Aktuelle Entwicklungen des EU-Milchmarktes

BSE Krise und zunehmendes Gesundheitsbewusstsein haben in den vergangenen Jahren zu einer steigenden Nachfrage nach Käseprodukten in Europa geführt. Diese Entwicklung hat sich aktuell aber abgeschwächt, so dass über die Käseproduktion nur noch ein Teil der Überschussmengen verwertet werden kann. Da den weltweit gewachsenen Produktionsmengen an Magermilchpulver und Butter aber derzeit keine adäquate Nachfrage auf den Weltmärkten gegenübersteht, sind besonders 2002 die Interventionsbestände der Exportnationen USA und EU massiv angestiegen. Dies hat für die Milchzeuger in der EU zu drastisch sinkenden Preisen geführt. Zudem wurden europäische Produkte durch die Euroaufwertung auf den Weltmärkten teurer, lassen sich im Ausland schlechter verkaufen und gelangen so in die europäische Intervention. Hier zeigt sich die Anfälligkeit des

EU-Milchmarktes durch die Überproduktion in der EU. In weltweiten Überschussituationen bestimmt der EU-Interventionspreis den Erzeugerpreis.

Milchpreise

Die Auszahlungspreise für Milch sind in den verschiedenen Wirtschaftsregionen äußerst unterschiedlich. Dies hängt direkt mit dem jeweiligen Stützungs-

tem sowie den Erzeugungskosten zusammen. An der Höhe des Milchpreises lässt sich auch der Gestaltungswille der jeweiligen nationalen Agrarpolitik festmachen. Es kann daher kaum verwundern, dass innerhalb Europas in der Schweiz und Norwegen die höchsten Auszahlungspreise gezahlt werden.

Die internationalen Preise für Milchprodukte verlaufen seit Jahren auf und ab und zeigen einen nahezu chaotischen Verlauf. Regelmäßig liegen Milchwissenschaftler und Ökonomen mit ihren Zukunftsprognosen, was Absätze und Preise angeht, deutlich neben der Wirklichkeit. Währungs-

Kuhmilcherzeugung (in t) ausgewählten Regionen 1997 und 2002

	1997	2002
Nordamerika	79,6 Mio.	84,7 Mio.
Südamerika	55,6 Mio.	61,9 Mio.
EU	121,7 Mio.	122,1 Mio.
Osteuropa	95,8 Mio.	99,8 Mio.
Ozeanien	21,2 Mio.	26,4 Mio.
Indien	31,4 Mio.	36,4 Mio.
Welt insgesamt	478,7 Mio.	509,2 Mio.

Quelle: Agrarwirtschaft 2003

Mio.) und Schafmilch (8 Mio.) spielen hingegen vor allem regional eine wichtige Rolle. In den vergangenen Jahren wuchs die Menge an Kuhmilch weltweit jährlich um rund 1% an. In einigen Ländern wie z.B. Neuseeland, Australien und Brasilien wurde die Produktion allerdings deutlich stärker ausgedehnt. So stieg die Milchproduktion in Neuseeland allein von 2001 bis 2002 um 6%, in Australien sogar um 7%. In der EU blieben hingegen die Milchmengen durch die Quotenregelung nahezu stabil.

Welthandel

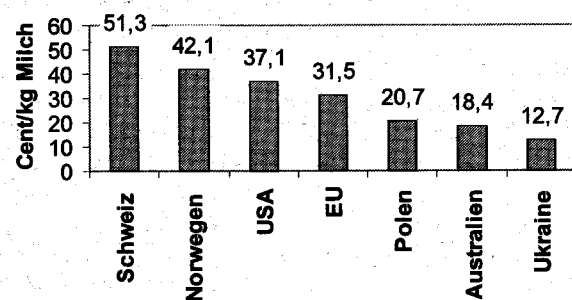
Entsprechend den weltweit ansteigenden Rohmilchmengen stieg in den letzten Jahren auch die Herstellung von lager- und handelsfähigen Produkten wie Käse, Butter und Magermilchpulver weltweit an. Bezogen auf die weltweite Milchproduktion macht der Handel mit Milchprodukten zwischen den Wirtschaftsräumen aber nur etwa 5% bzw. ca. 25 Mio. t Milch aus. Während der Handel mit Butter in den vergangenen Jahren stagnierte, nehmen die gehandelten Mengen an Käse und Milchpulver stetig zu.

Aktuelle Zahlen der europäischen Kommission zeigen, dass die EU immer noch den größten Anteil am Welthandel mit Milchprodukten hat. Der Nettomilchexport der EU betrug (umgerechnet in sogenannten Milchäquivalente) im Jahr 2000 10,2 Mio. t. Das entspricht etwa 9% der EU-Milchproduktion (von 122 Mio. t Milch). Dieser Exportanteil ist seit Jahren etwa gleich hoch. Australien und Neuseeland haben ihre Exporte kontinuierlich erhöht. Exportierte Neuseeland

len Vorschläge des EU-Kommissar Fischlers, Quoten in der EU aufzustocken und die Milchzeugerpreise zu senken.

Einige besonders bevölkerungsstarke Nationen in Asien gelten als Zukunftsmärkte für zukünftige EU-Exporte. Tatsächlich verzeichneten in den vergangenen Jahren China, Russland und Indien eine stark ansteigende Binnen-Nachfrage nach Milchprodukten, da dort die Kaufkraft zugenommen hat, sich das Gesundheitsbewusstsein verändert und die Bevölkerung sich stärker an westlichen Verhaltensmustern orientiert bzw. verstädert. Diese Länder versuchen, der gestiegenen Nachfrage durch einen Ausbau der heimischen Milchproduktion und Verarbeitung zu begegnen. Russland investierte in den vergangenen Jahren massiv in eine eigene Milchverarbeitung. Dort stieg binnen eines Jahres die Produktion von Käse um 30%. China kann trotz einer stark ansteigenden einheimischen Produktion die Nachfrage nach Milch- und Milchprodukten nicht selber decken. Der Nachfragedruck und der Abbau der Zölle nach dem WTO-Beitritt Chinas (die Zölle für Milchpulver sanken durch den Beitritt

Milchpreisvergleich 2001

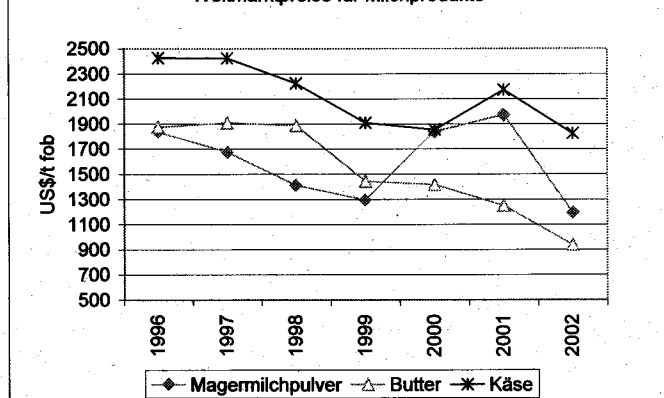


schwankungen, weltwirtschaftliche Entwicklungen und WTO-Verhandlungen, aber auch Witterungseinflüsse haben gravierende Einflüsse auf die erzeugten Mengen und die Marktverhältnisse. Bei spezifischen Überschussituationen fällt der Weltmarktpreis sogar unter die Erzeugungskosten in den günstigsten Produktionsgebieten. Laut ZMP (Zentrale Markt- und Preisberichtsstelle) schwankten die Weltmarktpreise innerhalb der vergangenen zehn Jahre zwischen ca. 8 Cent und 20 Cent je kg Milch. Bei einer exportorientierten Nation wie Australien, die nicht regulierend in ihren Erzeugerpreis eingreift, spiegelt der nationale Milchpreis diese Entwicklung wieder.

Durch die Mengenregulierung und das Interventionssystem kann innerhalb der EU ein relativ stabiler Marktpreis erzeugt werden. Die über dem Binnenverbrauch liegende Produktionsquotenmenge verhindert allerdings stabile Preisentwicklungen nach oben. Die Absenkung der Interventionspreise in der EU bei gleichzeitiger Quotenaufstockung kann unter den geschilderten Weltmarktbedingungen nur eine Folge haben: die Erzeugerpreise gehen drastisch runter!

Martin Hofstetter

Weltmarktpreise für Milchprodukte



Jenseits aller Erzeugungskosten

Reaktionen aus der Milchbranche auf die neuen Pläne zur EU-Agrarreform

Ungewohnt geeint kritisieren Verbände und Politiker die Pläne zur Milchmarktreform. Was die EU-Kommission im Rahmen der Halbzeitbewertung der EU-Agrarpolitik vorschlägt, entsetzt und empört Beteiligte aus der gesamten Milchbranche. Mehrstufige Quotenausweitung bei Senkung des Interventionspreises und nur teilweisem Preisausgleich haben die Beteiligten aufgeschreckt. Die über Jahrzehnte gültige Regel scheint zu schwinden, dass sich der Preis auf dem Niveau einpendelt, das den durchrationalisierten Betrieben noch ein ausreichendes Einkommen ermöglicht. Ökonomen berechnen Erzeugungskosten von 30 Cent je kg Milch auch für größere Betriebe (s. Kasten). Helmut Hoffman von der Universität Weihenstephan kommt für Betriebe mit 30 bis 50 Kühen auf Produktionskosten zwischen 42 und 35 Cent je kg Milch. Nach Plänen von EU-Kommissar Fischler droht aber ein deutlich niedriger Preis zu dem weder große Familienbetriebe mit 150 Kühen noch landwirtschaftliche Unternehmen mit mehreren hundert Kühen Milch erzeugen können. 20 Cent für einen Liter Milch sind zu wenig. Manche Berater rechnen damit, dass über ein Drittel der Milchbauern aufhören werden.

Folgen für Milchbauern

Munteres Rätselraten betreiben Fachleute, wie Bauern auf die drastischen Preissenkungen reagieren werden. Der Strukturwandel wird sich beschleunigen, darüber besteht Einigkeit. Ansonsten wird die Vorhersage, dass die kleineren Betriebe als erste aufhören, weil sie die höchsten Erzeugungskosten je Liter Milch haben, so nicht zutreffen. Vielleicht entwickeln gerade schuldenfreie kleine Betriebe, die es nach Ansicht

manches Agrarökonomen schon gar nicht mehr geben kann, einen langen Atem bei weiteren Preissenkungen, da sie nur zum Teil auf das Einkommen aus der Milch angewiesen sind. Mittlere Betriebe, die kaum Schulden tilgen müssen, können abwarten, wie sich die Lage entwickelt. Größere Betriebe, die auf Wachstum setzen und gesetzt haben, werden ein, zwei Wachstumsschritte überspringen und ihre Kuh-Bestände teils gleich verdoppeln, weil sie weiterhin darauf setzen, dass sich der Preis immer an den durchrationalisierten Betrieben ausrichtet. Die Entscheidung, welche Höfe aus der Milchviehhaltung oder gar ganz aus der Landwirtschaft aussteigen, hängt von mehr Faktoren ab, als dem letzten halben Cent der Milcherzeugungskosten. Gibt es Hofnachfolger, Einkommensalternativen, andere Nutzungsmöglichkeiten für Ställe...? Kurzfristig ist der nächste Termin der Milchbörsen entscheidend für Milchbauern. Auf welcher Höhe sich Angebot und Nachfrage einpendeln werden ist völlig ungewiss. Einige Bauern werden ihre Quote schnell losschlagen, bevor sie durch die Halbzeitbewertung an Wert verliert. Andere sehen jetzt den Zeitpunkt gekommen, schleunigst aufzustocken und werden viel für Quoten bieten. Dazu kommen Betriebe, deren Quote zu verfallen droht, wenn sie keine Käufer finden oder nicht wieder anfangen, selbst zu melken.

Zu weitreichend und zu schnell

Selbst große Molkereien sehen durch die sinkende Preise für Bauern ihre Rohstoffbasis gefährdet. Wenn zu viele Bauern aus der Milcherzeugung aussteigen, ohne dass andere im gleichen Maße aufstocken, fehlt es ihnen an Milch.

Was kostet die Erzeugung?

Laut einer Studie der FAL in Braunschweig betragen die Vollkosten in Betrieben mit besonders günstigen Produktionsvoraussetzungen in Deutschland und anderen EU-Ländern mindestens 28-31 Cent je kg Milch. In den USA liegen die Vollkosten im Vergleich zu der EU deutlich niedriger bei etwa 20 Cent. Wegen niedriger Lohnkosten und günstigen Witterungsverhältnissen (z.B. ganzjährige Weidewirtschaft) können Betriebe in Neuseeland, Australien, Brasilien und einigen

Mittel- und osteuropäischen Ländern Milch noch günstiger produzieren. Dort haben die Wissenschaftler aus Braunschweig Vollkosten in Höhe von 13-15 Cent errechnet. Gleichzeitig liegen die Transportkosten für haltbare Milchprodukte umgerechnet bei ca. 3 Cent je Kilogramm Milch. Somit hat die Milchwirtschaft in den weltweit günstigsten Erzeugungsgebieten Kostenvorteile von rund 15 Cent im Vergleich zur EU.

Auch der Raiffeisenverband sieht für die Genossenschaftsmolkereien eine wegbrechende Rohstoffbasis, da die Wirtschaftlichkeit der Milcherzeugung in Frage gestellt wird, so lehnte er die gravierenden Einschnitte in die Milchmarktordnung ab. Aus Molkereikreisen wird auch kritisiert, dass die angekündigten Preissenkungen die Positionen der Molkereien in den jährlichen Preisverhandlungen mit dem Lebensmittel-einzelhandel (LEH) weiter schwächen. So können Molkereien keine dringend notwendigen Preiserhöhungen durchsetzen, stattdessen weise der LEH auf künftig sinkende Preise hin und versuche sie vorzeitig von den Molkereien einzufordern. Vereinzelt sollen bei den Verhandlungen schon Preisabschläge bis zu zehn Prozent von den Molkereien verlangt werden. Trotz der fortlaufenden Konzentration im Molkereiwesen sitzen die Handelsketten am längeren Hebel. Im LEH sanken so die Verbraucherpreise für Milchprodukte im Vergleich zum Vorjahr deutlich. Zum Jahresende 2001 kostete ein Liter Milch noch 0,64 Cent,

ein Jahr später über sieben Prozent weniger: 0,59 Cent. Ähnliches gilt für Butter, deren Preis nach Angaben der ZMP von 0,95 Cent je 250 g auf 0,87 Cent sank.

Ruin für Milchbauern

Die Milch- und die damit eng verbundene Rindfleischherzeugung macht ein Viertel des Gesamtwertes der landwirtschaftlichen Erzeugung aus. Scharfe Kritik äußerte deshalb der Milchbauer und AbLer Bernd Voss als Milchberater im Wirtschafts- und Sozialausschuss der EU zu den neuen Plänen, der das Einkommen der Landwirte und die flächendeckende Milchwirtschaft in Gefahr sieht. Damit weiß er sich in Übereinstimmung mit Forderungen von EU-Parlamentsabgeordneten, die anregen, die Folgen der Vorschläge noch mal gründlich zu überdenken, die Frage sei, ob damit eine Einkommenssicherung für Landwirte und der Erhalt von Kulturlandschaften gewährleistet werden könne. ms

Preispolitik in anderen Ländern

Frankreich

Seit 1997 wird jedes Jahr von Milchbauernverbänden, Molkereigenossenschaften und Vertretern der Milchindustrie ein Preis festgesetzt. Dieser orientiert sich am Vorjahrespreis von Milchpulver, Molke und Butter. Dadurch werden größere Preisschwankungen verhindert. Die Absprache ist nicht verbindlich - jede Molkerei kann selbst entscheiden, ob sie sich an diese Preisabsprache hält oder nicht. Unterschreitungen des vereinbarten Mindestpreises sind selten und führen

zu Protesten der Milchbauern. Im allgemeinen halten sich die Molkereien an diese Preise oder zahlen sogar mehr.

Derzeit bemühen sich die Milcherzeuger darum, dass in diesen Preisindex auch die Preisentwicklung hochpreisiger Produkte wie Käse und Joghurt berücksichtigt wird. Dies lehnt die Milchindustrie bislang ab. Im vergangenen Jahr sank der Preis um fünf Prozent auf 29,9 Cent pro Kilogramm (3,8 Prozent Fett, 3,2 Prozent Eiweiß).

Schottland

Der regionale Bauernverband (NFUS) konnte nach Angaben der *DLG-Mitteilungen* vom Februar eine in Europa bislang einzigartige Vereinbarung durchsetzen. Die Supermärkte erhöhten den Milchpreis um 3,2 Cent pro Liter und geben diesen Aufschlag direkt an die Milchbauern ab. Sollte ein Verbraucher versuchen, etwas von dem Preisaufschlag selbst abzuzweigen, drohen die Supermärkte, den Preisaufschlag sofort rückgängig zu machen. Den Verhandlungen mit den sechs größten Supermärkten war ein Preis-

sturz auf 25 Cent pro Liter im Oktober vergangenen Jahres vorausgegangen. Zwar stieg der Preis inzwischen auf 32 Cent, doch auch dies reicht nicht, um die durchschnittlichen Produktionskosten der Milchbauern zu decken. Nachdem der NFUS gewarnt hatte, der Winter 2002/2003 könnte das Ende vieler Milchbauern bedeuten, willigten die Supermärkte in den Preisaufschlag ein. Dieser Vereinbarung folgte eine weitere, derzufolge auch auf Käse zusätzlich 32 Cent pro Kilogramm vom Verbraucherpreis direkt an die Erzeuger geht.

Milchpreis: 35 Cent sind das Mindeste

Deutsche Milcherzeuger knüpfen überregional Kontakte, um Protest zu organisieren

Die Stimmung an der Basis ist gedrückt: Elisabeth Waizenegger, Milchbäuerin und Mitglied des AbL-Bundesvorstands, ist erschrocken über das Gefühl der Vergeblichkeit bei vielen. „Gerade Leute, die sich seit Jahren engagieren, sind frustriert.“ Sie selbst



Romuald Schaber: „Den Funktionären Beine machen.“

bekommt von ihrer Molkerei „keinen schlechten Preis“, aber auch bei ihr wird das Einkommen immer geringer. „Irgendwann beginnt dann die Angst um die Existenz.“ Die Mehrheit der Milchbauern fühle sich der Entwicklung hilflos ausgeliefert. Man dürfe die Hoffnung nicht aufgeben, dass sich die Situation für Milcherzeuger bessere. Der „Kampf gegen Resignation“ sei jetzt das Wichtigste.

Josef Bopp, Bio-Bauer und AbLer, ist von der Entwicklung ebenfalls betroffen. Da der Bio-Zuschlag von sechs Cent am konventionellen Preis ausgerichtet ist, sinkt auch sein Einkommen. „Es hat gar kein Zweck, sich jetzt zu verkriechen“, meint er. Bopp propagiert das Binnenmarktmodell, also: keine Exportsubventionen, dafür Anti-Dumpingschutz. „Es mehren sich die Befürworter dieses Modells“, ist er überzeugt. Josef Bopp setzt weiterhin auf die Bio-Schiene, sieht aber den Preisaufschlag für Milch gefährdet, sobald eine Molkerei aussichert und Bio-Milch den Ketten zum Normalpreis anbietet. So zahle Söbbeke derzeit 31 Cent plus Mehrwertsteuer. „Aber nie-

mand darf Bio-Milch unter 37 Cent pro Kilo handeln“, findet der Bio-Bauer. Nach Einschätzung des baden-württembergischen Milchbauern Georg Wallner würde die Umsetzung der EU-Reformvorschläge nicht nur den Ruin der deutschen, sondern der gesamteuropäischen Milchwirtschaft bedeuten. Wallner gehörte zu den mehr als 100 Bauern, die am 18. Februar nach Brüssel fuhren, um direkt im Landwirtschaftsausschuss des EU-Parlamentes gegen die Reformvorschläge Fischlers zu protestieren. „Das Parlament ist mehrheitlich auf unserer Seite“, ist Wallner überzeugt. Und auch die Kommissionsmitglieder, die sich eigentlich für die Vorschläge ausgesprochen haben, seien „nachdenklich geworden“.

Besuch in Brüssel

Marcel Renz von der Arbeitsgemeinschaft der Bodensee-Milcherzeuger hat Kontakt zu der hessischen „Interessengemeinschaft für fairen Milchpreis“ aufgenommen. Das Gespräch mit deren Mitbegründer Stefan Mann bestärkte ihn darin, dass die Milcherzeuger bundesweit in der gleichen Situation seien. Wenn das Qualitätsmanagementsystem Milch (QM) eingeführt wird, müsse ein Mindestpreis von 35 Cent pro Kilogramm gezahlt werden. Dies ist nun auch die Forderung der Arbeitsgemeinschaft vom Bodensee. Renz befürchtet nämlich, dass es einige Zeit nach Einführung des Sie-

gels keinen Preisaufschlag für QM-Ware gibt, sondern einen Abschlag für Nicht-QM-Ware, also der Preis nach unten gedrückt wird. Die Arbeitsgemeinschaft hat an den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages geschrieben, die Fischler-Vorschläge nicht zu akzeptieren. Marcel Renz betrachtet es sogar als notwendig, über das derzeit praktizierte Genossenschaftsmodell nachzudenken. „Die Genossenschaften sagen, sie würden sich um den Ver-

Handelsketten in die Zange nehmen

kauf kümmern, wir müssten nur produzieren. Aber die Milchbauern haben nicht den geringsten Einfluss darauf, was mit ihrem Produkt passiert.“ Früher seien die Genossenschaften kleiner und überschaubar gewesen, heute seien es schon fast Konzerne mit Millionenumsätzen, wo der einzelne Landwirt nichts mehr zu entscheiden hat. „Und wo stehen wir heute? Bei Nordmilch“, sagt Renz in Anspielung auf den tiefsten Preis aller Molkereien im Februar, die Auszahlung der Nordmilch-Molkerei von 27,5 Cent pro Kilo. Während Marcel Renz darauf hofft, dass der Kampf um einen gerechten Milchpreis im organisatorischen Rahmen des Deutschen Bauernverbandes möglich ist, sieht Stefan Mann das skeptischer. Für den Fall, dass der Bauernverband „mauert“, so Mann, müsse man eben „andere Wege“ finden, um Protest zu organisieren. So sollen Großhandelsketten „in die Zange genommen werden“, nach dem Vorbild nordrhein-westfälischer Milchbauern, die Ware in Supermärkten aufkauften und an die Kunden verschenkten (BS 02/03). Ziel müsse es vor allem sein, eine bundesweite Aktion zum gleichen Zeitpunkt zustande zu bringen. „Es macht ja keinen Sinn, hier in Hessen eine Molkerei lahmzulegen“, mein Steffar Mann.



Josef Bopp: „Die Bio-Bauern sind genauso betroffen.“

Am 5. März lädt die Organisation zu einem Treffen ein. Zugesagt hat außer der Bodensee-Initiative der Staatssekretär des Bundesagrarministeriums, Matthias Berninger sowie der Bauer Romuald Schaber vom Bund deutscher Milchviehalter. Schaber rechnet mit einer langen Vorlaufzeit für wirksame Aktionen. Viele Bauern würden die Probleme noch verdrängen. Sie vertrauten darauf, dass es mit den Reformvorschlägen aus Brüssel „gar nicht so

schlimm komme“, weil die Staatschefs die Maßnahmen noch abmildern würden. Beim Treffen des Kreisbauernverbandes in Ravensburg beispielsweise waren die EU-Reformvorschläge mit ihren Folgen vorgestellt worden. „Die 300 anwesenden Bauern nahmen das alles hin, obwohl es eigentlich einen



Elisabeth Waizenegger: „Gegen Resignation kämpfen.“ Fotos: Archiv

Tumult hätte geben müssen.“ „Es ist vielen Bauern noch nicht klar, dass etwas getan werden muss.“ Zwölf Monate, schätzt er, wird es dauern, bis eine genügende Anzahl von Milchbauern bereit ist, für einen fairen Milchpreis zu kämpfen. „Ich habe den Eindruck, der Leidensdruck muss noch größer werden, bevor etwas passiert“, fürchtet Romuald Schaber. Einen bundesweiten Protest zu organisieren, das haben AbL und der Bund deutscher Milchviehalter auch gemeinsam „nicht im Kreuz“, mein Schaber. Es sei daher nicht falsch, auch mit dem bis in den letzten Winkel durchorganisierten Bauernverband zu arbeiten. „Da müssen die Bauern eben ihren Funktionären Beine machen.“ Auch AbL-Geschäftsführer Georg Janßen warnt davor, darauf zu hoffen, das Ministerium werde schon alles regeln. „Das Thema muss noch mehr öffentlich gemacht werden“, sagt Janßen. Den Molkereien und den Ladenketten müsse klar gemacht werden, dass die Bauern nicht die Verlierer sein dürften.

Nicht alleine die Bauern im Blick haben

Über Ansätze, den Pflanzenschutzmitteleinsatz zu verringern, sprach die Bauernstimme mit Carina Weber, Geschäftsführerin des Pestizid Aktionsnetzwerks (PAN), das seit 1984 zu Folgen und Alternativen des Pestizideinsatzes politisch arbeitet.

Das Ziel, den Einsatz von Pestiziden zu reduzieren, hat die EU schon vor bald zehn Jahren formuliert. Wie beurteilen Sie den aktuellen Vorstoß der Bundesregierung?

Es ist dringend notwendig, dass die Bundesregierung jetzt endlich der Initiative der EU folgt und einen Prozess zur Entwicklung einer Strategie zur Minimierung des Pestizideinsatzes in Gang setzt. Diese Strategie muss dann aber auch zügig umgesetzt werden.

Seit Jahren hat sich der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln nicht verringert. Welche Erklärungen haben Sie dafür?

Auf der Grundlage der derzeit öffentlich verfügbaren Daten über den Pestizideinsatz in Deutschland ist das nicht erklärbar. Und uns ist bisher auch von Seiten des Ministeriums oder der Behörden keine Erklärung dafür bekannt. Seit rund zehn Jahren pendelt der Pestizidaufwand um das gleiche Niveau. Dies ist erklärungsbedürftig. Durch den technischen Fortschritt in der Pestizidindustrie ist die pro Hektar auszubringende Pestizidmenge ja zum Teil drastisch gesunken. Demnach scheint es so zu sein, dass wir es mit einer Intensivierung des chemischen Pflanzenschutzes zu tun haben. PAN ist in einer Studie über den Weizenanbau zu dem Schluss gekommen, dass sowohl auf Seiten der Betriebe wie auch auf Seiten der Beratung ein fatales „Versicherungsdenken“ vorliegt. Das ist nicht nur für die Umwelt und die Verbraucher nachteilig, sondern für die Betriebe auch ökonomisch unsinnig.

In der landwirtschaftlichen Presse wird oft beklagt, dass es in Deutschland besonders wenig Mittel auf dem Markt gebe und die deutschen Landwirte im Vergleich zu ihren europäischen Kollegen Wettbewerbsnachteile hätten?

Wir müssen unterscheiden zwischen Mitteln, also den Präparaten, und den darin enthaltenen Wirkstoffen. Es hilft pflanzenbaulich wenig, wenn viele Mittel verfügbar sind, in denen aber nur eine kleine Anzahl von Wirkstoffen enthalten ist. Entscheidend für den chemischen Pflanzenschutz ist die Möglichkeit des Wirkstoff-Wechsels, damit Resistenzen vermieden werden können. Bezüglich der in Deutschland zugelassenen Wirkstoffe ist es nun aber so, dass es zwischen 1990 und 2000 einen kontinuierlichen Anstieg von Wirkstoff-Zulassungen gab – von 200 auf 271. Nur in den letzten beiden Jahren gab es einen leichten Rückgang. Demnach müsste das Klagen über zu wenig Pestizide seit 1990 eigentlich kontinuierlich abgenommen haben.

Beim Vergleich mit anderen Ländern wird oft außer Acht gelassen, dass in unterschiedlichen Klimaregionen angebaut wird, und dass Länder verschiedene Früchte anbauen. So werden in Südeuropa Südfrüchte angebaut, die bei uns nicht wachsen. Ohne diese regionalen Bedingungen genauer untersucht zu haben, sollte man deshalb sehr vorsichtig sein, über Wettbewerbsnachteile zu reden.

Welche Schritte halten Sie für eine Reduzierung des Pflanzenschutzmitteleinsatzes notwendig?

Die Bundesregierung muss sagen, welche Ziele sie in welcher Zeit erreichen will, wie der Fortschritt gemessen und mit welchen Mitteln er erreicht werden soll. Zudem muss der Fortschritt öf-

fentlich nachvollziehbar sein.

Ganz besonders wichtig ist, dass bei der Entwicklung einer Strategie zur Minimierung des Pestizideinsatzes über den Agrarbetrieb hinaus geblickt wird. Es ist immer wieder von Seiten der Landwirtschaft beklagt worden, dass Bauern wenig Möglichkeiten zur Veränderung ihrer Anbauverfahren ha-



Carina Weber

Foto: Archiv

ben. Als Grund werden meist die äußeren Rahmenbedingungen angegeben. Wenn die Fruchtfolge ausgeweitet werden soll, wenn endlich Elemente des integrierten oder biologischen Pflanzenschutzes in die konventionelle Landwirtschaft einbezogen werden sollen, dann bedeutet das z.B. eine Erweiterung

der Fruchtfolge. Wenn Landwirte dann aber die Fruchtfolge-Produkte nicht vermarkten können, haben sie ein Problem. So ist es z.B. sinnvoll, Leguminosen in die Fruchtfolge zu nehmen. Die Ernährungsgewohnheiten der Verbraucher enthalten aber wenig Leguminosen. Ein Mehr auf dem Speiseplan wäre nicht nur machbar, sondern auch sinnvoll.

Sicher ist, dass Produktion und Konsum miteinander verkettet sind. Sicher ist aber auch, dass Veränderungen in der Produktion und im Konsum allen Beteiligten Vorteile bringen. Diesen Zusammenhang sollte die jetzt von Ministerin Künast angepackte „Agrarwende im Pflanzenschutz“ in den Mittelpunkt stellen. Das betrifft die Förderung des Ökolandbaus ebenso wie die Reduktion des Pestizideinsatzes in der konventionellen Landwirtschaft.

Auf der Grünen Woche in Berlin haben Sie auch mehr Transparenz im Pflanzenschutz gefordert.

Es ist unakzeptabel, dass in Deutschland nicht bekannt ist, welche Pestizide in welchen Kulturen zu welchem Zweck eingesetzt werden. Ohne Anwendungsdaten kann überhaupt nicht überprüft werden, ob die Strategie zur Minimierung des Pestizideinsatzes sich auch in die richtige Richtung entwickelt.

Eine solche Aufzeichnungspflicht darf

aber nicht als Überwachungsinstrument missverstanden werden. Überwachung muss sein, da besteht kein Zweifel. Sie sollte aber von der Pflanzenschutzberatung und von der Erfassung von Pestizid-Einsatzdaten völlig getrennt erfolgen.

Wie hohe Einsparmöglichkeiten halten Sie in den nächsten fünf Jahren für möglich?

PAN ist der Meinung, dass der Pestizideinsatz in der konventionellen Landwirtschaft in vier bis fünf Jahren um 30 Prozent reduziert werden kann. Für diese Zahl haben wir gute und wissenschaftlich belegte Gründe. Wir beziehen uns auf neue Ergebnisse aus der Forschung der Biologischen Bundesanstalt (BBA). Danach empfehlen die Beipackzettel der Hersteller viel zu hohe Aufwandmengen. Wichtig ist, dass dieser Sachverhalt in die Bauernschaft hinein kommuniziert wird: Nadelöhr ist die Beratung. Die öffentliche Beratung wurde in den letzten Jahren aus ökonomischen Gründen drastisch reduziert.

Hier gibt es ja die Befürchtung, dass bei der Absenkung der Aufwandmenge neue Problemunkräuter sich ausbreiten oder neue Resistenzen entstehen.

Das ist ein wichtiger Punkt. Wenn man im System des chemischen Pflanzenschutzes über einen langen Zeitraum die Aufwandmenge sehr stark reduziert, kommen die Problemunkräuter und schlagen auf den Ertrag zurück. Dies ergaben Studien an der BBA. Als Bezug nahmen die Wissenschaftler die von den Herstellern angegebenen Mengen. Das Ergebnis der Langzeituntersuchungen ist aber auch, dass 20 bis 25 Prozent weniger Pestizide ausgebracht werden können als von den Herstellern angegeben. Hier liegt ein großes Einsparpotenzial.

Wir sagen, dass aber leider auch die BBA-Forscher wieder nur die Bauern im Blick haben. Der Bauer kann vieles tun, um den Pestizideinsatz zu minimieren. Er kann dabei sogar Geld sparen. Eine Minimierung, die über die 20 bis 25 Prozent hinaus geht, können die Bauern aber wohl nicht allein schaffen. Um mehr zu erreichen, müssen Politik, Handel und Konsum ihren Beitrag leisten. Wenn das nur 5 bis 10 Prozent ausmachen würde, wären wir schon bei den 30 Prozent Reduktion, die PAN in vier bis fünf Jahren fordert.

Das Pestizid Aktions-Netzwerk (PAN) arbeitet seit 1982 und in Deutschland seit 1984 an der Vision, ohne Gefährdung durch Pestizide zu leben.

- stärkt die pestizid-kritische Sachkompetenz
- klärt über die Folgen des Pestizideinsatzes auf
- unterstützt die Verbraucher-Interessen
- nimmt Einfluss auf Politik und Indu-

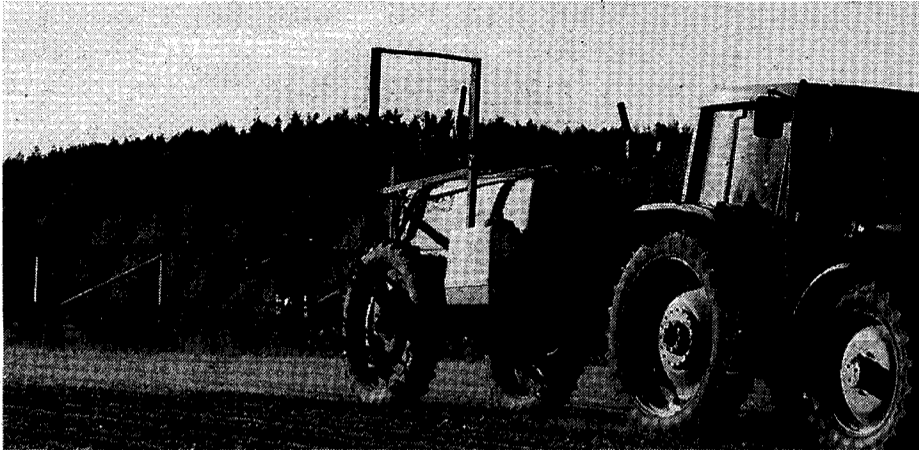
strie und

- fördert Alternativen zum Einsatz gefährlicher Pestizide

Kontakt: PAN, Nernstweg 32, 22765 Hamburg
Tel. 040 399 19 10-0
Fax: 040 390 75 20
E-Mail Adresse: info@pan-germany.org
Internet Adresse: <http://www.pan-germany.org>

Pflanzenschutz reformieren

Genauere Vorstellungen, wie Pflanzenschutz aus Sicht von Bauern anzugehen ist



Zu Vegetationsbeginn starten die Bauern mit dem Pflanzenschutz.

Foto: Niemann

Bei Rückstandsnachweis von Pflanzenschutzmitteln in der Nähe der Hoffläche heißt es dann gleich wieder, Bauern hätten verbotenerweise ihre Spritze auf dem Hof gereinigt“, so Gerd Kattenstroth, AbLer und Bauer aus Westfalen. „Dabei hat die Pflanzenschutzindustrie nach Jahrzehnten noch nicht mal handhabbare Behältnisse für ihre Mittel entwickelt. Es gibt Papiertüten, aus denen das Pulver staubt, wenn es in den Tank gefüllt wird, oder Kanister mit doppelten Innenrändern, die kein Mensch vernünftig leeren kann.“ Als Bauer und Vertreter der AbL nimmt Gerd Kattenstroth an Fachrunden zum Thema Pflanzenschutz im Bundeslandwirtschaftsministerium (BMVEL) teil. Nachdem im Koalitionsvertrag der Bundesregierung das Ziel der Minimierung von Pflanzenschutzmittelanwendungen festgeschrieben wurde, treffen sich nun Vertreter von Industrie, Handel, Landwirtschaft, Behörden und Verbraucherverbänden, um über die Minimierung von Pflanzenschutzmitteln zu beraten. Nach einem Vorgespräch Ende letzten Jahres ist deutlich geworden, dass es dabei nicht um eine pauschale Reduzierung von Pflanzenschutzmitteln gehen wird.

Bessere Sorten, angepasste Qualitätsnormen

Bauern wird zu häufig die alleinige Verantwortung am aus Umweltschutzgründen zu häufigem Spritzen zugeschoben, ist sich der Bauer mit Carina Weber vom Pestizid Aktions-Netzwerk (s. S. 14) einig. Zu hohe Qualitätsstandards im Handel und das Fehlen von geeigneten Sorten sieht Gerd Kattenstroth als weitere Gründe für die Intensität im Pflanzenschutz. In den vergangenen beiden Jahren musste er erstmals bei Zuckerrüben gegen Blattkrankheiten spritzen. Hier sei die Pflanzenzucht gefordert, resistente Sorten anzubieten, statt Bauern dafür zu kritisieren, vermehrt Mittel auszubringen. Die seit langem bestehende Idee einer Abgabe auf Pflanzenschutzmittel hat der Na-

turschutzbund Deutschland (NABU) aufgegriffen. Darin sieht der Verband einen Anreiz, nicht-chemischen Pflanzenschutz zu stärken. Die Mittel sollten in die Landwirtschaft, z.B. in die Beratung fließen. Während im Obstbau sowohl im Anbau als auch in der Vermarktung der integrierte Anbau klar definiert ist, lassen die Vorgaben für den Ackerbau einen weiten Spielraum und spielen z.B. bei Getreide keine Rolle in der Vermarktung. Voraussetzend muss der Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen aus dem integrierten Anbau ausgeschlossen werden.

Umfassende Prüfung vor Zulassung

Bedenken gegen die bisherige Zulassungspraxis bei Pflanzenschutzmitteln äußert der NABU. So seien häufig die langfristigen Folgen auf menschliche Gesundheit und Umwelt von Pflanzenschutzmitteln unzureichend untersucht, Kombinationseffekte würden vernachlässigt. Bei den Zulassungsverfahren sei die Bewertung schwer nachvollziehbar und die Beteiligung gesellschaftlicher Gruppen müsse verbessert werden. „Das Beispiel der Apfelkrankheit Feuerbrand zeigt“, so Florian Schöne vom NABU, „dass nur wenn alle Beteiligten an einem Tisch zusammenkommen, Lösungen gefunden werden, die von Bauern, Politik und Verbrauchern mitgetragen werden können.“

Während auf den Äckern im März wieder Trecker mit Pflanzenschutzspritzen ihre Bahnen ziehen, wird in Potsdam die nächste Runde des BMVEL zusammenkommen, um konkrete Schritte zur Minimierung von Pflanzenschutzmitteln zu beraten. Auch Gerd Kattenstroth wird wieder mit genauen Vorstellungen dorthin fahren. „Als Landwirte müssen wir uns auf die Aussagen von Wissenschaftlern verlassen können. Eine Unbedenklichkeit für Anwender oder die Umwelt können wir nicht nachprüfen.“ ms

Kontakt zu Gerd Kattenstroth: Tel 05241-57069

Neuartige Fungizide?

Wissenschaftler am Max-Planck-Institut für Biophysik in Frankfurt haben die molekulare Struktur einer für Pilze und Hefen typischen „Protonenpumpe“ enthüllt. Wirkstoffe, die in deren Wirkungsweise eingreifen, würden neuartige Fungizide ermöglichen, die auch für Menschen schonender wären. pm

Monitoring

Das letzte Monitoring der EU-Kommission zu Pflanzenschutz-Rückständen ergab bei pflanzlichen Lebensmitteln folgendes Bild: In 61 % der Proben (von 45.000) wurden keine Rückstände gefunden, in 39 % der Proben gab es Rückstände, bei 4,3 % mit Überschreitung der Grenzwerte (vor allem bei Gemüse). Untersucht wurde auf 151 Mittel, gefunden wurden vor allem Maneb, Vinclozolin, Benomyl, Pirimiphosmethyl und Iprodione. pm

Bio-Herbizid

Ein Pflanzenschutzmittel gegen Unkräuter hat das US-Unternehmen Alldown, Minnesota nach Angaben des Internet-Dienstes Agriholland entwickelt. Nach Angaben der Hersteller besteht es aus Essig- und Zitronensäure, Knoblauch und Yucca-Extrakt und wirke gegen alle Unkräuter, z.B. auch gegen Disteln. Die Kosten der Anwendung pro Hektar werden mit 25 Euro angegeben. pm

Risiko-Empfindung

Befragt nach den ihrer Meinung nach bedeutendsten Lebensmittel-Risiken, gaben im Jahre 2001 befragte Verbraucher folgende Themen an (in Klammern: Nennung in %): Pestizid-Rückstände (47 %), Tierarzneimittel-Rückstände (42), Schimmelpilze (39), verdorbene Lebensmittel (30), Lebensmittel-Zusatzstoffe (23), Lebensmittel-Bestrahlung (18), Gentechnisch veränderte Lebensmittel (17) – so die Bundesforschungsanstalt für Ernährung. pm

Praxisgerechtere Abstände?

Bei der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln an Gewässern sollen die bisher vorgeschriebenen Abstände bei Einsatz abdriftmindernder Spritztechnik verringert werden. Auch die Abstandsregelungen zu Hecken und Saumbiotopen (die Bauernstimme berichtete) soll nach Meinung der Agrarministerkonferenz vereinfacht und praxisgerechter gestaltet werden. pm

Insektizid an Menschen getestet

Der Bayer-Konzern hat laut *greenpeace-magazin* das Obstbau-Insektizid Azinphos-Methyl an Menschen getestet. Die Verabreichung an Freiwillige sollte zeigen, dass Menschen nicht empfindlicher als Tiere reagieren und dass die Grenzwerte für Kinder zu niedrig seien. pm

Überhöhte Aufwands-Empfehlungen

Wenn die Aufwandsmenge bei Herbiziden, Fungiziden und auch Insektiziden um 20 % bis 50 % verringert wird, fallen die Ernten trotzdem fast genauso hoch aus wie bei voller Dosierung (gemäß Herstellerempfehlung). Das ergab ein Langzeitversuch der Biologischen Bundesanstalt, bezogen auf einen guten Zustand der Kulturpflanzen und Normalverunkrautung. Wenn dieses Versuchsergebnis auch nicht direkt in einer Praxisempfehlung münden könne, zeige es doch erhebliche Einsparpotenziale an. pm

„Viel mehr als nur Klette!“

„Erfolg kann man kaufen“ – so die Botschaft von „Bayer CropScience“ in seiner Pflanzenschutzwerbung. Um den Bauern zum richtigen Kauf anzuleiten, dazu haben sich die Agrarchemie-Konzerne auch in diesem Frühjahr allerlei Bizarres in ihrer Werbung ausgedacht: Eine Getreidegarbe auf dem Autositz mit Sicherheitsgurt wirbt für das „Syngenta“-Fungizid „Unix“, ein Reißverschluss für das Rübenherbizid „Goltix“, kippende Kegel für das Insektizid „Karate“. Eine Frauenhand, die Pferdenüstern streichelt, überbringt die Botschaft des „Amistar“-Fungizid-Herstellers: „Vertrauen wächst nicht über Nacht“. Wer mehr auf eine gestiefelte, silberne Cyber-Frau mit blitzendem Schwert steht, der sollte mit BASF-„Corbel“ dem Mehltau „den entscheidenden Schlag“ versetzen. Eine unschlagbare Breitenwirkung (offenbar nicht nur herbizider Art) verspricht „Bayer“ mit „Hoestar“: Der Slogan „Viel mehr als nur Klette!“ wird untermalt durch zwei entblößte Bauernbeine und zwei Frauen, die hysterisch schreiend auf genau die Stelle starren, wo sich weiter oben die beiden Bauernbeine treffen. Ob da dem Bayer-Konzern eine Verwechslung mit der Viagra-Werbung unterlaufen ist? en

Das Wendland-Elbetal im Nesselfieber

Brennnesselprojekt in Modellregion kommt ohne Förderung aus. Pflanze ist Rohstoff für Hemden

Es brennt in der Modellregion Wendland/Elbetal. Jedem Kind bestens bekannt als „bissiges“ Unkraut am Wegesrand, allenfalls noch als Heilpflanze in Teeform genossen, wächst die Brennnessel im Wendland immer häufiger dort, wo man eher Getreide oder Kartoffeln erwarten würde. Dieser Pflanze steht offenbar eine neue Karriere bevor. Eigentlich ist es eher ein Comeback, denn *Urtica dioica*, wie die Brennnessel botanisch heißt, ist schon seit Jahrhunderten als Faserpflanze bekannt. Noch im zweiten Weltkrieg wurde Wehrmachts-Kleidung aus Brennnesselstoff hergestellt. Dann lief die Baumwolle und später auch synthetische Fasern der Brennnessel den Rang ab.

Die in Lüchow ansässige Firma „Stoffkontor Kranz AG“ hat nun die Herstellung hochwertiger Nesseltextilien perfektioniert. Hand aufs Herz – wem juckt nicht die Haut bei der Vorstellung, ein Hemd aus Brennnesselstoff zu tragen? Doch weit gefehlt – „nette“, wie der neu entwickelte Stoff genannt wird, soll hervorragende Eigenschaften haben. Ebenso wie die dazugehörige Pflanze.

Brennnessel – der ökologische Newcomer?

Da die Große Brennnessel ausdauernd ist, kann ein Nesselfeld mindestens sieben Jahre lang beerntet werden. Mehrjährige Bodenbedeckung, geringer Nährstoffentzug bei hohem Umsatz (die eher stickstoffreichen Blätter fallen bei der Strohtrocknung und -gewinnung ab und verbleiben auf dem Feld) – das sind doch wahrhaft paradisiatische Bedingungen für das Bodenleben. Auf Pflanzenschutzmittel kann bislang verzichtet werden. Der Brennnessel wird eine hervorragende „Selbstverteidigung“ gegen Schädlinge nachgesagt, zum einen wegen ihrer wehrhaften Brennhaare, zum anderen aber auch wegen

des hohen Insektenaufkommens und dem dadurch entstehenden Gleichgewicht zwischen Schädlingen und Nützlingen.



Eine *Urtica dioica* in freier Wildbahn

Die Pioniere

Ulrich Wolfes bewirtschaftet einen Nebenerwerbsbetrieb im Kreis Lüchow-Dannenberg. Er pflanzte als erster im Jahr 1999 ein Hektar Fasernesseln. Heute sind es sechs Hektar. Seine „dienstälteste“ Fläche erfüllte im Jahr 2002 mit über zwei Tonnen Nesselstroh/ha seine Erwartungen. Für die Nesselkultur benötigt der Betrieb keine spezielle Ausstattung. Die Stecklinge werden mit einer Gemüse-Pflanzmaschine gesetzt. Die Ernte erfolgt im August mit Heuerntemaschinen. Die trockenen Stängel, in deren Rinde sich die Faser befindet, werden zu Ballen gepresst. Herr Wolfes hat schon oft vor Gruppen von Berufskollegen über seine Erfahrungen berichtet. Der Nessel-Anbau ist bislang auch auf Stilllegungsflächen möglich, die entsprechende Prämie geht nicht verloren. Diese Möglichkeit hat Familie Geldermann ergriffen und pflanzte im Jahr 2001 eine Fläche von 1,85 Hektar mit Brennnesseln. Man war von der Idee

und dem Konzept des Firmeninhabers überzeugt und will zur deren Entwicklung beitragen. In diesem Sommer soll die erste Ernte eingefahren werden,

aber es scheint noch ungewiss, wie diese ausfallen wird. Noch ist zu wenig bekannt über die idealen Bedingungen, um der Nessel das flächendeckende Anwachsen und eine Dominanz gegenüber anderen Pflanzen zu ermöglichen. Jeder Landwirt ist hier Pionier und man tauscht in einer Arbeitsgruppe die jeweiligen Erfahrungen aus.

Kein Anbau ohne Vertrag

Jeder „Nesselbauer“ schließt mit dem Stoffkontor in Lüchow einen mehrjährigen Vertrag ab. Dieser sieht unter anderem vor, dass sowohl die Bereitstellung des Pflanzgutes als auch die Abnahme des gesamt-

einem bis sechs Prozent. Am botanischen Institut der Universität Hamburg laufen Projekte zur Züchtung neuer Sorten. Im Auftrag der Kranz AG versucht das im Wendland ansässige private „Institut für Pflanzenkultur“ den Brückenschlag zwischen Forschung und Praxis. Hier werden letzte praxisrelevante Züchtungsschritte durchgeführt. Es wird dabei nicht nur auf den Fasergehalt geschaut. Auch homogene Reife, Wuchshöhe und Bestandsschluss sind wichtige Eigenschaften. Zudem wird das für die Saison benötigte Pflanzgut hier vermehrt. Gepflanzt werden Stecklinge, d.h. genetisch einheitliche Pflanzen. Mit einer räumlichen und zeitlichen Ausdehnung des Nesselanbaues wird vermutlich auch die Dominanz und wirtschaftliche Bedeutung von Schädlingen und Krankheiten zunehmen. Die wird eine neue Herausforderung für die Züchtung sein. Um dem heute zu begegnen, werden auf den Feldern Sortengemische angebaut. Zudem sieht die Kranz AG vor, relativ kleine Flächen zu pflanzen und Mindestabstände einzuhalten.

Modellprojekt ohne Förderung

Im Jahr 2002 wurden im Lüchow-Dannenger Raum auf 45 Hektar Brennnessel kultiviert. Die erste, limitierte Hemdenkollektion wird bereits verkauft. Vor dem Hintergrund der hohen Nachfrage sollen es mindestens 1.000 Hektar werden. Geschäftsführer Heinrich Kranz will das Wendland zum deutschen Zentrum des Fasernesselanbaues



Brennnessel – in vieler Hinsicht attraktiv.

Fotos: Archiv

ten Erntegutes durch die Kranz AG erfolgt. Pro Tonne Nesselstroh erhält der Landwirt je nach Vertrag zwischen 600 und 800 Euro. Die AG zieht darüber hinaus jährlich Bodenproben und ermittelt eventuelle Nährstoffdefizite. Seit kurzem müssen Landwirte, die Fasernessel für die Kranz AG anbauen wollen, pro Hektar Anbaufläche Unternehmensaktien im Wert von 2.500 bis 3.000 Euro kaufen.

Auch um die Sortenentwicklung kümmert sich die Kranz AG. „Nesselgold“ und „Wulfsdorfer“ heißen die derzeit im Wendland angebauten Sorten. Sie stammen noch aus der Nachkriegszeit und haben mit zwölf bis 14 Prozent deutlich höhere Faseranteile als die am Wegesrand wachsende Wildnessel mit

machen. Vom Anbau bis zum fertigen Produkt gelten strenge Vorgaben in Bezug auf Umweltverträglichkeit und Nachhaltigkeit. Mittelfristig sollen alle Verarbeitungsschritte in der Region erfolgen. Ein in sich stimmiges, zukunftsweisendes Konzept, das jegliche Unterstützung verdient. Kaum verständlich, dass weder Bund noch Land dieses Projekt finanziell fördern. Auch die Gelder für die Modellregion fließen in andere Projekte. Für Kranz ist das kein Problem: Er gönnt die Mittel des Regionen-aktiv-Programms anderen Projekten, die auf Förderung angewiesen sind. „Mir wäre wichtiger, die vielen bürokratischen Hürden abzubauen, die ich täglich zu überwinden habe“, sagt Heinrich Kranz.

Landwirtschaft im Spagat zwischen Subsistenz und Welthandel

Eindrücke und Gedanken zu Verbindungen zwischen Hunger und Welthandel auf dem WeltSozialforum im brasilianischen Porto Alegre Ende Januar

Eine bessere Welt ist möglich! Die Parole hatte auch zum dritten Welt-SozialForum im brasilianischen Porto Alegre wieder Hunderttausende mobilisiert. Da trafen sich aus aller Welt angereiste Kritiker des entfesselten Welthandels, Friedens- und Frauenbewegung, Bauern, Landarbeiter, Gewerkschafter, Chöre und Künstler.

Während der Auftaktdemonstration fielen nach den Kleinbauern und Landlosen von Via Campesina die organisierten Müllsammler Brasiliens besonders auf. Aus Tonnen und Metallresten hatten sie ihre Instrumente gebaut: sie trommelten, piffen und rasselten Samba. Normalerweise sieht man sie in der Stadt, jeder für sich, irgendwie verwertbare Abfälle in ihren kleinen Handkarren sammeln. Davon überleben sie, wer weiß wie. Jetzt machten sie Politik auf der Strasse, sind Teil einer großen sozialen Bewegung.

Politik wird in Brasilien wie in vielen lateinamerikanischen Ländern von wenigen Lobbygruppen bestimmt. Die nationalen Eliten haben sich bereichert und ihr Kapital ins Ausland geschafft, wenn es mit der Wirtschaft bergab ging. Die Regierung im Nachbarland Argentinien hat auf diese Weise die ganze Mittelschicht unter die Armutsgrenze fallen lassen.

Hoffnungsträger Lula

Brasilien hat jetzt einen Hoffnungsträger: er heißt Lula. Seit ein paar Wochen ist er neuer Präsident des Landes. Er kommt von unten, ist gelernter Metallarbeiter. Nach mehreren vergeblichen Anläufen hat er eine Regenbogenkoalition der Gewerkschaften und sozialen Bewegungen des Landes geschaffen, die der Armut ein Ende machen soll. Lula kennt die Nöte der Armen. „Kein Brasilianer soll mehr hungern“ war seine Wahlkampfparole.

Das aber wird nicht einfach. In Brasilien hungern vier Mio. Menschen, in den Städten, aber vor allem auf dem Lande. Das liegt nicht am Klima. Auch Land und Arbeit gibt es genug. Aber nur wenige Großgrundbesitzer und multinationale Konzerne profitieren davon. Sie interessieren sich nicht sehr für den internen brasilianischen Markt. Beim Export von Sojabohnen, Zucker und Fleisch verdienen sie mehr. Die neue Regierung will nun eine Agrarreform durchführen, die der hungernden ländlichen Bevölkerung Zugang zu Land und Arbeit verschafft. Da ist mit Widerstand von den Landbesitzern und der internationalen Agrarindustrie zu rechnen.

Wachstumsorientierung neben Landreform

Die neue Regierung hat zwei Ministerien, die sich mit Agrarfragen beschäftigen: das Landwirtschaftsministerium und das Agrarreformministerium. Der Landwirtschaftsminister, Roberto Rodriguez, soll sich um die Modernisierung der Landwirtschaft kümmern, ausgerichtet am nordamerikanischen Landwirtschaftsmodell. Der Agrarreformminister Miguel Rosetto muss die Umverteilung von Land von den Großgrundbesitzern zu den Landlosen in Angriff nehmen. Konflikte um Umverteilung und Entschädigung sind vorprogrammiert. „Wir sind uns der Widersprüche bewusst“, sagte Rosetto bei einem Gespräch mit Abgeordneten aus Europa, „aber das Einzige, was dieses Land wirklich verändern kann, ist eine enge Zusammenarbeit zwischen der

sich so weit wie irgend möglich selbst versorgen können, ohne sich abhängig zu machen von Lebensmittelimporten oder Lebensmittelhilfe. Das Recht auf Nahrung ist zwar in der UN Charta der Menschenrechte verbrieft, aber in der Praxis haben sich die industrialisierten Länder weder für wirksame Agrarreformen noch für eine gerechtere Verteilung der Lebensmittel eingesetzt.

Marktzugang als Lösung?

Wenn nur der Norden, d.h. vor allem die EU und die USA ihre Agrarmärkte für die Produkte aus Entwicklungsländern öffnen würden, könnte der Hunger endlich besiegt werden, behauptet die Welthandelsorganisation (WTO), die derzeit Regeln für einen unbeschränkten Handel auch mit Agrarprodukten aushandelt. Ende März werden die Themen festgezurr, über die verhandelt wird. Die EU setzt sich für die Aufnah-

ne vergleichbaren Umwelt- oder Tierschutzgesetze zu halten haben.

Handel an Qualität und Regionalität ausrichten

Niemand bestreitet, dass der Handel mit Agrarprodukten neu geregelt werden muss. Die Exportsubventionen in der EU müssen fallen und verstecktes internes Dumping, das über Direktzahlungen an die Verarbeitungsindustrie fließt, muss durch ökologische und soziale Bedingungen abgebaut werden. Sonst bleibt ein völlig unrealistisches subventioniertes Preisniveau auf dem Weltmarkt bestehen.

Gleichzeitig muss aber der bisher mit der Preisstützung verbundene Außenschutz der EU neu begründet werden. Gesundheits- und Umweltstandards gehören dazu, genauso wie die Erhaltung von Arbeit im ländlichen Raum. Der angedrohte Handelskrieg der USA gegen die EU in Sachen Gentechnik beweist es: nicht nur wirtschaftliche Kriterien zählen, sondern auch ethische und politische Erwägungen. Welthandel ist politisch, und deshalb ist es richtig, dass Brasilien (fast) GMO-freies Soja besser verkauft als die USA.

Qualifizierter Außenschutz und nachhaltige ländliche Entwicklung gehören deshalb zusammen. Ohne eine Bindung öffentlicher Förderung an eine nachvollziehbare Verbesserung der Qualität der Lebensmittel und der Beschäftigung wird die Agrarförderung in Zukunft nicht zu rechtfertigen sein. Ebenso wenig ist Außenschutz in der EU ohne qualitative Kriterien und substantielle Verbesserung der Entwicklungshilfe im Bereich der ländlichen Entwicklung in der Dritten Welt zu rechtfertigen.

Für Brasilien heißt das: Agrarministerium und Agrarreformministerium gehören zusammen. Der Einstieg der Landlosen in die bäuerliche Landwirtschaft ist ein Schritt Richtung Ernährungssouveränität. Sie brauchen technischen Hilfe angepasst an ihre Bedingungen und Vermarktungsmöglichkeiten für hochwertige Produkte statt Massenware zu Weltmarktpreisen verschleudern zu müssen.

Unsere Welt gibt's nicht im Ausverkauf heißt die Kampagne der Globalisierungsgegner. Das Recht auf ausreichende und gesunde Ernährung verbindet Nord und Süd, und wenn wir es nicht auf allen Ebenen einfordern und erstreiten, können wir uns nur weiter über Politik als ein schmutziges Geschäft beklagen.

Hannes Lorenzen



Auf dem dritten WeltSozialforum in Porto Alegre trafen sich hunderttausende Menschen im Süden Brasiliens. Eine wichtige Forderung war das Recht auf Wasser und gegen die Privatisierung der Wasserversorgung. Foto: Lorenzen

Regierung und den sozialen Bewegungen, die vor Ort ja schon Fakten geschaffen haben. Viel unproduktives Land wurde besetzt und wird heute bebaut. Die Menschen bekämpfen ihren Hunger selbst, wenn man sie lässt. Wir brauchen sie nicht zu füttern.“

Demokratie gegen Hunger

So sieht es auch die brasilianische Bewegung der Landlosen (MST), die zusammen mit Via Campesina, dem weltweiten Netzwerk der Kleinbauernorganisationen, für Ernährungssouveränität eintritt. Ernährungssouveränität soll heißen, jedes Land und jede Region soll

me von Umweltauswirkungen und Tierschutz in die Verhandlungen ein.

Brasilien gehört zu den Befürwortern des freien Agrarhandels. Brasiliens Zuckerindustrie kann, auch mithilfe staatlicher Förderung die Zuckererzeuger der EU bei ca. einem Drittel der Rohzuckerpreise vom Markt fegen. Auch in der Geflügel- und Schweinemast kann Brasilien mit Preisen unter der Hälfte des EU-Preisniveaus aufwarten. Hier sind es neben bäuerlichen Genossenschaften die großen Einheiten der multinationalen Konzerne wie Cargill und Smithfield, die Zugang zum EU-Markt fordern und sich an kei-

Landwirtschaft in den USA – Pferdekutschen und Viehfabriken

Michael Hart ist Landwirt auf einem Pachthof in England und Vorsitzender der „Allianz kleinerer und Familienhöfe“ in Großbritannien. Als solcher war er an zahlreichen Kampagnen für landwirtschaftliche Klein- und Familienbetriebe beteiligt. Er unternimmt viele Auslandsreisen, um die Landwirtschaft des jeweiligen Gastlandes aus der Sicht der Bauern kennen zu lernen. Dies ist ein Bericht über seinen letzten USA-Besuch.

Am Chicagoer Flughafen erwartete mich John Peck, der Geschäftsführer der Interessenvertretung der landwirtschaftlichen Familienbetriebe, jener Organisation, die mich eingeladen hatte und die Reise finanzierte. Auf der Fahrt nach Madison erklärte John mir das Programm der nächsten Tage. Gleich am nächsten Morgen sollte ich vor der „Koalition der Familienhöfe“ auf deren Sommerversammlung über die Perspektiven landwirtschaftlicher Familienbetriebe auf unserer Seite des Teiches angesichts der EU-Agrargesetze sprechen.

Herzlicher Empfang

Das alles verlief nach Plan. Ich wurde viel gefragt über Landwirtschaft in Großbritannien, über BSE und die Maul- und Klauenseuche. Bis in die Nacht unterhielt ich mich mit Bauern und Viehzüchtern über deren Landwirtschaft.

Dann besuchte ich den Hof von John Kinsman, dem Präsidenten der Interessenvertretung der landwirtschaftlichen Familienbetriebe, wo ich einige Zeit verbringen wollte. Dieser liegt achtzig Meilen nordwestlich von Madison in Wisconsin, in einer Gegend fruchtbarer Täler, bewaldeter Hänge und sanfter Hügel. Auf den meisten Höfen sah man noch die Windräder, mit denen früher Wasser gepumpt wurde. Sie sind alle inzwischen durch elektrische Anlagen ersetzt worden, und die alten Pumpen stehen nur noch als Verzierung da, langsam verrostende Erinnerungen an vergangene Zeiten. Am Wegesrand lag eine Amish-Farm, eine Gemeinschaft von Nachfahren deutscher Auswanderer, die aus religiösen Gründen Pferde statt Treckern benutzen und weite Wege in schwarzen Kutschen zurücklegen. Weil gerade Sommerferien waren, arbeiteten Kinder bei der Heuernte. Es war beeindruckend, Mährescher zu sehen, die mit einem kleinen Benzinmotor angetrieben und von drei Pferden gezogen wurden.

berall dieselben Probleme

John begleitete mich zu einer Reihe von Bauern, und schon nach kurzer Zeit war mir klar: Auch hier steckt die Landwirtschaft in einer Krise, und das seit Jahren. Die Landwirte in den Staaten ha-

ben die gleichen Probleme wie ihre europäischen Kollegen: Verkaufspreise, die geringer als die Produktionskosten sind, die ruinöse Konkurrenz durch die Ladenketten, unzureichende finanzielle Unterstützung durch die Regierung, stattdessen eine Anzahl sinnloser Vorschriften, Unverständnis der Öffentlichkeit sowie der Zwang, sich außer-

den mit einer Mischung aus Mais und Getreide gefüttert und einem Proteinpulver, das als „Milchvieh-Fertigsteller“ (Dairy Beef Finisher) bezeichnet wird. Man zeigte mir das Etikett dieses Zusatzes. Es enthielt Antibiotika, Wachstumsmittel sowie Fleisch- und Knochensubstanz. Nirgends war erwähnt, wie lange das Zeug brauchte, um im Körper der

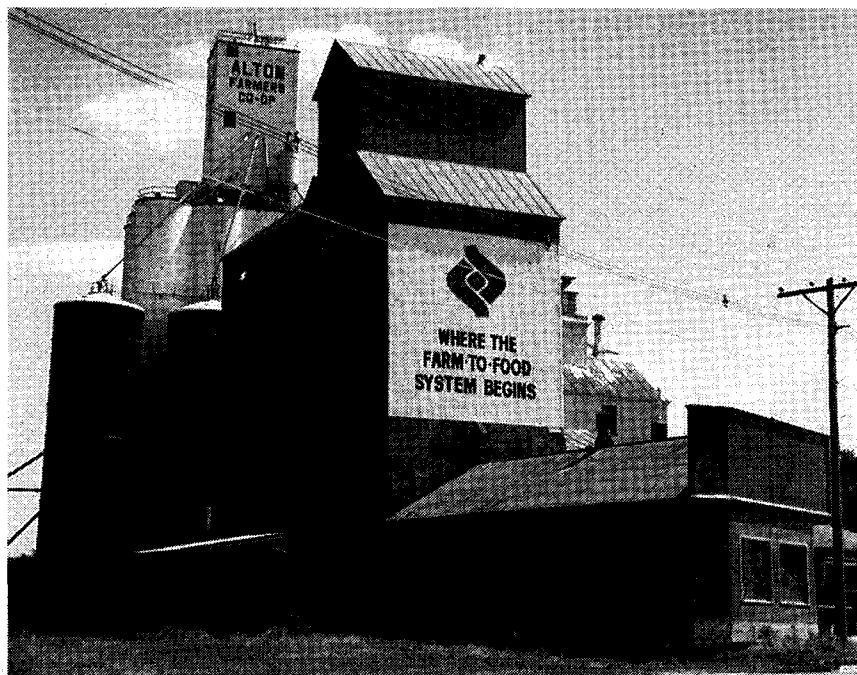
und sogar in Japan habe es einige Fälle gegeben. Das Fleisch in Supermärkten enthält auf dem Etikett den Hinweis, die Ware könne gefährliche Bakterien enthalten und solle deshalb gut durchgegart werden. Ich wüsste zu gerne, wie unsere Kunden auf so etwas reagieren würden.

Außerdem besuchte ich einige Höfe, bei denen gentechnisch verändertes Saatgut verwendet wurde. Die Sojabohnen und der Mais enthielten Gene, die Insektizide produzierten und die Pflanzen außerdem resistent gegen die gleichzeitig verwendeten Totalherbizide machen, mit denen Unkraut vernichtet werden soll. Alle Bauern, die ich traf, waren mit der Gentechnik unzufrieden. Bis zu dreimal müssen sie das Herbizid auf die Felder sprühen, und selbst dann sprießt noch Unkraut, das entweder von Natur aus oder durch Vermischung mit dem gentechnisch veränderten Mais resistent geworden ist. Die Landwirte erklärten, mehr Chemikalien denn je zu verwenden, was das Argument widerlegt, mit der Gentechnik werde das Spritzen von Pflanzenschutzmitteln überflüssig.

Wozu überhaupt Gentechnik?

Auch der Ertrag ist bestenfalls gleich, meistens aber geringer als bei der konventionellen Anbaumethode, was die Frage aufwirft: warum überhaupt Gentechnik? Die Antwort ist sehr einfach. Die Biotech-Unternehmen besitzen die Gen-Patente. Wenn diese Gene in irgendeiner Ernte auftauchen, ohne dass der Bauer die Firma informiert hat, betrachtet das Unternehmen dies als Diebstahl und bringt es zur Anzeige. Dabei spielt es gar keine Rolle, ob der Bauer überhaupt Gentechnik verwenden wollte oder ob der Wind gentechnisch veränderte Substanzen von einem Nachbarfeld auf seinen Acker geweht hat. Die Unternehmen haben das Recht, auf allen Feldern Stichproben zu machen. So gesehen ist es weniger riskant, Gentechnik zu verwenden und niedrigere Ernteerträge in Kauf zu nehmen als auf gentechnisch veränderte Pflanzen zu verzichten, die dann unbemerkt doch kontaminiert werden und den Besitzer vor Gericht bringen. Die Bauern sind also fest im Griff der Biotech-Unternehmen, eine Entwicklung wie sie auch europäischen Landwirte droht, wenn bei uns Gentechnik eingeführt wird.

Übersetzung:
Leif Allendorf



Futtersilo in den USA

Foto: Archiv

halb des Hofes nach Arbeit umzusehen, um die eigene Familie ernähren zu können.

Ich sah Höfe, auf denen die Landwirtschaft völlig aufgegeben worden ist. Die Leute ziehen in die Stadt oder suchen dort Arbeit, selbst wenn sie auf dem Gehöft weiter leben. Viele wollen ihre Betriebe nicht aufgeben, die sich teilweise bereits im Familienbesitz befanden, als die ersten Siedler in der Neuen Welt ihre Claims absteckten. Die Verödung dieser Höfe bedeutet eine Ausweitung jener anderen Landwirtschaft, die von der Gesellschaft angeblich abgelehnt wird. Ich sah Farmen, die meiner Ansicht nach reine Viehfabriken sind. Die Tiere wer-

Rinder abgebaut zu werden. Ich fragte die Betreiber, ob sie die Substanz rechtzeitig vor dem Schlachten der Tiere absetzen würden. Sie starteten mich ungläubig an und einer sagte: „Zur Hölle, nein!“

Prost Mahlzeit!

Ich fragte ihn, ob das Wachstumsmittel Hormone enthalte. Ja, in pulverisierter Form, und um meine nächste Frage vorweg zu nehmen: Man versuche mit der Schlachtung warten, bis die Hormone abgebaut seien, aber das sei nicht immer möglich. Wir hatten darauf eine Diskussion über Wachstumsbeschleuniger und Antibiotika. Er konnte nicht begreifen, wie man ohne sie Vieh aufziehen sollte. Er dachte, Rinderwahn gebe es nur in Großbritannien und war schockiert, als ich ihm sagte, BSE gebe es mittlerweile in allen EU-Staaten

WE SUPPORT THE



FAMILY FARM

Op'n Lannen ist wat los!

Op'n Lannen ist wat los! – Auf dem Lande ist was los!“ Das hat Günter Harte, der Kolumnist des *Hamburger Abendblatts*, kürzlich in seiner Rubrik anschaulich deutlich gemacht. Aus Solidarität mit unseren süddeutschen Lesern haben wir seine in Plattdeutsch verfassten Betrachtungen hier ins Hochdeutsche übersetzt:

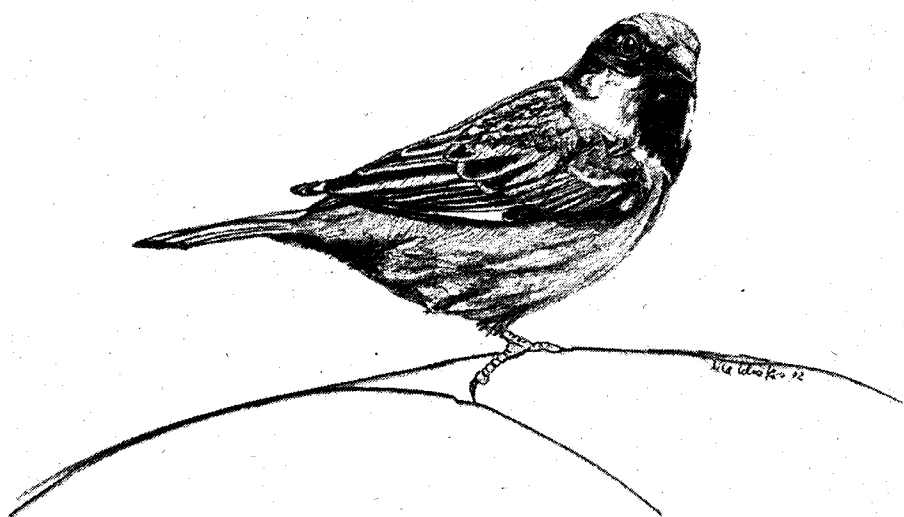
„Die elfjährige Katrin aus dem Wendland haben wir letztes Jahr mal für ein paar Tage bei uns in Hamburg zu Besuch gehabt. Wir sind viel mit ihr rumgefahren, haben ihr von unserer Stadt dies und das gezeigt: Alster und Elbe, Michel und den Park „Planten und Blumen“... Sie hat sich das auch alles gut gefallen lassen; und es sei auch ganz nett in der Stadt, aber anders als zu Hause im Wendland,

meinte sie, würde hier ja nicht richtig was passieren.

Donnerwetter! Das muss man erst einmal runter schlucken: Wie meint die das denn? Als wir dann vierzehn Tage später wieder auf dem Hof im Wendland zu Besuch waren, da hat sie erzählt:

In der Zwischenzeit sind achtzehn Ferkel auf die Welt gekommen, sie ist dabei gewesen. Sie hat zweimal mit ihrem Vater Kartoffel in die Kreisstadt geliefert, und vor vier Tagen ist Behnkens Holzschuppen fast abgebrannt, die Feuerwehr war schnell da, hat Stall und Wohnhaus retten können, ja, und dann hat sie mitgefeiert, und Gerd Butt will zur Mittelschule und Meiers Katze ist überfahren worden.

Katrin, du hast recht, das ist Leben! Bleib munter, mein Mädchen!“ *E. Niemann*



Zeichnung: Petra Schäfers

Spatz unterm Dach

Mach Platz für 'n Spatz! Diese Aufforderung des Naturschutzbund Deutschland (Nabu) an die Städter, rechtzeitig vor dem Brutbeginn im April, müssen Bauern kaum extra befolgen. Denn Höfe sind ohnehin der ideale Platz für Sperlinge, deren Zahl ansonsten aber stark abgenommen hat. Früher allerdings betrachtete man den Hofgenossen – trotz seiner Insektenvertilgung – eher als schädlichen „Korndieb“. Im 18. Jahrhundert noch war in vielen Gebieten „jeder Ackerbesitzer bei Geldstrafe verpflichtet, nach dem Verhältnis seiner Äcker eine gewisse Anzahl Sperlinge jährlich abzuliefern“. Andernorts versuchte man die Sperlinge von Kornfeldern fernzuhalten, indem man in der Johannisnacht an allen vier Ecken

des Ackers nackt einige Ähren mähte. Andere Zeitgenossen verzehrten das Fleisch des „unkeuschen Sperlings“, um sich zu glühendem Begehren anzureizen. 1559 wurde über den Spatz sogar ein Kirchenbann verhängt, weil er die Gläubigen durch „unaufhörliches verdrießliches großes Geschrei und ärgerliche Unkeuschheit“ ablenke. Alledem stehen der aufgeklärte Bürger und der moderne Landwirt heute offener gegenüber, so dass die pure Freude über den frechen, tschilpenden und munter staubbadenden Dreckspatz überwiegt.

Weitere interessante Spatzeninfos gibt's in einer schönen Broschüre des Nabu, Herbert-Rabius-Str. 26, 53225 Bonn.

en

Jana

Es war auch so schon ein besonderer Freitag, hoher Verwandtenbesuch hatte sich angekündigt, Haus und Hof waren aufgeräumt und geputzt, die am meisten betroffenen Menschen ebenso. Da passte es dann so richtig, dass morgens eine Starke, Jana, zu kalben begann, aber nicht recht in die Pötte kam. Als mittags immer noch kein Kalb in Sicht war und die Wehen eher wieder schwächer wurden, musste der Tierarzt her. Nach einem Blick auf die arme Jana war seine Entscheidung klar: „Das wird eh nix mehr mit der, am Besten Ihr lasst die gleich schlachten, so schwach wie die ist, das Kalb ist eh tot und ein Kaiserschnitt lohnt sich bei so einem kleinen Tier auch nicht!“ Er blickte bedeutungsvoll in die Runde „...die fällt beim ersten Schnitt um, und wenn ich mich umgucke und die Damen hier sehe...na ja...also, Sie in Ihrem Zustand“. Die eine von uns guckte stolz auf ihren ebenfalls schon recht runden Bauch. Auf unsere Einwände, das wir noch das alte schwarzbunte Niederungsvieh hätten, das kleiner als „normale“ Kühe ist und wir einfach nicht ein Tier notschlachten wollen, ohne alles versucht zu haben, kam sein letztes Argument: „Ich weiß wohl, dass die Uhren hier anders gehen, aber Sie müssen einfach mal anfangen, wirtschaftlich

zu denken, das lohnt sich einfach nicht!“

Dass wir als kleine biologisch wirtschaftende Hofgemeinschaft nicht seinem westfälischem Idealbild entsprechen, war uns schon klar. Nun gut, oder eher schlecht, nach einigem Hin und Her stand die Entscheidung fest: Der Schlachter soll kommen.



... aus Westfalen

Also wurde die arme Jana auf den Laufhof geführt, der Schlachter wetzte seine Messer und sortierte sie fein säuberlich vor sich, das Bolzenschussgerät wurde vorbereitet. Der Tierarzt hatte zugesagt, zu bleiben bis alles abgewickelt ist. Kurz bevor der Schuss fiel, mahnte er, doch lieber zu warten bis der Transporter da ist, um das tote Tier auch gleich mitnehmen zu können. Also warteten wir ungeduldig, telefonierten hin und her, aber kein Transporter erschien.

Alle waren gespannt und unruhig, nur die kleine Jana stand treu und müde neben den aufgereihten blitzenden Messern. „Wenn's so weiter geht, machen wir doch einen Kaiserschnitt, aber nicht ohne ein paar kräftige Männer, die hier alle in ihrem Sonntagsgewand, und wenn man sie braucht, dann laufen sie auch noch weg!“ Gerade waren nämlich zwei „Herren des Hofes“ abgedüst, um den Besuch abzuholen. Schließlich konnten wir einen männlichen Nachbarn aufreiben, und die drei – Tierarzt, Schlachter und Nachbar – verstanden sich wunderbar, erzählten sich die neuesten Karnevalsgeschichten und Witze und begannen endlich mit dem Kaiserschnitt. Und siehe da, Jana hat tapfer durchgehalten, ist nicht umgefallen und aus ihrem dicken Bauch wurde ein wunderschönes Bullenkälbchen geholt, lebend! In dem Moment kam dann auch gerade die feine Verwandtschaft an und wurde sofort vom Tierarzt in Beschlag genommen: „Hier, sehen Sie mal, das ist die erste Haut, die hier genäht wird, dann kommen noch weitere...“ Er hat die ganze Geschichte mindestens 23 mal erzählt!

Den Bullen hat unser Nachbar gekauft zur Mast, Jana erwartet demnächst ihr zweites Kalb und wir haben seitdem eine nette Geschichte mehr zum Erzählen.

Zwei Bäuerinnen (33 und 37 Jahre) erzählen...

Sauen-Gruppenhaltung

Die Gruppenhaltung von Sauen, nunmehr vorgeschrieben durch eine EU-Richtlinie, soll dem ausgeprägten Bedürfnis der Tiere nach Kontakt und Bewegung Rechnung tragen. AID und KTBL informieren über diese Haltungsform und stellen eine Vielzahl von baulichen und fütterungstechnischen Möglichkeiten vor, vor allem anhand erfolgreicher Praxisbetriebe.

AID: Das Medienpaket „Die Sau rauslassen“ (Video, Buch und Heft) kosten 30,- €, das AID-Heft allein 3,- €. Bezug über aid-Vertrieb DVG, Birkenmaarstr.8, 53340 Meckenheim.

Biotope und Habitate in Feld und Flur

Ein anschauliches und schön bebildertes AID-Heft informiert auf 75 Seiten über die verschiedenen Lebensräume in Feld und Grünland und über die bemerkenswerten Tiere und Pflanzen in diesen Rückzugsräumen. en
Erhältlich für 3 Euro beim aid-Vertrieb (s.o.).

Golden Sixties

Ein vergnügliches Wiedersehen mit den teilweise witzigen Original-Prospekten aus dem Jahre 1963 ermöglicht den Älteren ein Erinnern und den Jüngeren ein Kennenlernen der damaligen Landtechnik: vom Eicher- oder McCormick-Trecker bis hin zum Hoffmann-Rübenschneider oder der Westfalia-Melkmaschine. en
Traktoren und Landmaschinen der 60er, eilbote Boomgarden Verlag, Postfach 1263, 21412 Winsen/Luhe, 225 S., 24,90 € zzgl. Versand.

Bauersfrau auf Abstellgleis

Ihre Lebensgeschichte mit all ihren Schicksalsschlägen hat die ehemalige Bäuerin Anneliese Thomsen-Gagzow aufgeschrieben, auch als Hilfe bei Trauer und deren Verarbeitung. Direkt und einfach beschreibt sie die Kindheit auf dem Hof im nördlichen Schleswig-Holstein, das Leben als eingehiratete Bäuerin auf einem großen Hof, als Gefangene von Höfeordnung und Pflichten des Generationenvertrags. Vom Abstellgleis hin zu einem Mann, der ihre Seele wieder aufbaut. en
Anneliese Thomsen-Gagzow, Bauersfrau auf Abstellgleis, 2002, 151 S., 10,40 €, Mohland Verlag D. Peters Nachf., Dorfstr. 9, 25862 Goldebek, ISBN 3-936120-25-0.

Von klugen Kühen und anderen Tieren

Prachtvolle Tier-Gemälde des Schweizer Malers Rudolf Koller (1828 bis 1905) hat das Kunsthhaus Zürich in den letzten Monaten ausgestellt. Die geliebten Tiere „zu zügeln und zu zähmen als menschliches Urbedürfnis“, das aber nur zuweilen und scheinbar gelingt – so interpretierte der Spiegel die Aussage des Künstlers. Deutlich wird das auf besonders reizvolle Weise in Kollers berühmtestem Bild „Kuh im Krautgarten“. Fast belustigt schaut die ausgebüxte, kluge Kuh auf das menschliche Bemühen der Zügelung. en

Der Ausstellungs-Katalog ist für 49 Franken erhältlich bei Kunsthhaus Zürich, Postfach, CH 8024 Zürich. Einen guten Überblick bieten auch die Internet-Seiten des Kunsthauses. en



Ein tolles Bauernbuch

Der Kerl vom Land – Eine Liebesgeschichte. Ein Roman, der jenseits aller Klischees von einer Bibliothekarin und einem schwedischen Bauern erzählt

Hätte ich dieses Buch in einem Schaufenster gesehen – ich hätte es wohl nicht gekauft. „Der Kerl vom Land – Eine Liebesgeschichte“ heißt es, und auf dem Titelfoto schleudert ein debil lachender, derber Bauernlummel eine in skandinavische Tracht gekleidete Frau herum, wie es scheint, in wildem Tanz. Oh nein, hätte ich gedacht, Folklore, Musikanstadel, Schnauzbärte. Aber ich las eine Inhaltsangabe in einem Versandkatalog und bestellte. Und wurde sehr, sehr positiv überrascht.

Entfernte Lebenswelten

Zum Inhalt: Irgendwo in Schweden treffen sie sich, ausgerechnet auf dem Friedhof. Die Bibliothekarin Desirée, die um ihren tödlich verunglückten Mann trauert, und Benny, der allein stehende Bauer, welcher das Grab seiner Eltern pflegt, sitzen nebeneinander auf einer Friedhofsbank, und es funkelt zwischen ihnen. Eine leidenschaftliche Affäre beginnt – durchaus sexy erzählt übrigens – und die beiden Liebenden verlieren sich im Strudel der Leidenschaften, bis der Alltag sie wieder einholt und sie feststellen müssen, dass ihre Lebenswelten so weit voneinander entfernt sind, dass ein gemeinsames Leben nahezu unmöglich scheint. Aber ein Fünkchen Hoffnung bleibt ...

Diese Geschichte wird von beiden abwechselnd erzählt, in 54 kurzen Kapiteln (klo- und bettkompatibel!), und der Leser erfährt vieles über vielseitig interessierte, emanzipierte Intellektuelle auf der einen Seite und den schon nicht mehr ganz so jungen Bauern auf der anderen Seite, der nach dem Tod der Mutter mit Hof-, Haushalts- und Buchführung einfach überfordert ist.

An Peinlichkeiten vorbei

Diese Gegenüberstellung von Gegensätzlichkeiten schreit geradezu nach Bedienung von üblichen Klischees, doch Katarina Mazetti erzählt sicher und stilvoll an allen Peinlichkeiten vorbei. Immer wieder entwickelt sie dabei einen wunderbaren Humor, der in unserer Familie sogar zu festen Redewendungen geführt hat. So nimmt Desirée Benny mit in eine moderne Oper, und nach der Vorstellung steht er im Foyer, lacht lauthals und schreit: „So habe

ich mich nicht mehr amüsiert, seit ich '101 Dalmatiner' gesehen habe!“ Oder eine Arbeitskollegin sagt zu Desirée, als sie mit verliebtem Blick ihre Computertastatur



bedient: „Dich kriegen sie bald dran wegen sexueller Belästigung von Arbeitsmaterial!“

Pendeln zwischen Hoffnungslosigkeit und Arbeitswut

Allein schon wegen solcher Stellen lohnt sich die Lektüre dieser wunderbaren kleinen Geschichte, die im übrigen durchaus auch ernste Gedanken zu der Situation des Bauern Benny auf seinem Hof bereithält und die vielschichtig vom Hin- und Herpendeln seiner Stimmungen zwischen Hoffnungslosigkeit und Arbeitswut erzählt. Manchmal hatte ich bei der Lektüre das Gefühl, wirklich die Kühe und die Jauche und den Schweiß zu riechen, aber das mag daran liegen, dass es hier auf dem Hof auch so zu riechen pflegt. Ach, was soll ich lange schreiben: Bauen und Bäuerinnen dieser Welt, kauft und lest dieses Buch! Es ist eine Freude!

Matthias Stührwaldt

Katarina Mazetti: Der Kerl vom Land - Eine Liebesgeschichte. Serie Piper 2001. 202 S.; 7,90 €; zu beziehen über den ABL-Verlag

Von Salbei und Wruken

Broschüre des Landes Brandenburg über seltene Kulturpflanzen

Das brandenburgische Agrar- und Umweltministerium hat eine Broschüre zum Thema Kulturpflanzenvielfalt veröffentlicht. Sie stellt eine Anerkennung für die vielen Personen und Projekte dar, die sich in Brandenburg seit Jahren für die Kulturpflanzenvielfalt engagieren. Und das macht das Werk wohl auch so lebendig – es ist keine theoretische Abhandlung dieser komplexen und schwer vermittelbaren Thematik. Die Broschüre befasst sich im wesentlichen mit den zahlreichen in Brandenburg bereits bearbeiteten Kulturen und Projekten. Um diese rankt sich ein lebendig erzählter Text, der den Leser stellenweise tief in die Geschichte eintauchen lässt, um kurz darauf wieder im Hier und Jetzt zu landen. Und selbst mit der Thematik vertraute LeserInnen können noch einiges dazu lernen. Vier Kulturpflanzen werden in Form eines Rätsels vorgestellt, das die LeserInnen aktiv einbezieht. Tipps zu Anbau, Einkauf und Verarbeitung ermuntern dazu, der Vielfalt auch zu Hause wieder Gärten und Töpfe zu öffnen.

Die Autorinnen Sabine Riewenherm und Ute Sprenger ordnen die Thematik kurz in

den internationalen Zusammenhang ein (Stichwort Konvention über die Biologische Vielfalt). Verweise auf politische Bemühungen auf Bundes- und Landesebene finden leider keine Erwähnung. Das Fehlen jeglichen politischen Eigenlobes ist hier fast schon ein Understatement. Immerhin ist Brandenburg das bisher einzige Bundesland, das für den Anbau alter Kulturpflanzenarten ein Förderprogramm aufgelegt hat. Aber die Intention der Broschüre ist wohl eine andere: Sie will möglichst viele Menschen anre-

regen, wieder Vielfalt zu kultivieren, zu kaufen und zu nutzen, um deren Erhaltung von politischer Einflussnahme unabhängiger zu machen.

Die Kapitel sind auch relativ gut unabhängig voneinander lesbar und verständlich. Zielgruppe sind vor allem GärtnerInnen, LandwirtInnen und die große Gruppe der VerbraucherInnen. Geeignet auch für Schulklassen, z.B. im Rahmen von Projektarbeiten. *Anja Oetmann-Mennen*

Von Salbei und Wruken – Seltene Kulturpflanzen, 2002, 96 S., zu beziehen beim Ministerium für Landwirtschaft des Landes Brandenburg, Tel: 0331-8667237, Fax: 0331- 8667081



Rechtliche Hemmnisse und Kommunikationsprozesse in der Regionalentwicklung

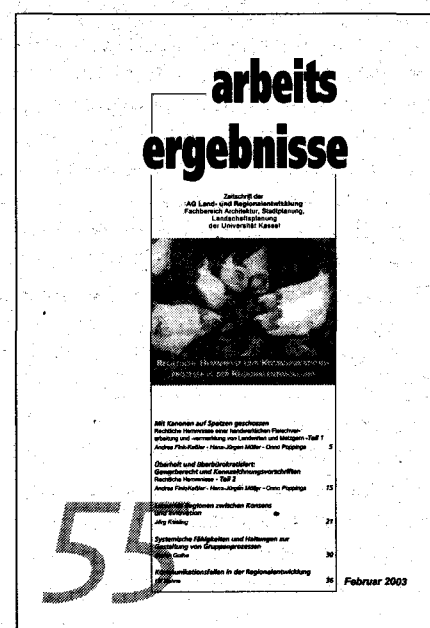
Heft 53 der arbeitsergebnisse

Ein offensichtlich heterogenes Heft 55 der arbeitsergebnisse liegt aktuell vor. Das ist durchaus beabsichtigt: Die Bedeutung ländlicher Regionalentwicklung steigt, nicht nur die zweite Säule der Agrarpolitik nimmt die Stichwörter der Regionalentwicklung auf, auch viele Regionalprogramme wie LEADER+ fördern die Diversifizierung ländlicher Entwicklung hinein in Weiterverarbeitung und neue ländliche Dienstleistungen bis hin zum Tourismus. So wird ländliche Regionalentwicklung auch ein Schlüssel bei der Erweiterung der EU sein, denn Agrarpolitik allein wird es nicht richten. Um so wichtiger sind Handlungsansätze vor Ort, die über die Landwirtschaft hinausgehen, also das Entstehen neuer Unternehmen und Dienstleister, die Verarbeitung der regionalen Rohprodukte, die Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe und das Entstehen einer vielfältigen Regionalentwicklung. Regionale Agenden und Foren erarbeiten dabei im Konsens mit den staatlichen Behörden Strategien und

Handlungsprogramme für die Regionalentwicklung.

Doch mit dem wachsenden Angebot an „weichen“, dialogischen Verfahren der Regionalentwicklung wird vielfach Nebel über einige der tatsächlichen Erfolgsfaktoren der Regionalentwicklung gebreitet. Die Harmonie der Konsensgesellschaft klingt gut, aber sie vernachlässigt zwei Kernfaktoren der Regionalentwicklung, die Voraussetzung für Entwicklung und Kooperation sind:

– Das sind zum einen die rechtlichen Rahmenbedingungen, deren Veränderung mal den Regionen neue Entfaltungsspielräume bringt (Stichwort: Regulierung), mal aber auch kleinräumige Handlungsansätze immer stärker einschränkt. Und dies



letztere ist Thema der ersten beiden Beiträge dieses Heftes.

– Zum anderen ist auch der Dialog zwischen Akteuren, Regionalvereinen und staatlichen Organisationen erst zu erlernen. Allzu häufig ist die Vorstellung, an einem Ziel zu arbeiten, nur Fassade oder Illusion. So passen Konsensstrategien nicht automatisch mit Innovationsanforderungen zusammen und das Zusammensitzen in Gruppen heißt nicht automatisch, dass man sich tatsächlich verständigt, geschweige denn versteht. Kommunikation in der Region ist komplex und keineswegs voraussetzungslos. Dies ist Thema der drei weiteren Beiträge dieses Heftes.

Eine „Agrarwende“ ohne Umformung und Neuorientierung des geltenden Rechtes ist nicht möglich, wie die beiden Beiträge von Andrea Fink-Keßler, Hans-Jürgen Müller und Onno Poppinga am Beispiel der handwerklichen Fleischverarbeitung und -vermarktung zeigen. Hier werden immer mehr rechtliche Hemmnisse aufgebaut, welche die Chancen für kleinräumige Wertschöpfungsketten stark mindern, aber die Konzentration zugunsten großer (und hygienisch weit anfälliger) Verarbeitungsbetriebe fördern. Damit wird ländlichen Räumen Wirtschaftspotenzial entzogen – mit allen Folgen für die lokale und regionale Wirtschaft. Das reicht bis hin zu den Möglichkeiten regionale Produkte anzubieten. Kulturell gesehen wird unsere Welt ärmer!

Im zweiten Teil des Heftes finden sich Beiträge des dritten Witzenhäuser Gesprächs zur nachhaltigen Regionalentwicklung 2002, in dem es um Kommunikation und Konsens in der Region ging. Jörg Knieling geht auf die Formel der „lernenden Region“ ein und zeigt die Widersprüche und konstruktive Lösungsmöglichkeiten der Verbindung von Innovation und Konsens-Kommunikation auf.

Stefan Gothe überträgt in seinem Beitrag Elemente der systemischen Kommunikation auf die Regionalentwicklung. Abschließend befasst sich Ulf Hahne mit dem Erfolgsfaktor „Kommunikation“ in der Regionalentwicklung. Vor dem Hintergrund von praktischen Beratungserfahrungen werden einige Kommunikationsfallen beschrieben, welche hoffnungsvolle Regionalinitiativen ausbremsen, bevor sie noch richtig zu arbeiten begonnen haben.

arbeitsergebnisse Heft 55. Februar 2003. Zeitschrift der AG Land- und Regionalentwicklung FB Stadt- und Landschaftsplanung der GH Kassel. 6,- €; zu beziehen über den ABL-Verlag

Bestellcoupon für rankende Neugier

Ich bestelle:

Der kritische Agrarbericht 2003: 21,- € _____ €

Der kritische Agrarbericht 2002: als CD oder auf der Homepage www.bauernstimme.de für 19,80 €:

.... Expl. der folgenden Ausgaben des kritischen Agrarbericht 1999 bis 2001 zum Sonderpreis im Paket: _____ €

(2 Ausgaben 30 €; 4 Ausgaben 55 €)

Der kritische Agrarbericht 2001: 20,- € _____ €

Die Ausgaben 1996-1998 je Ausgabe 5,- €, 1993-1995 je Ausgabe nur noch 2,50 €: _____ €

.... Expl. Bürgernetze statt Subventionen: 17,95 €: _____ €

außerdem:

_____ €

_____ €

_____ €

_____ €

_____ €

_____ €

_____ €

_____ €

_____ €

_____ €

_____ €

_____ €

_____ €

_____ €

_____ €

_____ €

_____ €

_____ €

_____ €

_____ €

_____ €

_____ €

_____ €

_____ €

_____ €

_____ €

_____ €

Zahlung nach Erhalt der Rechnung mit beiliegendem Scheck

Ich erteile eine Einzugsermächtigung zu Lasten meines Kontos

Konto-Nr. _____ BLZ _____ Bank _____

Telefon _____ gegbf. email _____

Name _____ Adresse _____

Datum _____ Unterschrift _____

Bestellung an: Abl Bauernblatt Verlag-GmbH, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm

(Klein) ANZEIGEN

● **Resthof zu verkaufen** im schönen Waldecker Land (Bad Arolsen OT). Hofgrundstück 1200 m², Wohnhaus mit Stall und Scheune, Wohnhaus Bj. 1930 Lehmabauweise kombiniert mit Ziegelaufbau, im ursprünglichen Zustand, 2 Stockwerke, ausbaufähiger Boden, 7 Zimmer Küche Bad Ofenheizung, funktionierender Holzbackofen vorhanden. Preis VB 105.000 Euro. Bei Bedarf kann das dazugehörige Land (ca. 4,4 ha) gepachtet oder gekauft werden. ☎ 05141-882712.

● **Dezentrale Hofidee** im Raum Trier und Hunsrück: Produkte tauschen, Arbeit teilen, Landwirtschaft mit oder ohne eigenen Hof. Interesse? ☎ 06500-910700.

● **Pächter(-familie) für arrondierte Hofstelle gesucht.** 77 ha, große alte Stallgebäude. Wohnhauskauf, evtl. Mieten mögl. PLZ 27.. ☎ 05841-709490

● **Vielseitige landwirtschaftliche Kommune** im südlichen Münsterland braucht Verstärkung für eine Saison; späterer Einstieg nicht ausgeschlossen. Wir suchen neue Leute für die beiden Bereiche Kühe/Käserei/Vermarktung sowie Gemüsebau. ☎ 02525/2560 (Laakenhof).

● Wer möchte sich eine Existenz mit einem Bioladen aufbauen? Wir suchen für unseren 100 m² Laden plus Nebenräumen einen neuen Inhaber. Geboten werden gute Einarbeitung und günstige Mietkonditionen. PLZ Bereich 44, mittleres Ruhrgebiet. Chiffre BS 03/03-1

● **Verkaufe laufend beste Arbeitspferde** in jeder Preisklasse. Burkhard Schirmeister, Sipplingen, ☎ 07551-63609

**extratour
Agrar-Reisen**

◆ **Irland**
21.-28.06.2003; 1250 €

◆ **Polens Norden**
15.-21.07.2003; 995 €

◆ **Ungarn**
0.6.-12.09.2003; 998 €

◆ **Südafrika**
10.-27.11.2003; 3180 €

Programme & Buchung:
Tel. 0551- 4 999 355

AUSSCHREIBUNG

Die „ALLIANZ FÜR TIERE IN DER LANDWIRTSCHAFT“

bestehend aus:

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND)
Deutscher Tierschutzbund e.V.
Schweisfurth-Stiftung
Verbraucherzentrale Bundesverband e.V. (vzbv)

vergift im Jahr 2003 erstmalig den

**PRO TIER
FÖRDERPREIS FÜR ARTGERECHTE
NUTZTIERHALTUNG**

Ausgezeichnet werden Betriebe in Deutschland, die ihrer mitgeschöpften Verantwortung gerecht werden und Vorbildliches leisten bei der Haltung, Zucht und Fütterung landwirtschaftlich genutzter Tiere.

Der Preis richtet sich mit seinen Tierschutz-, Umweltschutz- und Verbraucherschutzanliegen gleichermaßen an ökologisch wie konventionell wirtschaftende Betriebe, die besonders tiergerechte Lösungen für die landwirtschaftliche Nutztierhaltung in der Praxis umsetzen.

Das Preisgeld beträgt

10.000 Euro

Der Förderpreis wird am 23. September 2003 durch Bundespräsident Johannes Rau übergeben.

Bewerbungsfrist ist der

30. April 2003

Rechtlicher Träger des Förderpreises ist die Schweisfurth-Stiftung.

Die Bewerbungsunterlagen sind erhältlich über Dr. Manuel Schneider, Projektbüro !make sense!
Valleystr. 36 Rgb., 81371 München, Fax 089 / 76 75 89 56, info@make-sense.org

Veranstaltungen**Feiern auf dem Hof**

05. März, Brestedt und 12. März Bad Seeseberg.
Auch in diesem Monat bietet die Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein ein eintägiges Seminar zur alternativen Nutzung des Bauernhofes. Von neun bis 16 Uhr geht es diesmal um Kinderfeste. Für 70 € inklusive Verpflegung und Unterlagen werden Teilnehmer über rechtliche Fragen, die Wirtschaftlichkeit und verschiedene Gestaltungsmöglichkeiten, z.B. Kindergeburtstag, Familientag oder Märchenstunde, informiert.
Anmeldung: Landwirtschaftskammer, Heiderose Schiller, ☎ 0431-9797238

Schweine-Tagung

05. und 06. März, Fulda
Bioland beschäftigt sich zwei Tage lang mit der Haltung, Hygiene und Fütterung von Bio-Schweinen sowie mit einer aktuellen Studie über Biohöfen sowie einer europäischen Untersuchung zu Öko-Schweinen.
Infos: Bioland e.V., ☎ 06131-239790

Ökologischer Landbau

06. bis 07. März, Bad Döben
Das Hotel „Schützenhaus“ in Bad Döben bei Bitterfeld ist der Veranstaltungsort des nächsten Fortbildungskurses der Sächsischen Interessengemeinschaft Ökologischer Landbau. Themen sind unter anderem Fruchtfolge, Humusversorgung und der Einsatz effektiver Mikroorganismen.
Infos: Sächsische Interessengemeinschaft Ökologischer Landbau, Hauptstr. 75, 04849 Kossa, ☎ und Fax 034243-21491

Werkstatt-Seminar

7./8., 13./14. und 22./23. März, Kassel
Workshops zu Systemstellungen in der Landwirtschaft.
Infos: Andrea Fink-Keßler, ☎ 0561-27224

-Sozialversicherung für**AbLern**

08. März, Neu-Ulm
Die Abl-Landesverbände Bayern und Baden-Württemberg veranstalten in Zusammenarbeit mit der Petra-Kelly-Stiftung eine Fachtagung zum Thema „Zukunft der Sozialversicherungen in der Landwirtschaft“. Ort ist das Zentrum für Familie, Umwelt und Kultur im Kloster Roggenburg bei Neu-Ulm.
Anmeldung: Andy Rimmelberger, ☎ 08679-6474

-Mitgliederversammlung**Baden-Württemberg**

09. März, Herrenberg-Gültstein
Themen der Mitgliederversammlung des Landesverbandes Baden-Württemberg im Gasthaus „Sonne“ ab zehn Uhr sind voraussichtlich die Sozialversicherung, das Aktionsprogramm bäuerliche Landwirtschaft und andere agrarpolitische Fragen.
Infos: Abl-Baden-Württemberg, ☎ 07352-8928, Fax -941422

Stührwoldt-Lesung

09. März, Borgentreich/Kreis Höxter
Was AbLer und eifrige Leser der Bauernstimme längst wissen, nämlich dass Matthias Stührwoldt ein unglaublich witziger Kolumnist landwirtschaftlicher Themen ist, soll auch der ländlichen Bevölkerung im Warburger Land nicht vorenthalten werden. Der Autor liest ab 20 Uhr im

„Steinernen Haus“ in Borgentreich.
Infos: Bürgerinitiative lebenswertes Bördeland und Diemeltal, ☎ 05643-7185

Lebensmittelqualität

17. März, Hamburg
Um den Anbau, Wachstumsverlauf und Ernährungsqualität von Gemüse bei gleichzeitiger Schonung von Umwelt und Ressourcen geht es bei einer Veranstaltung des Bildungs- und Informationszentrums Gartenbau. Das Tagesprogramm beginnt um 14 Uhr und endet um 18.15 Uhr, die Teilnahme kostet 10 €. Anmeldung: Möglichst bis 13. März unter ☎ 040-7371130, Fax: -7372851

Bio-Winzerinnen

17. bis 19. März, Altenkirchen
Von Winzerinnen werden hohe Leistungen erwartet. Ein dreitägiges Seminar der Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugend im ländlichen Raum soll in Teamarbeit Kreativität bei Problemlösungen wecken. Teilnahme inklusive Übernachtungen kostet 170 €.
Tagungsort: Evangelische Landjugendakademie, Dieperzbergweg 13-17, 57610 Altenkirchen, ☎ 02681-95160, Fax: -70206

ABL-Kinoabend

19. März, Verden
Der Abl-Arbeitskreis Heide-Weser präsentiert in Zusammenarbeit mit dem Kommunalbüro Verden einen Film über die Uckermark, den am dünnsten besiedelten Landstrich Deutschlands. Die Vorführung im Cine City in Verden beginnt um 20.15 Uhr.
Infos unter ☎ 04233-669.

Bio-Siegel

18. März, Bergkamen
Seit Herbst 2001 ist das Kennzeichen für Lebensmittel aus ökologischem Landbau auf dem Markt: das Bio-Siegel, eine Art „TUV“-Stempel für Bio-Produkte. Das Umweltzentrum Westfalen erläutert die Grundgedanken des ökologischen Landbaus und dessen Beitrag zum Verbraucher-, Tier- und Umweltschutz von 19 bis 21 Uhr. Der Abend in der Ökologiestation des Kreises Unna kostet (mit Kostprobe) 3,50 €.
Infos: Umweltzentrum Westfalen, Westenhellweg 110, 59192 Bergkamen, ☎ 02389-980911

ZMP-Milchforum

27. bis 28. März, Berlin
EU-Osterweiterung – Was passiert am Milchmarkt? Das fragt sich die Zentrale Markt- und Preisberichtsstelle im Berliner Hotel Estrel. Auf der Tagung sprechen Mitglieder der EU-Kommission, Vertreter der Milchwirtschaft sowie der polnische Staatssekretär Jerzy Plewa. Tagungsgebühr: 120 €.
Anmeldeformular bei: ZMP, Stavanger Str. 21, 10439 Berlin, ☎ 030-44679825

**Agrarpolitik nach der
EU-Erweiterung**

09. April, Neumünster
Seminar mit Referenten über Chancen und Risiken in der Landwirtschaft im neuen Europa in der Umweltakademie Neumünster, Kosten ohne Verpflegung 36 €. Anmeldung: Abl Schleswig-Holstein, Bernd Voß, ☎ 04823-8505, Fax: -75330



Milchtagung im Zeichen des Preisverfalls

Montag, 10. März 2003, Beginn 9:30 Uhr, LVHS Hardehausen bei Warburg

Seit elf Jahren veranstaltet die ABL gemeinsam mit der KJLB und der AG Land- und Regionalentwicklung der Uni Kassel die Milchtagung in der Katholischen Landvolkshochschule Hardehausen.

Folgende Fachbeiträge sind vorgesehen:

- Herbert Krug:
Milchviehfütterung ausschließlich mit Gras und Heu
 - Prof. Dr. Hoffmann:
Auswirkungen der neuen Fischler-Vorschläge auf die Milcherzeugung in Deutschland
 - Josef Jacobi:
Wie geht es weiter auf den Bio-Milchmarkt?
 - Romuald Schaber:
Wie sollen die Milchviehbauern auf die neue Situation reagieren?
 - Prof. Dr. Hamann:
Gegenwart und Zukunft der antibiotischen Mastitistherapie
- Durch die Veranstaltung führen Josef Jacobi und Onno Poppinga.

Anmeldungen sind zu richten an:

KJLB, Ute Ackermann, Drachenfelsstr. 23, 53604 Bad Honnef-Rhöndorf, (02224) 946521, Fax: 946544, u.ackermann@kljb.org

Ich werde Mitglied in der

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- | | |
|---|--|
| <input type="checkbox"/> Ich möchte Mitglied in der ABL werden | <input type="checkbox"/> Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von <input type="checkbox"/> 102,- € <input type="checkbox"/> 127,50 € oder _____ zu zahlen. |
| <input type="checkbox"/> Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 76,50 € | <input type="checkbox"/> Ich bin Kleinbauer, Student, Rentner, arbeitslos und bezahle einen Mitgliedsbeitrag von 25,50 € (Nachweis füge ich bei) |
| <input type="checkbox"/> Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 102,- € | <input type="checkbox"/> Ich beantrage als nicht landwirtschaftliche Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 50,- € |

Mitgliedsadresse:

Name _____ Vorname _____

Straße _____ PLZ, Ort _____

Zahlungsweise des Mitgliedsbeitrags:

- | | |
|---|---|
| <input type="checkbox"/> Nach Erhalt der Rechnung | <input type="checkbox"/> Ich bin Abonnent der Unabhängigen Bauernstimme: |
| <input type="checkbox"/> Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung | <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein |
| | <input type="checkbox"/> Ich bestelle auch die Unabhängige Bauernstimme (Bitte Coupon auf Seite 24 ausfüllen) |

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu errichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr. _____ BLZ _____ Bank _____

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adreßänderung die neue Adresse an die ABL bzw. Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ihre Bestellung kann innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich bei der ABL widerrufen werden.

Unterschrift _____ Datum _____ Beruf _____

Bitte senden Sie die Bestellung in einem Kuvert an:

ABL e.V. Bauernstimme Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm

IMPRESSUM

Unabhängige Bauernstimme • Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V., Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm, Tel. 02381/9053170, Fax: 02381/492221, E-mail: bauernstim@aol.com, Homepage: <http://www.abl-ev.de> • **Bankverbindung:** Kreissparkasse Wiedenbrück, BLZ 47853520 Kto 2017838 • **Redaktion:** Leif Allendorf, Ulrich Jasper, Mute Schimpf: Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm, Tel. 02381/492288, Fax: 02381/492221, homepage: www.bauernstimme.de • **Bankverbindung:** Kreissparkasse Wiedenbrück, BLZ 47853520 Kto 2031516 • **Druck:** lensing druck, Münster – ISSN-Nr 0934-4632 Postvertriebsstück 1 K 12858 E.

AbL

KONTAKTE

Schleswig-Holstein

Bernd Voss, Diekdorf Nr. 124, 25554 Wilster, ☎ 04823/8505, Fax: /75330
Hinrich Lorenzen, Winderatt 14, 24966 Sörup, ☎ 04635/2141, Fax: /2114
Plön: Matthias Stühwoldt, ☎ 04326/679 Fax 289147
Flensburg: Heiner Iversen, ☎ 04631/7424, Fax 04631/3852

Niedersachsen

Landesverband: 27243 Beckeln, Im Unterdorf 27, ☎ 04244/966725, Fax 04244/967422
Heide-Weser: Karl-Heinz Rengstorff, ☎ + Fax: 04233/669; Ulrike Helberg-Manke, ☎ 04231/63048
Elbe-Weser: Ada Fischer ☎ 04723/3201, Fax: 04723/2118
Wendland-Ostheide: Horst Seide, ☎ 05865/1247
Niedersachsen-Mitte: Hartmut Hollemann, ☎ 05121/510694
Südniedersachsen: Andreas Backfisch, ☎ 05508-999989, Fax: 05508-999245

Nordrhein-Westfalen

Landesverband NRW: Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm, ☎ 02381/9053173, Fax: 492221
Herford: Friedel Gieseler, ☎ 05221/62575
Minden-Lübbecke: August Seele, ☎ 05702/9152
Hellweg: Ulrike Ostendorff, ☎ 02307/62281, Wilhelm Eckei, ☎ 02378/2991
Sauerland: Dorothee Biermann, ☎ 02973/2557
Höxter-Warburger Land: Hubertus Hartmann, ☎ 05273/35447
Tecklenburger Land: Martin Steinmann, ☎ 05404/5264
Gütersloh: Erika Kattenstroth, ☎ 05241/57069
Düren: Monika Lövenich, ☎ 02425/901458
Köln/Bonn: Bernd Schmitz, ☎ 02248/4761

Hessen

Mittelhessen: Ernst-Günter Lang, ☎ 06441/75502, Fax: 06441/975995
Nordhessen: Bernhard Wicke, ☎ 05665/1403; Onno Poppinga, ☎ 05673/3540

Rheinland-Pfalz

Landesverband: Quellenweg 6, 56288 Bell, ☎ 06762/951170, Fax: 06762/951191
Regionalverband Eifel: Ulrike Hanen, Bergstr. 8, 54636 Wiersdorf, ☎ 06569/7171

Baden-Württemberg

Landesverband: Laubachtal 1, 88484 Guttenzell, ☎ 07352/8928, Fax: 07352/941422
Nordschwarzwald: Georg Bohnet, ☎ 07443/3990, Martin Reiter, ☎ 07524/2272; Hedwig Noll, ☎ 07463/729
Nord-Württemberg: Brigitte Steinmann, ☎ 07062/61620; Ulrike Hasemeier-Reimer, ☎ 07971/8584
Oberschwaben: Albrecht Stiefel, ☎ 0751/91171; Josef Bopp, ☎ 07352/8928
Schwarzwald-Baar: Klaus Elble, ☎ 07808/1311, Fax: 07808/910453
Ortenaukreis: Tilo Braun, ☎ 07805/5465
Bodensee: Anneliese Schmech, ☎ 07553/7529, Fax: 07553/828278
Allgäu: Bärbel Endraß, ☎ 07528/7840, Fax: 07528/927590

Bayern

www.abl-bayern.de
Landesverband: Andreas Rimmelberger, Reit 17, 84508 Burgkirchen/Alz, ☎ 08679/6474, Fax: -9130145, e-Mail: Abl-Bayern@web.de
Regionalverband Schwaben: Josef Böck, Leipheimer Str. 8, 89347 Bubesheim, ☎ 08221/6326; Hermann Holl, ☎ 07302/6512
Regionalgruppe Pfaffenwinkel: Wolfgang Taffertshofer ☎ 08847/804, Christa Schlögel ☎ 08856/5723
Regionalgruppe Chiemgau-Inn Salzach, Hans Urbauer ☎ 08628-634, Ute Gasteiger ☎ 08039-1635
Landshut-Vilstal: Josef Schmidt, ☎ 08742/8039
Franken: Gabriel Deinhardt, ☎ 09194/8480; Jasmin Berger ☎ 09565/6838

Mecklenburg-Vorpommern

Mecklenburg: Jörg Gerke, Ausbau 5, 18258 Rukieten, ☎ 038453/20400, Fax: 038453/52131
Vorpommern: Albert Wittneben, Altes Schulhaus, 17091 Wolkow, ☎ 039604/26859

Sachsen/Thüringen

Landesverband: Jörg Klemm, Trassenweg 25, 09638 Lichtenberg, ☎ 037323/50129, Fax: 15864

Geschäftsführer: Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiligengeiststr. 28, 21335 Lüneburg, ☎ 04131/407757, Fax 04131/407758
Arbeitskreis Frauen: Maria Heubuch, Luttolsberg 8, 88299 Leutkirch, ☎ 07561-5937 „Morgenland“ – Arbeitskreis für Leute, die auch morgen noch in der Landwirtschaft oder einem angelagerten Bereich arbeiten wollen. Arnd Berner, Zum Anger 5, 37547 Kreienzen-Opperhausen ☎ u. Fax. 05563-910705, hof_berner@hotmail.com
AgrarBündnis e.V.: Ulrike Ottenotbrock-Völker, Marienfelder Str. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück, ☎ 05242/44327, Fax: 931446
Neuland e.V.: Baumschulallee 15, 53115 Bonn 1, ☎ 0228/604960
Europäische Bauernkoordination EBK-CPE, Rue de la Sablonnière 18, B-1000 Brüssel, ☎ 00322/2173112, Fax 2184509, E-mail: cpe@cefarmers.org
Verein zur Förderung des Anbaus und der Verwertung von Hanf, Haus der Landwirtschaft, Bielefelder Str. 47, 33378 Rheda-Wiedenbrück, 05242/925814, Fax: 925833, email: Andrea.Kiel@lk-wl.nrw.de
Projektbüro Hanf, Haus Düsse, Daik Lohmeyer, 59505 Bad Sassendorf/Ostinghausen, ☎ 02945/989195; Fax: 02945/989133
Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren. Adi Lambke 05864/233, Anneliese Schmech 07553/7529, Johann Schamann 09861/3945
IG-Boden, Ansprechpartner: (Mecklenburg) Franz Joachim Bienstein, ☎ u. Fax: 03841-791273; (Vorpommern) Franz Hinnemann, ☎ u. Fax: 038331-80024; (Brandenburg) Bernd Hüsgen, ☎ 033704-66161, Fax: -66162

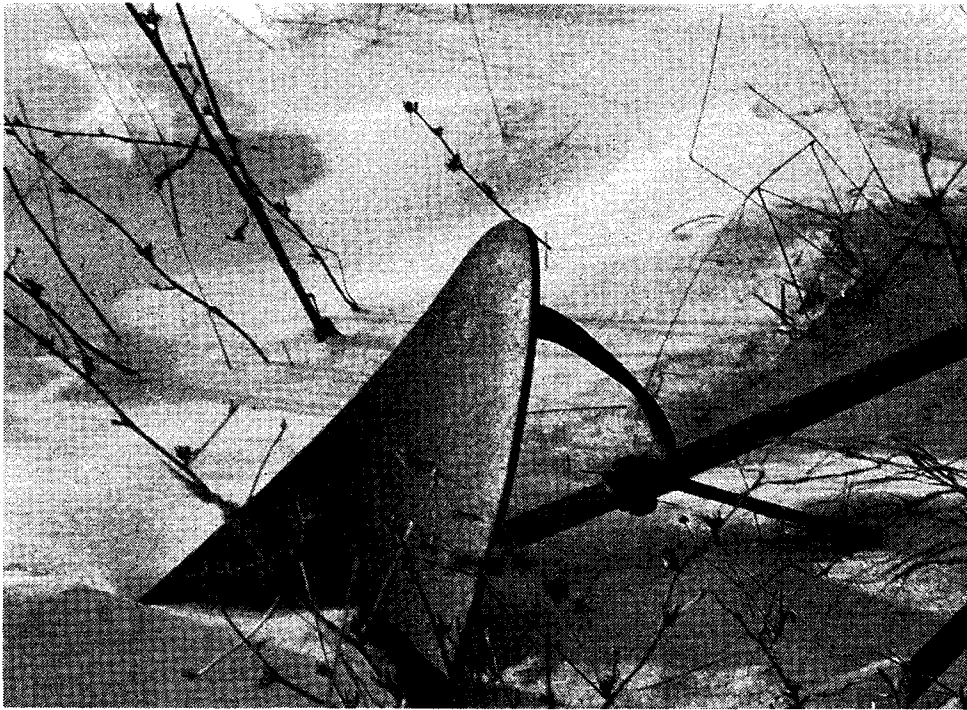
Ganz und gar nicht gut verträglich, manchmal geradezu unmenschlich ist das, was der Sommer mit sich bringt. Wer sät, muss mähen, und wer mäht, muss säen. Und nicht nur das. Er muss auch striegeln, hacken, häufeln, muss melken und verkäsen, muss schlachten, zerlegen, wursten, muss organisieren, kontrollieren, kritisieren und, und, und ...

Die Tage im Sommer sind zu kurz, obwohl sie halbstundenweise zerhackt und verplant werden, und unerbittlich rücken die Zeiger der Uhr gegen den Tag vor. Noch kürzer jedoch werden die Nächte. 35 Stunden Schlaf pro Woche müssen oft genügen.

Er ist derb, der Sommer. Manche Kollegen trifft man dann nur zu unchristlichen Zeiten, nachts auf dem Großmarkt. „Na, wie geht's?“ – „Danke, auch schlecht. Keine Zeit, muss noch liefern.“ Anderen „begegnet“ man seit Jahren nur noch telefonisch, bestellte Ware

rollt per Spedition, das Geld fließt per Bank und tschüß.

Im Sommer denke ich manchmal, es gibt sie wirklich, jene grauen Herren, die in Michael Endes Buch „Momo“ die eingesparte Zeit der Menschen zu dünnen Zigarren verarbeiten und sich dann von diesem Rauch ernähren (von meiner Zeit ernähren sich mindestens drei). Es gibt diese Tage im Sommer, da glaubt man, es müsse gleich über einem zusammenschlagen: Wenn das Heu verregnet, die Maschinen verrecken, das Vieh ausbricht, die Mitarbeiter bocken und blödsinnige Beamte in der Tür stehen. Dann möchte man sich am liebsten vor dem Haus auf



Bauernglück im Winter

die Straße legen und laut schreien: „Himmel, tu dich auf und nimm mich rauf!“ An solchen Tagen bin ich mir sicher, es gibt sie, die unerträgliche Schwierigkeit des Seins. Sie färbt dir die Haare grau, an jeder Hausecke wartet sie, sie springt dich an wie Nachbars Lumpi und reißt dir Stücke aus dem Gemüt. Im Sommer bin ich mein eigener Knecht und Sklave meiner Uhr. Ach, es ist eine Last, im Sommer Bauer zu sein. Der Winter jedoch, welch ein Kontrast. Trotz eiskalter Füße, trotz blau gefrorener Hände, ich mag ihn, den Winter. Mehr als das Frühjahr und sein Blütenmeer, mehr als den Sommer und seine Pracht, mehr als den Herbst und seine Gaben. Ich mag ihn, den

Winter, denn er schenkt Zeit, schenkt Ruhe und Gelassenheit. Er gibt Muße und Andacht, bringt neue Pläne und Projekte.

Exzessives Frühstück bis zur Mittagszeit oder nach dem morgendlichen Melken zurück in das noch warme Bett und schlafen, schlafen, bis der Rücken schmerzt. Welch ein Privileg, nichts tun zu müssen, wenn man nicht mag. Es bleibt sogar ein wenig Zeit für wesentliche Dinge wie beispielsweise Schneeflocken mit dem Mund aufzufangen (wie kindisch!), Figuren in den Schnee pinkeln (wie ordinär!) oder Federn in die Luft zu blasen (wie schwierig!).

Nur der Winter bringt sie mit sich, jene eigenartige Stimmung, ein Innehalten und Zu-sich-Kommen, das Genießen des Erreichten. Stundenlang könnte ich hindurchlaufen durch die berstend vollen Scheunen, Mannshoch liegt das Getreide in den Speichern, die Keller gefüllt mit dem goldenen Schatz aus dem Herbstacker, all das die Früchte unserer Hände Arbeit.

Im Winter begegnen sie mir manchmal, jene Momente, in denen man mit der Welt ins Reine kommt. Momente, in denen das Leben wieder passt wie ein paar handgemachte Schuhe, und ich glaube wirklich, sie zu spüren, diese erträgliche Leichtigkeit des Seins. Dann erinnere ich mich wieder: Ich bin mein eigener Herr, und Meister meiner Zeit. Ach, es ist eine Lust, im Winter Bauer zu sein! Ich nenne das Glück, Bauernglück.

Fürs kleine Stück, das fehlt am Glück, gibt's die Bauernstimme. Für Herren und Knechte, für Lust und Last, sommers wie winters: einfach gut.

Ethelbert von Zhuiswegk

UNABHÄNGIGE Bauernstimme: für Mußestunden

Zutreffendes bitte ankreuzen

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (36 €, im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 26,- € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Preis von 18,- bzw. 36,- € für 6 oder 12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 6,- € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken)

Zustelladresse

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen

Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen

Zahlungsweise des Zeitungsabos:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Mit beiliegendem Scheck
- Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung
Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr

BLZ

Bank

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonentin / des Abonnenten Datum Beruf
(bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, 59065 Hamm, Bahnhofstr. 31
oder FAX 02381- 492221